

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 1. Juni 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

berührt für die sechsgehaltene Kolonelle über deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungspreisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Dienstboten-Gefahr.

Als Dogma gilt der bürgerlichen Welt die Anschauung, daß die Familie in jeder Hinsicht ein Stück höherer Sittlichkeit verbürgt. Das heißt die gut bürgerliche Familie; mit der proletarischen, sozialdemokratisch emanzipierten steht es in sittlicher Hinsicht nur so so. Nichts Besseres kann der proletarische Familienvater daher thun als daß er seine heranwachsenden Töchter als Dienstmädchen dem Schicksal einer bürgerlichen Hausfrau unterstellt. Hier ist das junge Wesen geborgen und vor schlechtem Umgang geschützt, hier wächst es unter steter Aufsicht heran und wird in Zucht und Ehren seinem Schöpfer danken, daß es nicht wie die Fabrikmädchen der städtischen Verlotterung anheimgefallen ist, hier bewahrt es am sichersten sein höchstes Gut, die Jungfräulichkeit.

An diesem Dogma ist zwar von sozialdemokratischen Agitatoren pietätlos gerüttelt worden, aber dieser Menschenfornie ist ja nichts heilig. Doch haben Gott sei Dank die wüsten Hetzreden keine andre Wirkung gehabt als die, daß sie den Glauben an die Kernfestigkeit der bürgerlichen Familie stärkten; welcher Waiserrat würde heute z. B. seine jungen weiblichen Schützlinge nicht als Dienstmädchen unterbringen, welcher Pastor der armen Witwe nicht raten, doch ja zum sittlichen Heil ihrer Tochter sich für diese rechtzeitig um eine christliche Herrschaft zu bemühen?

Da muß es nun gesehen, daß die statistische Arbeit eines von sozialdemokratischer Anschauung wahrscheinlich sehr weit entfernten Mannes den frommen Glauben lastbähig zerstört.

In der „Zeitschrift für Socialwissenschaft“ jenes Professors Julius Wolf, für den Herr v. Stumm seiner Zeit als einen wissenschaftlichen Sozialistenvertreter so plumpe Reklame machte, veröffentlicht ein Herr Dr. Ottomar Spann, der sich als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter der Centrale für private Fürsorge in Frankfurt a. M. bezeichnet, eine „Untersuchung über die geschlechtlich-sittlichen Verhältnisse im Dienstboten- und Arbeiterinnenstande, gemessen an der Erscheinung der unehelichen Geburten“.

Es lassen sich ja gewiß sehr gewichtige Gründe gegen die landläufige Ansicht anführen, daß die ledige Mutter das Sinnbild sittlicher Minderwertigkeit sei; aber gerade in bürgerlichen Kreisen gilt eine solche Mutter ja nun einmal als bemalt oder doch wenigstens als degradiertes Opfer ihrer sittlichen Leichtfertigkeit.

Herr Dr. Spann untersucht nun, ob unter Dienstmädchen oder unter Fabrikarbeiterinnen mehr uneheliche Geburten vorkommen. Zunächst sieht er die Berliner Statistik des Jahres 1896 heran, aus der sich ergibt, daß die unehelichen Geburten sich auf die Mütter derart verteilen, daß auf Dienstmädchen, Stöckinnen u. 35,8 Proz. entfallen, auf Arbeiterinnen ohne nähere Bezeichnung des Gewerbes 25,8 Proz., auf Näherinnen, Wäscherinnen 23,7 Proz. und der Rest auf Verkäuferinnen, Kellnerinnen, Haus-töchter u. Ähnlich sind die Verhältnisse in Wien, wo die Dienstboten-Kinder zu der Gesamtmasse der unehelich Lebendgeborenen 34,1 Proz. stellen; in Frankfurt a. M. steigt dieser Anteil gar auf 44 Proz., also fast auf die Hälfte aller unehelichen Lebendgeburten.

Der Verfasser untersucht weiter den Charakter des Geschlechtsverkehrs, dem die unehelichen Kinder entstammen, und kommt auch dabei zu einem für die Dienstmädchen keineswegs günstigen Resultat. Während in Oesterreich von den unehelichen Kindern der Fabrikarbeiterinnen u. 28,5 Proz. nachträglich legitimiert wurden, traf nur 11,6 Proz. der Dienstboten-Kinder dies glückliche Los, ja in Wien sinkt die Ziffer gar auf 5,1 Proz.

Die Ursachen für so krasse und allenthalben auftretende Verhältnisse, so meint Herr Dr. Spann, können auf keinen Fall in äußeren Umständen liegen, sondern müssen vielmehr rein immomente sein, d. h. in den principiellen, mit dem Berufe als solchem gegebenen Lebensbedingungen der Klasse liegen. Es kann nur die durch den Dienstbotenberuf selbst bewirkte starke Gefährdung der Mädchen sein, welche den großen Umfang wie die sociale und damit auch ethische Minderwertigkeit ihrer Unehelichkeit erklären kann.

Auf diese Ursachen geht der Verfasser nun näher ein. Er sagt zunächst, daß Fabrikarbeiterinnen und Dienstmädchen an Bildung, Lebenserfahrung und sittlichem Querschnitt des socialen Milieus, in dem beide erzogen werden, sehr von einander differieren. Die Dienstmädchen rekrutieren sich fast durchweg aus dem ländlichen Tagelöhner- und dem bäuerlichen Stande, d. h. aus solchen Kreisen, in welchen der voreheliche Geschlechtsumgang entweder direkte Sitte oder wenigstens nicht ansöphiger, allgemeiner Brauch ist; aus eben diesem Grunde führt ferner der außereheliche Geschlechtsumgang, auch wenn er nicht mit ernstlicher Eheabsicht begonnen würde, nach Herrn Dr. Spanns Ansicht viel häufiger zur Ehe als innerhalb der Stadtbewölkerung. Das junge, unerfahrene Landmädchen bringt nun alle diese Anschauungen in die Stadt mit und muß dort naturgemäß mit ihnen scheitern; denn die Stadt hat nicht nur einen andern socialen, sondern auch einen andern sittlichen Querschnitt als das Land. So steht das Dienstmädchen den Einflüssen ihrer neuen Umgebung relativ wehrlos gegenüber.

Wenn wir dann, so fährt Herr Dr. Spann fort, auf die mit der Berufstätigkeit selbst gegebenen Einflüsse unser Augenmerk richten, so zeigt sich, daß die eingangs erwähnte Meinung von den wohlthätigen und erzieherischen Wirkungen des Familienlebens, deren die Dienstmädchen teilhaftig werden sollen und die den scheinbaren Hauptvorteil ihres Berufes bilden, von den Thatfachen durchaus Lügen gestraft wird. Denn es ist das gerade Gegenteil davon der Fall. Das Dienstmädchen verliert in frühem Alter seine eigene Familie und wird auch deren Einflusssphäre gänzlich entrückt. Die fremde Familie aber, in die es durch seine Berufstätigkeit verpflanzt wird, kann ihm seine eigene in

erzieherischer Rücksicht nicht ersetzen, schon weil sie heutzutage in der Stadt meist durch eine äußere sociale Klust von ihr stark getrennt ist. Patriarchalische Verhältnisse bilden sich nur selten heraus, vielmehr hat das reine Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, von Herrschenden und Dienenden die Oberhand. Die Gefährdung der Mädchen durch die „Söhne“ ist vermutlich auch nicht unbedeutend. So kommt es, daß die neue Familie die Mädchen im allgemeinen nicht nur nicht erzieht, sondern sie sich vielmehr entfremdet, sie nach außen weist; daß keine Einpflanzung in eine neue Familie vorliegt, sondern nur eine Auslöschung aus der eigenen.

Dazu kommt die unbegrenzt lange Arbeitszeit. Das ewige ins Haus und in den Dienst Gehannt- und Geleitet-Sein macht sich in gewichtiger Weise dahin geltend, daß es von den Mädchen subjektiv als ein Mangel an Heiratsgelegenheit empfunden wird. Den Mangel an Quantität suchen sie instinktiv durch größere Intensität wettzumachen. Und thatsächlich bedeutet der fast gänzliche Mangel an freier Zeit ein geringes in Verührungskommen mit der Außenwelt, das oft zur Folge haben wird, daß sich bei den Mädchen eine förmliche Angst entwickelt, ihre Jugendzeit inmitten all der rauschenden, neuen Lustbarkeit nicht zu versäumen, keinen günstigen Augenblick, der ihnen ein Stück Leben zeigt, ungenützt entfliehen zu lassen. So bildet sich ihre viel beklagte „Vergnügungssucht“ heraus, die sich bei dem lang bemessenen „Ausgang“ und bei sonstigen Gelegenheiten betätigt wird, und die ihnen bei ihren erwähnten agrarischen Sittlichkeitsvorstellungen viel eher verhängnisvoll werden muß, als zum Beispiel den in der städtischen Sphäre erwachsenen Arbeiterinnen.

So wirken also die beiden Bedingungen: unmittelbare Berufstätigkeit und sexual-ethische Anschauungen zusammen. Sie lösen einander gegenseitig aus.

In jeder Hinsicht günstiger stehen die bezüglichen Verhältnisse bei der Fabrikarbeiterin. Sie ist dem Dienstmädchen an erster Lebenserfahrung und Bildung weit überlegen; sie stammt aus einem socialen Milieu, in dessen Sittentempel der außereheliche Geschlechtsumgang jedenfalls viel strenger unter dem Gesichtspunkte seiner Folgeerscheinungen und der wirtschaftlichen Möglichkeit, diese zu tragen, betrachtet wird, als dies in den agrarischen Schichten, in denen das Dienstmädchen aufwächst, der Fall ist; sie wird trotz ihrer frühen wirtschaftlichen Selbständigkeit nicht ihrer Familie entfremdet, sondern bleibt stets in ihrer unmittelbaren Einflusssphäre; sie ist mit dem Leben und den besonderen socialen Verhältnissen jener Gesellschaftsklasse, in welcher sie das am meisten gefährdete Alter zubringt, von Kindesbeinen an vertraut, wird also nicht mit unzutreffenden Anschauungen in Verhältnisse und Umgebungen, die ihr fremd sind, verpflanzt; sie ist endlich mit den Männern als ihren Arbeitsgenossen fortwährend in Verührung, und hat es leichter, den Verkehr ihrer bürgerlichen Freiheit weniger heiss und hastig zu schürfen; sie steht überhaupt dem Leben viel eruster und selbständiger gegenüber als das Dienstmädchen, dessen Existenz und Nahrung wenigstens zur gegebenen Zeit ihres Dienstes stets gesichert ist.

Wie immer, so resümiert der Verfasser, man übrigens über die Ursachen der verschiedenen Gestaltungen der Unehelichkeitserscheinung bei den Dienstmädchen und Arbeiterinnen denken mag, die unmittelbaren Ergebnisse der statistischen Untersuchung bleiben als äusserst ungünstige für die Dienstbotenklasse unanfechtbar aufrecht: daß der uneheliche Umgang der Dienstboten weit seltener zur Legitimation und Eheschließung führt, also in höherem Maße ephemere ist als der der industriellen Arbeiterinnen; daß die ihm entstammenden Kinder bedeutend schlechter gestellt sind als die unehelichen Kinder der industriellen Arbeiterinnen; daß daher die Unehelichkeit der Dienstboten social viel schädlicher und damit auch ethisch minderwertiger ist als die der industriellen Arbeiterinnen, ja aller größeren Berufsgruppen überhaupt. Dieses Ergebnis ist u. a. insbesondere für die private Fürsorge von unmittelbarer Bedeutung.

Es kann dem Verfasser mit Zug gesagt werden, daß auch die Fabrik heute weit entfernt davon ist, für die Arbeiterinnen als Pflanzstätte besonderer Sittlichkeit zu gelten; aber darauf kommt es hier bei der Zerstörung eines gefährlichen Aberglaubens nicht an. Herr Dr. Spann hat durch seine Arbeit von neuem dem uralten Erfahrungssatz Geltung verschafft, daß in der höheren Freiheit auch die höhere Sittlichkeit liegt; ein Erfahrungssatz, der allerdings allen Dunkelmännern ein Greuel ist. Und darum wird seine Hoffnung, daß die zumeist pfäffisch angehauchte private Fürsorge aus dem Ergebnis seiner Arbeit die erforderliche Lehre ziehen wird, auch sobald nicht in Erfüllung gehen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. Mai.

Liberaler Landsturm.

Durch die nationalliberalen Blätter, in nationalliberalen Versammlungen weht mit wachsender Stärke das, was man einen „Frühlingssturm eines liberalen Gedankens“ zu nennen pflegt. Solch ein Frühlingssturm pflegt allemal einzusetzen, wenn es gilt, die heiligsten Güter der liberalen Weltanschauung kostenlos zu verteidigen, namentlich aber dann, wenn die Heuchelei des Liberalismus allzu unvorsichtig bloßgestellt wird.

Der liberal-konservative Schulantrag, auf den sich die konservative, freikonservative und nationalliberale Partei des preussischen Abgeordnetenhauses — anfangs sogar unter Zustimmung der Freisinnigen — geeinigt haben, hat in den Kreisen der nationalliberalen „Massen“ die Erinnerung hervorgerufen, daß man sich doch liberal nenne und also verpflichtet sei, einen gewissen Schein zu wahren.

Der nationalliberal-konservative Schulantrag ist im wesentlichen die Wiederaufnahme jenes „christlichen“ Schulgesetzes von 1892, gegen das auch jener liberale Frühlingssturm wehte, und zwar so lange und so heftig, bis die Vorlage vom Kaiser zurückgezogen wurde.

Jetzt nun haben dieselben Nationalliberalen ihrerseits ein christliches Schulgesetz beantragt und zwar in der folgenden Form:

In Ausführung des Artikels 24 der Verfassung, wonach bei der Einrichtung der öffentlichen Volksschulen die konfessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen sind, werden nachstehende Grundzüge festgelegt:

- a) in der Regel sollen die Schüler einer Schule derselben Konfession angehören und von Lehrern ihrer Konfession unterrichtet werden,
- b) Ausnahmen sind nur aus besonderen Gründen, insbesondere aus nationalen Rücksichten oder da, wo dies der historischen Entwicklung entspricht, zulässig. Lehrer, welche zur Erteilung des Religionsunterrichtes für konfessionelle Minoritäten an Schulen anderer Konfession angestellt sind, dürfen voll beschäftigt werden.
- c) erreicht die Zahl der schulpflichtigen Kinder einer konfessionellen Minderheit eine angemessene Höhe, so hat diese Minderheit den Anspruch auf Einrichtung einer Schule ihrer Konfession,
- d) es sind zur Verwaltung der Schulanlagen neben den ordentlichen Gemeindebehörden in den Städten Schuldeputationen und auf dem Lande Schulvorstände einzurichten, bei denen der Kirche, der Gemeinde und den Lehrern eine angemessene Vertretung zu gewähren ist.

Daß jetzt wieder die Liberalen im Lande gegen Festlegung der Konfessionalität der Volksschule Sturm laufen, ist nur eine alte und leere Gewohnheit. Thatsächlich wünscht die Bourgeoisie die konfessionelle Spaltung des Volkes, und die liberalen Abgeordneten haben nur gethan, was die liberalen Unternehmern im Grunde ihres Herzens fordern. Während der „Frühlingssturm des liberalen Gedankens“, der sich diesmal gegen die eigne Partei richtete, auf die politische Wirklichkeit keinen sonderlichen Einfluß haben wird, ist um so beachtlicher die Thatfache, daß der Liberalismus die Zeit für gekommen hält, um offen in der Konfessionsschule das Bändigungs mittel des Proletariats anzuerkennen. Das ist ein neuer Beweis für die vollständige Auflösung des bürgerlichen Liberalismus in Deutschland. Das protestantische Preußen soll katholischer werden als irgend ein katholischer Staat.

In Preußen ist nur einmal erschaft die Weltlichkeit der Schule gefordert worden: 1848. Die Gegenrevolution hat auch diesen Liberalismus schnell beseitigt. Seitdem hat man niemals erschaft den Versuch gemacht, die Schule von der Kirche zu befreien. Eine rechtliche Regelung der Schule ist bisher seit mehr als einem halben Jahrhundert versprochen, aber unerfüllt geblieben. Das heutige Preußen ist ja immer noch das unferne, willkürliche, rechtlose Provisorium geblieben, wie es der Staatsstreich häufig zusammenstürzte.

Auf dem Verwaltungswege wurde dann die Volksschule namentlich in neuerer Zeit immer mehr konfessionalisiert. Wie haben keine weltliche Schule, keine Simultanschule, in der die Konfessionen nebeneinander unterrichtet werden, aber auch bisher nicht die reine Konfessionsschule. Die heutige Volksschule ist vielmehr, was ihre Stellung zur Kirche betrifft, ein unklarer Mittelweg zwischen paritätischer und konfessioneller Schule.

Dieser Schwbezustand wollte die lex Jedlich von 1892, will das jetzige liberal-konservative Schulkompromiß zu Gunsten der reinen Konfessionsschule beseitigen. Jede Volksschule soll „in der Regel“ nur Kinder einer Konfession unterrichten.

Die Liberalen, die grundsätzlich für konfessionslose Schulen eintreten müßten, begnügen sich jetzt nicht mehr mit der konfessionell gemischten Schule, sie treten für die konfessionell geforderten Schulen ein oder — worauf es hinausläuft und hinauslaufen soll — für die Katholisierung der Volksschule.

So weit die liberale Entrüstung gegen den liberalen Verrat ernsthaft sein sollte, so verstehen diese Ideologen des Liberalismus eben nicht, daß ihre Partei nichts ist wie ein höchst nächstermes und gemeines Geschäft der Industriekapitalisten.

Geistige Freiheit wollen auch diese Hintermänner und Unternehmern der liberalen Partei, aber nur für die Ihrigen. Die höheren Schulen, die Universitäten sollen natürlich konfessionslos, zum mindesten paritätisch sein. Die Sprößlinge der Bourgeoisie sollen nicht mit dem unrentablen theologisch-dogmatischen Gedächtnisstram belastet werden. Dagegen sollen die Söhne und Töchter des Volkes konfessionell gespalten werden, damit sie mittels des Mißbrauchs der Religion gefügige Werkzeuge ihrer Ausbeuter werden. Es wiederholt sich in der Schulfraße die gleiche Erscheinung wie auf dem Gebiet der Organisation. Während die Arbeitgeber ohne Unterschied der Konfession beieinanderstehen, werden die Arbeiter künstlich in konfessionelle Organisationen zu trennen versucht.

Auch die Konfessionsschule soll nur ein Mittel der Spaltung und Entnerung des Proletariats sein, darum sind die liberalen Unternehmern durchaus für die Konfessionsschule, und die liberalen Intellektuellen mögen sich die Finger krumm schreiben und die Lippen wach reden, ihre „Ideale“ feikern an dem realen Interesse der Kapitalisten, die doch das ganze Geschäft, das sich national-liberale Partei nennt, mit ihrem Gelde bezahlen und möglich machen.

Schließlich ist der Verrat der liberalen Abgeordneten auch gar nichts Neues. So oft in den letzten Jahren im preussischen Landtage Schulfraßen erörtert wurden, haben die liberalen Redner sich zwar lebhaft gegen die Konfessionalität der höheren Schulen und der Universitäten gewandt, aber immer ausdrücklich hinzugefügt, daß sie an dem religiös-konfessionellen Charakter der Volksschule nicht rütteln wollen. Nicht nur die Religion, auch die konfessionelle Ab-sperrung muß eben dem Volke erhalten bleiben.

Das liberale Unternehmertum hält es bei allem Aufgebote liberaler Weltanschauung und evangelischen Gewissens doch mit Thiers, dem Staatsmann der liberalen Bourgeoisie Frankreichs, der da sagte: „Gegen den sozialistischen Schullehrer wird uns der katholische Pfarrer ein Schutz sein.“ Gegen den Schullehrer und den Schüler!

Die weltliche Schule macht das Proletariat geistig frei von der Kirche — das kann kein Liberaler dulden. Aber selbst die paritätisch-christliche Schule ist für das liberale Unternehmertum vom Uebel, weil sie geeignet ist, den konfessionellen Gegensatz und auch die konfessionelle Orthodoxie im Proletariat abzustumpfen.

So ist die Spekulation der liberalen Unternehmer auf die Konfessionsschule durchaus erst gemeint und keineswegs eine unüberlegte Uebereilung ihrer Abgeordneten. Sieht es in der national-liberalen Partei noch Elemente, denen der Liberalismus, das freie Denken, die freie Wissenschaft, Ernst ist, so werden sie ihre Sache von den liberalen Kapitalpolitikern trennen müssen. Mit dem liberalen Landsturm ist gar nichts gethan. —

Die politische Situation in Dänemark.

Kopenhagen, 28. Mai. (Fig. Ber.)

Wer gesehen hat, welche freudige Erregung, welcher Jubel in weiten Kreisen des dänischen Volkes herrschte, als vor nunmehr fast drei Jahren das liberale Ministerium als Frucht eines dreißigjährigen Kampfes aus Kuber kam, der wird auch die Enttäuschung verstehen, die diejenigen empfinden, die in der Demokratie die Grundbedingung für die Wohlfahrt des Volkes erblicken und nun erleben müssen, wie dieses Ministerium im großen wie im kleinen, in dem, was es vollbringt, und in dem, was es unterläßt, die Grundsätze der eignen Partei verleugnet und ganz in den Wegen seiner konservativen Vorgänger wandelt. Ein großer Teil der Linkenpartei, vielleicht der größte, macht allerdings diese Schwankung nach rechts mit. Die liberalen Bauern sind im allgemeinen damit zufrieden, daß nun einer der Ihren, ein einfacher Landmann im Ministerium sitzt und ihre Interessen wahrnimmt. Die politische und geistige Kultur der dänischen Bauern, die an sich höher einzuschätzen ist als die Bauernstandes in irgend einem andern Lande, reicht offenbar nicht so weit, um sie die Schmach empfinden zu lassen, die z. B. in der Einbringung des Prügelsgesetzes und dem damit verbundenen Versuch zur Ueberrumpelung des Volkstings liegt. War doch der Landwirtschaftsminister selbst zur Förderung dieses Entwurfes bereit! Ebenso ist das Interesse der Bauern an dem Schicksal der Gerichtsreform und der beim Ministerwechsel so feierlich versprochenen Reform des Gemeindevahlrechts nicht besonders groß. Eine stärkere Erregung hat bei der Landbesitzerklasse die Durchführung der neuen Steuergeetze hervorgerufen, deren Ungerechtigkeit nur allzu deutlich hervortritt; die Großgrundbesitzer Steuerbefreiungen von 700 Kronen und darüber gebracht haben, welche durch Steuererhöhungen der Kindererbemittelten, namentlich der Händler und Kleinbauern ausgeglichen werden.

Zur Zeit finden an vielen Orten des Landes Wähler-versammlungen statt. In Ringsted, dem Wohnort des Landwirtschaftsministers Ole Hansen, an der Bahnstrecke Kopenhagen-Korfor gelegen, hatte kürzlich der liberale Volkstingssmann 3 a h l e seine Wähler zusammenberufen. In der von gegen 500 Personen besuchten Versammlung war auch unser Parteigenosse Volkstingssmann Klausen anwesend, der nach zahlreicher Referat das Wort nahm und lebhaft Zustimmung fand. Es zeigte sich, daß die Versammlung weit mehr mit der Politik der Socialdemokratie, als mit der Haltung der Liberalen einverstanden war. Uebrigens hatte Klausen sich im Gegensatz zu seinem Verhalten im Volksting bei seinen Wähler-versammlungen im Ringstedkreise recht radikal gebärdet.

Auch „Politiken“, das hier in Kopenhagen erscheinende hervorstechendste Organ der Linken, das in den ersten Jahren nach dem Regierungswechsel die Sünden des neuen Ministeriums zu verzeichnen suchte, nimmt in letzter Zeit wiederum eine mehr radikale Haltung an. Nun haben dieser Tage zwei Minister, Alberti und Ole Hansen, in Zusammenkünften von Landleuten sich direkt gegen die mit ihnen Unzufriedenen in der Linkenpartei gewandt. Der Justizminister richtete seine Angriffe gegen diejenigen, die innerhalb der Linken Grund zu einer separaten Politik legen wollen“, forderte die Landbesitzer auf, sich mit Widerwillen von diesen „Verrätern“ abzuwenden, und sprach schließlich die Hoffnung aus, die Linke müsse „geläutert und gereinigt aus dieser Politik hervorgehen.“ — Hierzu bemerkt „Politiken“ sehr treffend: „Seitdem die Linke nach 1866 eine einheitliche Partei geworden ist, haben immer jene Einflüßler, die die Partei verraten wollten, diejenigen, welche innerhalb der Partei die Politik der Partei vertreten, Separatisten genannt und ihnen sobald es sich machen ließ Namen angehängt wie Kopenhagener oder Europäer oder Nationalliberale, oder was sie sonst erfinden konnten, wenn es nur in den Ohren der Landbesitzer recht klang.“ Separatisten ist ein historisches Wort; es bedeutet: Nun rennen wir davon.“ Der Landwirtschaftsminister wandte sich gegen diejenigen Redner seiner Partei, die da meinen, sie müßten die Regierung vor den Wählern entschuldigen; er verurteilte die „jammernde und klagende Politik“ und forderte zu mehr „Männlichkeit“ in der Politik auf, soll heißen Männlichkeit gegen die radikale Strömung in der Partei.

Es ist klar, daß, wenn noch eine hinreichende Anzahl von politischen Charakteren in der Linkenpartei vorhanden ist, eine Spaltung unvermeidlich wird. Ein großer Teil der wirklich demokratisch gesinnten Liberalen wird es allerdings unter diesen Umständen vorziehen, sich der Socialdemokratie anzuschließen, die in allen ihren Handlungen bewiesen hat, daß für sie allein das Interesse des Volkes und die Grundzüge der Demokratie maßgebend sind. Nach allem, was ich von leitenden Genossen und Volkstingssmännern erfahren habe, sieht man in den Kreisen unter Parteigenossen die gegenwärtige Situation als außerordentlich günstig für die Socialdemokratie an. Die Niederlage, die die Demokratie und Socialdemokratie bei den Kopenhagener Kommunalwahlen in diesem Frühjahr erlitten hat, ist von sehr geringer Bedeutung. Hier waren die vielen durch die antisocialistische Agitation betroffenen Kleinbürger Kopenhagens ausschlaggebend. Sie werden sich genug erkennen, wie wenig ihre Interessen von jenen gefördert werden, denen sie diesmal ihre Stimmen gaben. Die dänische Socialdemokratie steht jetzt vor der großen Aufgabe, die Landbesitzerklasse zu gewinnen, hauptsächlich die Häusler und Landarbeiter, und die Politik der Liberalen und ihre Regierung sorgt dafür, daß ihr diese Aufgabe erleichtert werde.

Deutsches Reich.

Weltausstellungs-Adressen für Wilhelm II. Nach der „Wiener Neuen Freien Presse“ soll in Saint Louis ein „Goldenes Buch“ ausliegen, in das sich alle jene in Amerika lebenden Deutschen einschreiben sollen, die dem deutschen Kaiser, dem das Buch nach der Ausstellung überreicht werden soll, ihre Sympathie zum Ausdruck bringen wollen.

Dieses merkwürdige Plebiszit für die Person eines ausländischen Monarchen soll offenbar nach der Ansicht der Unternehmer den heutigen reichthümlichen Phantasmagorien als Weltausstellungs-Gegenstand verkorpern.

Nun sollte vermuthen, daß die amerikanischen Republikaner dieser neuen Gefügigkeit keinen Gefallen abgewinnen werden. Auch hört man nicht, daß die andern Nationen für ihre Oberhäupter ähnliche Adressensammlungen in Saint Louis angelegt haben. —

Von Dr. Ruggan.

Nachdem die eignen Parteigenossen in Breslau den Abgeordneten Dr. Ruggan in die Schranken gewiesen haben, erfährt der Preussensmann auch den Tadel seiner ärztlichen Kollegen. In der unter der Redaktion von Dr. Karl Gumpert in Berlin erscheinenden Zeitschrift „Deutsche Medizinische Presse“ wird das letzte Auftritten Dr. Ruggans also beurteilt:

Am 13. Mai wurde im Reichstage eine Interpellation der socialdemokratischen Fraktion besprochen, welche sich mit der Reform des Strafvollzuges beschäftigte. Die Interpellation lautete auf den bekannten Entschlüssen der „Zeit am Montag“ und wünschte die Disziplinargewalt der Strafanstalts-Direktoren eingeschränkt zu sehen, um Vollstreckung von gesundheitsgefährdenden Arreststrafen, zumal an Kranken und seelisch zweifelhaften hinzuhalten. Gegen die von Dr. Gradnauer in objektiver Weise begründete Interpellation wendete sich in sehr scharfer Form unser geschätzter Kollege Ruggan, der damit schloß, daß keinerlei Uebergriffe erwiesen seien und daß die socialdemokratische Presse gegen die verdienten Kollegen Baer und Pfeleger in unverantwortlicher Weise gehet habe. . . . Wir können die moralische Entrüstung des Herrn Ruggan nicht verstehen. Wer jemals geistig zweifelhaft im Strafvollzuge gesehen hat, weiß, wie oft diese Kranken schweren Disziplinarstrafen unterworfen wurden, ehe man sie auf ihren Geisteszustand beobachtete. . . . Immerhin konnte ein mit der Schwierigkeit dieser Fragen Vertrauter durch die Enthüllungen der „Zeit am Montag“ nicht überrascht werden und hatte keine Veranlassung, an ihrer Wahrheit zu zweifeln.

Herr Geheimrat Baer ist — wie der „Vorwärts“ vom 18. Mai erklärt — niemals angegriffen worden; er ist unfrei Trachtens über jeden Angriff erhaben. — Wie konnte Herr Ruggan übrigens sagen, ein Brief des Großen beweise seine Inzurechnungsfähigkeit? Es ist nicht oft leicht, jemand nur auf einen von ihm herrührenden Brief hin für geistig krank zu erklären; aus einem einzelnen Brief die geistige Gesundheit des Schreibers zu folgern, wird keinem Psychiater einfallen, der stets dessen eingedenk ist, daß Wahnsinn gelegentlich diffusultet werden. Andererseits ist jemand, der der Simulation überführt wird, oder sie eingesteht, deswegen noch lange nicht geistesgesund.

Bei der Gelegenheit sei zur Verbollständigung des Bildes freisinnigen Heldennutts noch an einen älteren Vorgang erinnert. Dr. Ruggan erzielte schon 1898 ein Reichstags-Mandat. Er war freisinniger Kandidat in Potsdam-Spandau-Osthavelland. Damals ergriff er vor den Wählern in der Löwenhaut des Radikalismus und er m ä h t e sich sehr, mit der Socialdemokratie des Kreises sich auf freundlichen Fuß zu stellen. Damals wendete sich Dr. Ruggan scharf gegen rechts, gegen seine jetzigen konservativen Gesinnungs- und Charaktergenossen, und er erkannte scharfsinnig die Verdienste der Socialdemokratie um das Zustandekommen und den fortschreitenden Ausbau der Socialreform an, ja er gab auf Anfrage in der Wähler-versammlung die feierliche Erklärung ab, daß er es für ganz selbstverständlich halte und daß er dafür eintreten wolle, daß die freisinnigen Wähler im Falle einer Stichwahl einzig für den Socialdemokraten stimmen müßten. Dadurch erreichte Herr Dr. Ruggan, daß die Socialdemokratie in der Agitation die freisinnige Volkspartei thumlichst schonte; im Stillen machte er sich mit der Hoffnung gezeichnet haben, durch seine Taktik den Socialdemokraten aus der Stichwahl zu verdrängen und dann mit socialdemokratischer Hilfe zu siegen. Es kam aber anders. Der Freisinn brachte nur 4000 Stimmen auf, während unser Kandidat mit etwa 10 500 Stimmen in Stichwahl mit dem „schlichten Mann“ Pauli gelangte, der etwa 12 000 Stimmen erhielt. Nun erinnerten einige unserer Parteigenossen Herrn Dr. Ruggan an sein Wort. Wohl oder übel sah er sich dann zu einer öffentlichen Erklärung genötigt, die ein wahrhaftes Angstprodukt darstellte und die spätere „Entwicklung“ des Herrn schon vorahnen ließ. Er erklärte, seinen Wählern für die Stichwahl „nicht die Wahl des konservativen Kandidaten empfehlen zu können“. Der Kreis ging dem auch wirklich dank dieser traurigen Freisinnhaltung an die Reaktion verloren. Und seitdem hat sich dieser Freisinn à la Ruggan tüchtig fortleentwickelt. 1903 spezialisierte Dr. Ruggan in Böhmen eifrig auf die Stichwahlhilfe der Nationalliberalen und Konservativen; diese ward ihm zu teil und zum Dank — Dr. Ruggan ist ein dankbares Gemüt — entseffelt er durch wüste Poltern gegen die Socialdemokratie die reaktionären Weisheitsfüßler. Er ist ein Mann, nehmst alles nur in allem. . . .

Die Mantuffeleien gegen die Socialdemokratie, die von der Vorwärts-Buchhandlung in einer Agitationsbroschüre herausgegeben worden sind, werden von der „Konservativen Korrespondenz“ in einem Leitartikel „genüßig“, von dem nicht ersichtlich ist, was er eigentlich für einen Sinn haben soll.

Weil in der Broschüre einseitig die wachsende Macht des preussischen Junkertums geschildert wird, darnun sollen wir aus Furcht, aus „Vagigkeit“ die Reden der Staatsstreicher verbreiten. Wir schlagen der „Konservativen Korrespondenz“ vor, einmal socialdemokratische Reden ungefährst zu verbreiten; wir werden dann sicher nicht behaupten, daß sie das aus Furcht gethan habe. Vielmehr werden wir dann den konservativen Mut bewundernd anerkennen.

Die „Konservative Korrespondenz“ aber sieht in der Broschüre auch einen neuen Beweis, warum die Socialdemokratie nicht mit geistigen Waffen — nicht einmal mit den geistigen Waffen der geborenen Weselgeher — bekämpft werden kann. Die Broschüre behauptet:

Die Herrenhausdebatte habe nichts zu Tage gefördert, als die Verleumdungen, tausendfach widerlegte Flugblatmärchen und dergleichen wunderbare Märchengeschichten, wie sie sich die alten Weiber auf den entlegensten Gutschöfen gruseln erzählen mögen.“ Die arme verlorne Socialdemokratie muß freilich viel leiden. Aber sie liefert auch hier wieder den besten Beweis dafür, daß ihr — die alle Unbequemlichkeiten kurzweg als „Verleumdungen“, „Märchen“ und „Märchengeschichten“ abthut — mit geistigen Waffen nicht bezuzukommen ist.

Hier erkennt man die nicht geistigen Waffen, mit denen die „Konservative Korrespondenz“ ihrerseits der Socialdemokratie bezuzukommen sucht. Sie behauptet, die Broschüre ihne die Mantuffeleien „kurzweg“ — also ohne Beweis — als Verleumdungen, Märchen und Märchengeschichten ab, sie unterschlägt aber die Thatsache, daß ein paar Duzend Fälschen unwiderleglich bewiesen worden ist, daß verleumdet, gefälscht, gefehlt worden ist — von aller Unwissenheit abgehehen.

Wir vermuten, daß auch diese konservativen nichtgeistigen Waffen, diese Vergeivalligungen der Wahrheit nichts gegen uns ausrichten werden. —

Redakteur und Landwirt.

Ueber zwei Gerichtsurteile schreibt man aus Halle unterm 30. Mai: Der Redakteur Genosse Robert Fette vom „Volkshlatt“ war einer Mystifikation zum Opfer gefallen, indem er in gutem Glauben nach den Angaben eines Arbeiters Rude einen Artikel veröffentlicht hatte, nach dem der Polizeiergent Lungenhausen den Rude ohne Veranlassung schwer mißhandelt haben sollte. Als Redakteur Fette heute vor der Strafkammer stand, mußte der Zeuge Rude zugeben, den Angeklagten nach allen Regeln der Kunst belogen zu haben. Auch Staatsanwalt Salläter nahm an, daß der Angeklagte in gutem Glauben gehandelt habe, beantragte aber vier Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf sechs Wochen Gefängnis.

Villiger davon kam der Landwirt Karl Hoffmann aus Banzleben, der gelegentlich einer Unterhaltung in einer Gastwirtschaft am 24. Dezember v. J. gesagt hatte: „Meine Unteroffiziere sind D. . . . Inedte, die die Soldaten striegen, die bürgerlichen Offiziere sind ebenso, nur Wisse macht eine Ausnahme; unter den adeligen Offizieren bleibt es aber noch anständiger.“ Hoffmann, der auf Grund eines vom Kriegsminister gestellten Strafantrages ebenfalls wegen öffentlicher Verleumdung angeklagt war, wurde von der Strafkammer zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. —

Eine polnische Protestkundgebung gegen den Ansiedlungsgezetourf fand am Sonntag in P o l s a statt. Die von über tausend Personen besuchte Volksversammlung war von den polnischen Abgeordneten und den Vertretern der polnischen Bourgeoisie und des

Adels einberufen. Die Versammlung selbst war auch aus der Provinz besetzt — sogar aus Westpreußen und Oberschlesien waren Teilnehmer anwesend. Von den polnischen Parlamentariern waren die Herren Brejki, Dr. Anton Chlapowski, Dr. Mr. Chlapowski, Dr. Dziembowski, Dr. Krzyminski, Kulerski, Dr. Ryzerski, Dr. Riegolewski, Dr. Starzyski, Prälat Stychel und das Herrenhausmitglied Rosciolowski anwesend. Nach den Referaten, die vom Abg. Chranowski und den Herren Jodowski und Njepcki gehalten wurden — fand nachstehende Resolution einstimmige Annahme:

„Wir am 29. Mai 1904 in Posen versammelten Polen erklären:

In Erwägung, daß die Ansiedlungsgezet-Rovelle der preussischen Regierung die Polen von der freien Ansiedelung auf dem Lande anschießt und damit die Verfassung verlegt, nach der alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind;

in fernerer Erwägung, daß das geplante Gesetz — indem es die Polen an der Begründung eines eignen Heims hindert — den höchsten menschlichen Gefühlen, die der Liebe und der Anhänglichkeit an die Muttererde entspringen, Gewalt anthut;

in weiterer Erwägung, daß das geplante Gesetz dazu dienen soll, die polnische Nation — welche gleich der deutschen Nation das natürliche und geschichtliche Recht zur nationalen und kulturellen Entwicklung hat — im Königreich Preußen zu unterdrücken;

in schließlicher Erwägung, daß das geplante Gesetz sich als Gewaltakt der Stärkeren darstellt, der allen christlichen Grund-sätzen und den Erzeugnissen der Civilisation Hohn spricht —

protestieren wir feierlich im Namen des Rechts, im Namen des Grundgesetzes der Freiheit, der christlichen Gerechtigkeit und der Civilisation gegen den erwähnten Gesetzesentwurf und erklären öffentlich, daß wir zur Verteidigung unseres nationalen Daseins und der höchsten Güter der Menschheit alle unsere Kräfte anspannen werden und wir vertrauen darauf, daß wir die neue schwere Prüfung mit Gottes Hilfe ungedrückt und ungebroschen bestehen werden.“

Die Liberalen und die Volkrechte. In einer Polemik des Bormer Federblattes des Freierrn Deyl zu Hemsheim mit der „Frankfurter Zeitung“ einschuldigt das liberale Organ die Stellung der Liberalen gegen die heftige Wahlreform damit, daß es überall und seit jeder liberaler Gesinnung sei, das Volk zu entreden.

Zum Behufe dieser Beweisführung veröffentlicht das liberale Blatt eine Tabelle liberaler Sünden, die ein hostilster Feind des Liberalismus nicht glücklicher zusammenstellen könnte.

„Ist dem Blatte (der „Frankfurter Zeitung“) bekannt oder nicht bekannt,

1. daß der Frankfurter demokratisch-freisinnige Kompromiß-Landtagskandidat Hund am 23. März d. J. im preussischen Abgeordnetenhaus für den belannten freisinnig-nationalliberalen Antrag auf der Grundlage weiterer Festlegung des Dreiklassen-Wahlrechts gestimmt hat?
2. daß die Nationalliberalen in Preußen für Verbesserung (die in Wirklichkeit noch eine Verschlechterung ist. Red. des „Vorw.“) des Landtags-Wahlrechts, jedoch auf der Basis der Erhaltung des Dreiklassen-Wahlrechts eintreten?
3. daß die Nationalliberalen Sachsens sich für das Pluralstimmensystem ausgesprochen haben?
4. daß die Liberalen in Bayern die Einführung des direkten Wahlrechts ohne Zustimmung ausreichender Gegenstimmen abgelehnt haben?
5. daß das Centrum in Belgien, dessen heftige Spielart in Sachsen der Wahlrechtsfrage mit der „Frankfurter Zeitung“ in eine Kerbe haut, das direkte Wahlrecht in revolutionärer Bewegung abgelehnt hat und am Pluralstimmensystem festhält?
6. daß der heftige nationalliberale Parteitag in Frankfurt a. M. am 22. November v. J. es abgelehnt hat, sich vorderhand auf das direkte Wahlrecht festzuliegen, bevor sich der Centralverband der nationalliberalen Partei Deutschlands darüber schlüssig gemacht habe, welche Gesichtspunkte und Anteile für ein neues Wahlgesetz in den verschiedenen Einzelstaaten festzustellen seien?
7. daß das direkte Wahlrecht einen Programmpunkt der nationalliberalen Partei Deutschlands wohl in Bezug auf den Reichstag, nicht aber auf die Parlamente der Einzelstaaten bildet? Man könnte diese Liste noch beliebig erweitern. Daß der Liberalismus die „Freiheit“ nur für die Bürgerlichen will, ist klar; nur wird das nicht immer so offen von liberaler Seite zugegeben. —

„Radikal-nationale“ — Reaktion. Wir haben schon einmal Gelegenheit gehabt, das Organ des „radikal-polnischen“ Herrn Korsanty in Kattowitz bei einer liebedienlichen Demütigung an den „moskowitzischen“ Jaren festzumagen, als es nämlich in eingehendster Weise die Route der aus Westrußland stiehenden jüdischen Soldaten angab und diese dabei noch als ihrer „Reinheit“ verdächtige. Jetzt bringt der Kattowitzer „Gorostolaz“ einen neuen Beweis, daß sein „demokratisches“ Nationalpolentum in seinem Wesen nichts als eine in äußerst verwässerte nationale Brose geküllte Reaktion ist. Indem Herr Korsanty in seinem Blatte die ganze Politik der polnischen Reichstags- und Landtagsfraktion in Wausch und Wogen in Scham nimmt, begründet er speziell in folgender Weise das skandalöse Verhalten der polnischen Abgeordneten bei der belannten Interpellation unserer Fraktion in Sachen der Ausländerausweisungen:

„Wir bitten die Leser, sich zu erinnern, wie sich die Sache mit diesen Ausländern verhielt. Um wen es handelte es sich dabei? Es handelte sich fast ausschließlich um Herrern, die so wohlklingende Namen tragen, wie Mandelstamm, Silberfars, Gampomades, Lektet usw. Wir Polen haben mit diesen Herren nichts gemein, im Gegenteil, diese Jüdeln stammen fast alle aus Litauen und Ruthenien, dort aber, auf polnischem Boden zeichnen sie sich dadurch aus, daß sie als Apostel der moskowitzischen Kultur (will sagen: des Socialismus! D. Red.) fungieren und zur Aufspaltung unsrer Länder beitragen. Zur Verteidigung solcher Leute aufzutreten hat die polnische Fraktion keine Pflicht, übrigens war das Betragen dieser Jüdeln in Berlin nachher ein so skandalöses, daß niemand mehr sie mit ruhigem Gemüthe in Scham nehmen konnte. Allerdings hat die polnische Fraktion mehrmals und viel früher als die Socialdemokraten die Ausländer in Scham genommen (wo das und womit? D. Red.), als es sich um das polnische Volk handelte, russifizierte Jüdeln hingegen kann sie nicht in Scham nehmen. Zum Schluß können wir nur unsere Befriedigung darüber ausdrücken, daß die polnische Fraktion an der socialdemokratischen Aktion zum Schutze dieser Jüdeln nicht teilgenommen hat, wir müssen offen heraus sagen, daß die polnische Fraktion sehr weise gehandelt hat, denn die Socialdemokraten haben diesen ganzen Feldzug verloren und eine schmachvolle Niederlage erlitten, die sogar Herr Webel nicht abzuwenden vermocht hat. Das ganze von ihnen beigebrachte Material hat sich als falsch erwiesen, und hätte die Regierung nur etwas geschickter und klüger manövriert, so wäre die Niederlage der Socialdemokraten eine noch größere geworden.“

Aus diesem Erguß ist jedenfalls eins ersichtlich, daß nämlich die polnische Nationalität die Vorgänge der deutschen auswärtigen und inneren Politik genau durch die Brille derselben Herren Wälow, Hammerstein und Nischhofen betrachtet, die der „wohllingenden“ Maxime folgen: „Wir haben zu befehlen, Ihr Polen zu gehorchen“, daß somit eigentlich die Leiter unsrer offiziellen Außen- und Innenpolitik die Bedientenseelen ihrer nationalpolnischen Widersacher richtig eingeschätzt haben. Besonders pikant ist aber diese Seelenharmonie zwischen Wälow-Hammerstein und dem jüngsten Sproß des Nationalpolentums gerade in diesem Fall, in Bezug auf die „Jüdeln“, d. h. die russifischen Revolutionäre, in deren martervollem Kampfe doch die vom „Moskowitzen“ unterdrückten Polen jedenfalls die einzige Gewähr erblicken können, daß sie früher oder später erträglichere Zustände, politische Freiheiten im Vaterlande bekommen. Wenn nun das „Radikalpolentum“ die „Silberfars und Mandelstamm“ abschüttelt, um in die Arme der Herren Wälow und Hammerstein zu fliegen, so harmonisiert das aller-

Dings wunderbol mit den folgen Hinweisen des Herrn Starzhinski im preussischen Abgeordnetenhaus auf die „**Muterkontreue**“, mit der die Polen des russischen Landes teils „in der jetzigen schweren Prüfung der russischen Regierung befehen“, ebenso wie mit den unaufhörlichen Warnungen der gesamten galizischen und Posener „nationalen“ Presse vor jedem Gedanken an eine Ausnutzung des russisch-japanischen Krieges zu irgendwelchen nationalpolitischen „Träumereien“. Und jedenfalls, wenn schon das „radikale“ Nationalpolentum so ausficht, dann muß man sich sagen: *Noo locus ubi Troja fuit*, — nichts ist geblieben, wo einst Troja stand. Nichts — außer der Reaktion und der antisemitischen Verwilderung. —

Unteroffiziere im Schutz vor der Öffentlichkeit. Vor dem Glogauer Kriegsgericht standen zwei Unteroffiziere des Königsregiments in Paganitz angeklagt wegen Mißhandlung Untergebener. Der eine wurde wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt in zwei Fällen zu sechs Monaten und drei Wochen Gefängnis und Degradation verurteilt — es müssen also zwei harte „Fälle“ gewesen sein. Der andre erhielt wegen vorschriftswidriger Behandlung acht Tage Mittelarrest. Nicht nur die Verhandlung wurde geheim geführt, sondern auch bei der Urteilsbegründung blieb die Öffentlichkeit ausgeschlossen. — **Biel ist von dem „öffentlichen“ Militärgerichtsverfahren nicht übrig geblieben!** —

Feuerbestattung. Wie aus Stuttgart verlautet, wird von der württembergischen Regierung in nächster Zeit ein Erlaß zur Veröffentlichung gebracht, welcher das Gesetz betreffend das Begräbniswesen in Württemberg ändert. Es soll der Abfahrgeld aufgehoben werden, der der Einführung der fakultativen Feuerbestattung bisher im Wege stand. —

Südwestafrika.

Offiziös wird gemeldet: „Die Heliographenstation Otowahatjivi wurde am 28. früh von einer Hererobande angegriffen. Gegner zurückgeschlagen, verlor vier Tote. Verfolgung durch stärkere Patrouille.“ —

Berichtigung. In dem gestrigen Leitartikel muß es in der ersten Spalte, 7. Absatz, 2. Zeile heißen „der politischen (statt: unpolitischen) Notwendigkeit“. —

Husland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Militärvorlage. Budapest, 31. Mai. Die österreichische Delegation begann die Beratungen des Heeres-Extraordinariums. Franz Hofmann begründete den ablehnenden Standpunkt der Französischen Volkspartei gegen die enormen, überraschenden Heeresforderungen mit der schlechten Finanzlage der Monarchie und der einzelnen Länder.

Ebenso (katholisches Centrum) betonte die Notwendigkeit, im Frieden die Wehrfähigkeit der Monarchie derart zu gestalten, daß sie im Ernstfall gegen alle Eventualitäten gerüstet sei; es dürfe deshalb kein Widerspruch zwischen den Heeresforderungen und der politischen Lage bestehen. Im Vollgefühl seiner Verantwortlichkeit als Volksvertreter nehme er die Heeresforderungen an und er habe die Ueberzeugung, daß die schweren Heereslasten von der Bevölkerung leichter getragen würden, als die Folgen eines eventuellen unglücklichen Krieges.

Der Junggesehe Stransky bemerkte, er vermöge die Notwendigkeit der Forderungen nicht zu verstehen, da Europa von Frieden triefe und niemand Oesterreich-Ungarn angreifen werde, wenn dieses nicht dazu herausfordere. Oesterreich solle die Großmannsücht aufgeben und sich auf den Schutz seines Bestandes beschränken. Dazu reiche die jetzige Wehrmacht aus. Noch schärfer als die Forderungen für das Heer müsse er die Art verurteilen, wie sie eingebracht würden und gedeckt werden sollten. Denn die Veranschlagung von 15 Millionen für Säubigen, ehe das Parlament eine solche Vorlage angenommen habe, sei gleichwidrig.

Dulenska erklärte, die Polen würden ihrer Ueberlieferung getreu dem Staate alle Mittel zur Erhaltung und Ausgestaltung der Wehrkraft gewähren und daher für die Forderungen stimmen.

Frankreich.

Die Verbrecher im Generalstab.

Auch das letzte Stadium der furchtbaren Dreyfus-Tragödie bringt unerhöht schmähliche Gemeinheiten der Generalstabskreise an den Tag. Durch immer neue Fälschungen wird versucht, die alten Fälschungen zu verdecken und das ruchlose Werk gegen einen Unschuldigen fortzuführen, um so — die „Ehre“ des Generalstabes zu retten. Doch auch diese neuesten Fälschungsversuche sind durch einen glücklichen Zufall gestört worden. Am Montag ist der Verwaltungsoffizier D'Auriche, der im Nachrichten-Bureau des Kriegsministeriums angestellt ist, auf Anordnung des höchsten Gerichtshofes verhaftet worden. Ueber die Vorgänge, die zu dieser sensationellen Verhaftung führten, berichtet die „Humanité“:

Der Rat am Kassationshof Athalin war beauftragt worden, die Angelegenheit der falschen Zeugenaussage Czernuschis vor dem Kriegsgericht in Rennes an das Licht zu ziehen. Da Athalin davon überzeugt war, daß man Spuren der Bestechung Czernuschis in den Büchern des Ministeriums finden würde, besuchte er das betreffende Bureau und sah hier zu seinem Erstaunen, daß D'Auriche damit beschäftigt war, in einem Register Radierungen und sonstige Änderungen vorzunehmen. Auf die Frage Athalins „antwortete D'Auriche sehr verlegen, daß er in der Revision des Dreyfus-Prozesses vor dem Kassationshof als Zeuge erscheinen müsse und deshalb seine Bücher mit seinen Aussagen in Einklang bringen wolle! In dem Register ist da, wo D'Auriche die Radierungen begonnen hatte, zu lesen: „Als Reisekosten 625 Fr., übergeben 5000 Fr., Austerlich übergeben 20 000 Fr.“ Die Daten dieser Eintragungen fallen mit den Daten des Prozesses in Rennes im August 1899 zusammen. Athalin fragte nun, wo die Schriftstücke seien, für die so bedeutende Summen gezahlt wurden; D'Auriche wollte sich an nichts mehr erinnern. Athalin fragte dann weiter, ob diese 25 000 Fr. nicht als Preis für die falsche Zeugenaussage Czernuschis in Rennes gezahlt worden seien. D'Auriche antwortete, er könne über die Verwendung dieser Summen keine Auskunft geben. Es wurde nun eine Untersuchung vorgenommen und der Brief des Hauptmanns Francois vorgelesen, der ebenfalls bis vor kurzem dem Nachrichtenbureau des Kriegsministeriums angehört hatte. Dieser Brief war die Antwort auf ein Schreiben D'Auriches, worin Francois zur Vorsicht gemahnt wird, da der Kassationshof die Sache Czernuschis sehr genau untersuchen wolle. Die Antwort Francois lautete, daß er, um sicher zu gehen, alles ableugnen werde. —

Schweden.

Im Dienste des Jaren. Der verantwortliche Herausgeber des Wochenblattes „Vedens Ryheter“, Buchdrucker Björkroten, ist am 24. Mai vom Rathhausgericht zu Stockholm zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, und zwar wegen Verleumdung des Jaren sowie hoher russischer Staatsbeamter durch einen Artikel seines Blattes. „Vedens Ryheter“ ist eine von ausgewiesenen finnischen Journalisten in Stockholm gegründete Zeitung.

Daß Schweden in der bekannten Meldung des Pariser Blattes „Matin“ unter den Ländern genannt wird, die sich der neuen „heiligen Allianz“ angeschlossen haben, und somit scheinbar bereit ist, auch in dieser Weise Mitteldienste gegen russische Freiheitskämpfer zu leisten, hat beim schwedischen Volke eine gewisse Erregung hervorgerufen. Am Donnerstag brachte nun das Stockholmer Blatt „Dagan“ eine augenscheinlich vom Ministerium

des Aushern herührende Erklärung, die die Meldung des „Matin“ im allgemeinen bestätigte, jedoch mit der Einschränkung, daß es sich lediglich um eine Regulierung bereits bestehender Bestimmungen gegen die Anarchisten handle, die nur nach der Initiative der russischen Regierung möglichst dieselbe Form in den verschiedenen Ländern erhalten sollen. Es wird weiter beteuert, daß diese Abmachungen nur gegen „Propagandisten der That“, nicht gegen die sogenannten theoretischen Anarchisten und noch weniger gegen politische Flüchtlinge im allgemeinen gerichtet sind. Wozu Schweden, das doch bisher nichts mit sogenannten anarchistischen Verbrechen zu thun hatte, derartige Abmachungen treffen mußte, ist unverständlich.

Rußland.

Wieder ein Hungerstreik im Gefängnis.

Warschau, 27. Mai. (Fig. Ver.) In dem Warschauer Gefängnis Pawial, das jetzt mit „Politischen“ überfüllt ist — darunter zahlreiche Studenten, die am 4. Mai bei dem demonstrativen Begräbnis des Genossen Wizenkiew verhaftet worden sind — kam es zum Hungerstreik, an dem 100 Eingekerkerte teilgenommen haben. Zu dem äußersten Abwehrmittel sind die Politischen durch allerlei Chikane der Gefängnisverwaltung gedrängt worden, die den Aushalt im Kerker geradezu unerträglich machten. Die „Streifenden“ erklärten zum 17. Mai den Beginn des allgemeinen Hungerstreiks, wobei sie der Verwaltung folgende Forderungen einreichten: 1. Sofortige Haftentlassung des kranken Sch. Dresdener (der schwer lungentran ist und Blut spuckt), 2. Gewährung eines viertelständigen Spaziergangs täglich an die in der Unterjuchungshaft befindlichen, 3. Verbesserung der Gefängnisloft, 4. Einführung der Verlesung in den Zellen auf Staatskosten, 5. Gewährung von Besuchen seitens der Angehörigen einmal die Woche und der freien Aussprache mit ihnen ohne das Gitter dazwischen, 6. der Empfang von Besuchen der Angehörigen darf nicht im Wege der Disziplinarstrafe verboten werden, 7. Erlaubnis an alle Eingekerkerten, frei Cigaretten rauchen zu dürfen, 8. Mitteilung der endgültigen Urteilsprüche an diejenigen „Politischen“, die schon lange in der Untersuchungshaft sitzen, sowie an die am 4. Mai verhafteten Studenten. Endlich 9. sofortige Haftentlassung des 14jährigen Jungen Czarnobrod.

Der Hungerstreik der 100 Genossen dauerte drei Tage, vom 17. bis 20. Mai, und wurde beendet, nachdem die Verwaltung teilweise Zugeständnisse gemacht hatte. —

Asien.

Reorganisation der chinesischen Armee?

London. Sir Robert Hart, der Generalgouverneur der chinesischen Pöle, soll den Vorschlag einer Reorganisation in China beabsichtigen. Nach seiner Meinung wäre es möglich, durch direkte und indirekte Steuern in China einen jährlichen Betrag von 400 Millionen Taels zu erzielen. Hierdurch wäre es möglich, daß China 4 Armeen von je 50 000 Mann, sowie eine Flotte, bestehend aus 3 Geschwadern von je 10 Kreuzern 1. Klasse, 10 Kreuzern II. Klasse, 10 Torpedobootsgerüstern und 50 Torpedos mit einer Gesamtbesatzung von 10 500 Mann zur Verfügung hätte, um seine vollständige Unabhängigkeit zu erzielen und zu erhalten.

Die vorläufigen Kosten, einschließlich derjenigen für Militärschulen, Festungsbauten, beziffert Sir Robert Hart auf 802 Millionen Yuan. —

Afrika.

Tanger, 31. Mai. (Bureau Laffan.) Der englische und der amerikanische Gesandte benachrichtigten den Sultan von Marokko in energisch gehaltenen Worten, daß ihre Regierungen außer Stande seien, die Forderungen des Räubers Raissuli zu bewilligen: Falls der Sultan nicht die Freilassung der Gefangenen bewirke, würden England und Amerika die Sache selbst in die Hand nehmen. —

Amerika.

St. Louis, 31. Mai. Die deutsche Abteilung der Weltausstellung wurde gestern durch den deutschen Reichskommissar Kewald in Anwesenheit des hiesigen deutschen Konsuls Dr. Niessow sowie zahlreicher Ehrengäste in feierlicher Weise formell eröffnet. —

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Die Russen räumen die Halbinsel Liautung und ziehen sich nach Port Arthur zurück.

Die Flucht aus Dalny.

Tokio, 31. Mai. (Meldung des „Neuterschen Bureaus“.) Die Russen räumten Dalny Hals über Kopf, nachdem sie versucht hatten, die Stadt zu zerstören. Die japanischen Patrouillen berichten, daß mehr als 100 Gebäude, Kasernen, Depots, Eisenbahn- und Telegraphen-Bureaus beschädigt seien; 200 Eisenbahnwagen wurden unbeschädigt vorgefunden. Die Russen zerstörten den großen Quai und sperrten die Einfahrt zum Hafenbassin mit versenkten Dampfern. Die Anlegebrücken haben nicht gelitten.

Man glaubt, daß die Armee des Generals Du Dalny unberühliglich befehen wird.

Abenteuerrückling die Nachricht, daß General Kuropatkin, auf direkten Befehl des Jaren, die Stellung bei Rudzen preisgeben und mit 80 000 bis 100 000 Mann

zur Entsetzung von Port Arthur

südwärts ziehen wolle. Das hiesige den Japanern den Weg in die Mandchurie freigeben, und zudem würde es äußerst zweifelhaft sein, ob es der russischen Armee gelingen würde, bei Port Arthur vorzudringen, nachdem die Japaner Antschou befehrt haben.

Die Japaner rechnen ihrerseits damit, Port Arthur durch einen konzentrierten Land- und See-Angriff

in nächster Zeit zu erstürmen. Korrespondenten englischer Blätter rechnen bereits mit einem bestimmten Datum. Als ob es sich um eine Theatervorstellung handelt, telegraphiert der Korrespondent des „Daily Telegraph“ — wie das „Bureau Laffan“ uns übermitteln — daß der Sturmangriff auf Port Arthur zum 15. Juni

erwartet werde. Die Zeitungskorrespondenten werden am 10. Juni von Tokio nach der Kwantung-Halbinsel abreisen, um der Einnahme der Festung zusehen zu können, die zum 20. Juni erwartet wird.

Rekognoszierung von Port Arthur.

Tokio, 31. Mai. (Meldung des „Neuterschen Bureaus“.) Gestern früh sandte Admiral Togo vier Kanonenboote, zwei Torpedobootszerstörer und zwei Torpedoboote nach Port Arthur, die dort unter dem heftigen Feuer der Strandbatterien eine sorgfältige Rekognoszierung vornahmen. Sie stellten fest, daß die Russen auf einem der beiden neuen Forts am Nantichan-Vorgebirge eine neue Scheinwerferstation eingerichtet haben. Das Kanonenboot Nr. 3 wurde von einem feindlichen Geschöß getroffen, wobei ein Unteroffizier getötet, drei Mann verwundet und ein Geschöß beschädigt wurde; die übrigen Kanonenboote blieben unbeschädigt.

Partei-Nachrichten.

Paris, 29. Mai. (Fig. Ver.) Die dritte Plenarversammlung des Centralrates der P. S. de F. (revolutionäre Sozialisten), die alle drei Monate stattfindet, war von 24 Departements-Föderationen besetzt, die sich durch Delegierte oder durch Erläuterer vertreten ließen. Von der 15gliedrigen Exekutivkommission (engerer Vorstand) waren 10 Mitglieder anwesend.

Dem Sekretariatsbericht ist zu entnehmen, daß im letzten Vierteljahr drei neue Föderationen der Partei beigetreten sind: die von Soane-et-Loire, von Creuse und der Insel Martinique. Insbesondere wertvoll ist der Beitritt der zuerst genannten Föderation, die zu den stärkeren und rein proletarischen (Berg- und Metallarbeiter) Organisationen gehört. Sie zählt über 25 Ortsgruppen mit insgesamt etwa 1000 Mitgliedern. Ihr Kammerabgeordneter Souveri, Maire von Montceau-les-Mines, ein Bergarbeiter, sah von Anfang an in der revolutionär-sozialistischen Fraktion. Im ganzen hat jetzt die Partei die Zahl von 46 Departements-Föderationen erreicht.

Ueber die Gemeindevahl-Ergebnisse liegen noch keine vollständigen Angaben vor. Eine summarische Zusammenstellung des Sekretariats schätzt die Zahl der von der Partei beherrschten Gemeinderäte auf etwa 80 und die Zahl der kommunalen Parteivertreter auf 1200. Ferner beschloß der Centralrat, von den einzelnen Föderationen eingehende Berichte über die Wahlergebnisse einzufordern, um eine genaue Zusammenstellung zu ermöglichen sowie ein klares Urteil über die Ursachen der Verluste namentlich der Gemeinderäte von Lille, Montluçon und Bourges zu Gunsten der reaktionären Parteien.

Im Zusammenhang mit dem schlimmen Ausgang der Gemeindevahlen für die Partei entspann sich eine eingehende Debatte über die Mittel und Wege, den Einfluß der Partei auf die Arbeiterkraft zu stärken. So wie bisher kann es nicht weiter gehen — dieses Empfinden beherrschte nach den Gemeindevahlen weite Kreise der P. S. de F. In der Plenarversammlung wurde nun die Anregung gemacht, auf eine Annäherung mit den revolutionären Gewerkschaftlern hinzuwirken. Schließlich wurde auf den Antrag von Baillant und Guesde beschlossen, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages folgenden Punkt zu setzen: „Das Verhältnis zwischen der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation des Proletariats.“

Der nächste Parteitag wird gemäß dem Beschluß des Centralrates in Lille am 9., 10. und 11. August stattfinden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wichtiges vom Vereinsgesetz.

Das Kammergericht hat eine Entscheidung gefällt, die besonders für die Leiter von Versammlungen Bedeutung hat. Der Glasarbeiter Meisch hatte im Auftrage des Verbandsvorstandes des Glasarbeiterverbandes die Neubesezung des Postens eines Zahlstellen-Vorstehers in Wolzow zu veranlassen. Er kam dort mit einer Anzahl Verbandsmitglieder zusammen und leitete die Verhandlungen mit einer Besprechung der Angelegenheit ein. In der Diskussion wurde auch zur Agitation für den Verband aufgefodert und dabei bemerkt, daß durch die Stärkung der Organisation die Arbeiterbewegung gekräftigt und in den Stand gesetzt werde, das zu erzwingen, was man den Arbeitern bisher verweigere. — A wurde in zweiter Instanz wegen Uebertretung der §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er eine Versammlung, die der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten dienen sollte, veranstaltet und geleitet habe, ohne daß die Versammlung polizeilich genehmigt gewesen sei. Das Landgericht erklärte die Zusammenkunft für eine Versammlung und meinte, die Angelegenheiten, die erörtert werden sollten, seien öffentliche Angelegenheiten im Sinne des § 1 des Vereinsgesetzes und nicht solche, die ausschließlich das Privatinteresse der gerade anwesenden Mitglieder bildeten. Im Gegensatz dazu berührten sie das Interesse des ganzen Verbandes der Glasarbeiter Deutschlands.

Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob dies Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Zur Begründung wurde ausgeführt: Wenn das Landgericht allein in dem Umstände, daß die Wahl eines neuen Zahlstellen-Vorstehers stattfinden sollte, eine öffentliche Angelegenheit erblickt, so könne der Auffassung nicht beigetreten werden. Die Wahl des Vorstehers einer Zahlstelle sei nicht eine öffentliche Angelegenheit. Ausschlaggebend sei, daß hieran nur die Mitglieder der Zahlstelle interessiert seien. — Nun seien aber in der Versammlung noch Redner aufgetreten, die sich über die Notwendigkeit der Organisation der Arbeiter ausgelassen hätten. Man habe auch begonnen, die soziale Frage aufzurollen. Darin könnte eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten gesehen werden. Es käme deshalb darauf an, ob der Angeklagte bei Veranstaltung und Leitung der Versammlung wußte, daß die zur Wahl eines Zahlstellen-Vorstehers bestimmte Versammlung diese Wendung nehmen würde. In diesem Falle wäre er als Veranstalter verantwortlich zu machen für die interlaffene Anzeige. Aber selbst wenn die Erörterung öffentlicher Angelegenheiten nicht von vornherein bezweckt war, sondern sich im Laufe der Verhandlung ergab, so hätte Angeklagter, da die Versammlung nicht angemeldet war, längere Ausführungen dieser Art als Leiter nicht dulden dürfen. Auch in diesem Falle könnten, wenn er es duldet, die §§ 1 und 12 des preussischen Vereinsgesetzes gegen ihn angewendet werden. Zur Nachprüfung in dieser Richtung und entsprechender anderweiter Entscheidung mußte die Sache in die Vorinstanz zurückverwiesen werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Rache der „Großen Berliner“. Bekanntlich mußten die Werkstättenarbeiter der Großen Berliner Straßenbahn, die wegen der herrschenden Betriebsmishandlung die Arbeit niedergelegt hatten, vor einigen Tagen ihren Streik erfolglos beenden. Diesen Umstand nicht jezt die Große Berliner zu einer kleinen Rache aus. Wäher ist nämlich noch keiner der bis zuletzt streikenden Arbeiter von ihr wieder eingestellt worden. Wenn es die Arbeiterkchaft in ihren Lohnkämpfen auch schon gewöhnt ist, daß die Unternehmer nach einem verlorenen Streik ihr Mähten an einzelnen der Ausständigen kühlen, so ist die endgültige Entlassung Hunderte von alten Arbeitern, die durchaus berechtigt, wenn auch erfolglos, von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machten, in Berlin immerhin eine Seltenheit gewesen. Doch nicht genug damit. Die Große Berliner hat auch durch die an den Männern-Verband abgegebenen schwarzen Listen den Streikenden jede anderweitige Beschäftigung in ihrem Verufe unmöglich gemacht. Eine ganze Anzahl von Ausständigen hatte bereits in andern Fabriken Arbeit gefunden. Als diese Leute nun mit ihrem Handschein nach dem Arbeitsnachweise der Metallindustriellen kamen, um sich den Antritt der neuen Arbeit daselbst bestätigen zu lassen, wurde ihnen auf Grund der schwarzen Listen die Bestätigung verweigert. Sie sind, um den fachtechnischen Ausdruck der Mannemänner zu gebrauchen, auf dem Arbeitsnachweise gesperrt. Auf wie lange, ist ihnen nicht gesagt worden. Nur soviel wissen sie, daß sie auf unbestimmte Zeit in keiner dem Metallindustriellen-Verbande angehörenden Fabrik wieder Arbeit bekommen. So handelt die „Große Berliner“, die sich der Öffentlichkeit gegenüber stets in dem Heiligenschein der Humanität präsentiert. So dokumentiert sich ihr „Wohlwollen für die Arbeiter“.

Die Verhandlungen der Bäcker vor dem Einigungsamt unterlagen der Beurteilung einer gestern nachmittags abgehaltenen sehr zahlreich besuchten Mitgliederversammlung des Bäckerverbandes. S chneider gab ein Bild von dem Gang der Verhandlungen und führte weiter aus: Wenn der Vorschlag des Einigungsamtes auch nicht alle Forderungen anerkennt, so bringe er doch die hauptsächlichsten Forderungen zur Geltung, und die Vertreter des Verbandes hätten sich deshalb veranlaßt gesehen, dem Vorschlage zuzustimmen. Mit der Annahme des vorgelegenen Tarifvertrages werde der gegenwärtige Kriegszustand beseitigt, es würde ein festes Verhältnis geschaffen zwischen den Meistern, die den Vertrag anerkennen und den bei ihnen arbeitenden Gesellen. Mit Rücksicht auf diese Umstände empfehle die Verbandsleitung die Annahme der Vorschläge des Einigungsamtes. Voraussetzlich werde auch ein Teil der Meister diese Vorschläge ohne weiteres annehmen, andre würden ihnen folgen, und so werde der Tarifvertrag nach

und nach allgemein zur Geltung kommen. — Gegen diejenigen Meister, welche ihr Wort brechen und die Bewilligung zurückziehen, werde auch in Zukunft mit aller Schärfe vorgegangen werden und die Konsumenten würden sicherlich die Bestrebungen der Bäckerei-Arbeiter in dieser Hinsicht unterstützen, wie sie es seither getan haben. Den Meistern, welche ihr Wort halten und das, was sie bewilligt haben, rückhaltlos gewähren, müssen die Gesellen dadurch ihre Anerkennung bezeugen, daß sie bestrebt sind, die beste Arbeit zu liefern und in jeder Hinsicht die Pflichten eines gewissenhaften Arbeiters zu erfüllen.

Heyshold, der gleichfalls die Annahme der Einigungsbedingungen empfahl, bemerkte unter andern, im Verbandsbureau seien bereits eine Anzahl Zuschriften von Meistern eingelaufen, welche erklärten, daß sie den Tarifvorschlag des Einigungsamtes anerkennen.

Ohne erhebliche Diskussion erklärte die Versammlung fast einstimmig für die Annahme der Vorschläge des Einigungsamtes; es soll aber dahin gewirkt werden, daß der Ablauf des Vertrages nicht auf den 1. Oktober, wie das Einigungsamt vorschlägt, sondern auf den 1. Juni festgesetzt wird.

Verbotene Flugblattverbreitung. Dem Genossen Heyshold ist gestern ein schleuniger Gerichtsbeschluss zugestellt worden, welcher die weitere Verbreitung des am Sonntag in ganz Berlin verteilten Flugblattes zum Bäckereistreik verbietet. Der Gerichtsbeschluss ist herbeigeführt durch den Antrag eines Bäckereimeisters, dessen Betrieb als ein solcher, in dem unappetitliche Mißstände bestehen, gekennzeichnet worden ist. Der Gerichtsbeschluss ist insofern gegenstandslos, als die Flugblattverbreitung am Sonntag bereits vollendet worden ist.

Deutsches Reich.

Soldaten als Arbeitswillige. In Posen sind die Maler, wie bereits gemeldet, seit dem 14. Mai ausgesperrt, weil sie sich weigerten einen Meßers zu unterschreiben, durch den sie sich verpflichten sollten, weitere zwei Jahre zu den Bedingungen des alten Tarifs zu arbeiten und dem Centralverband der Maler nicht anzugehören. Die Arbeitswilligen aus der Provinz, auf die man gerechnet hatte, blieben aus, und man fand sich die Militärverwaltung als Retter in der Not bereit, den Unternehmern Soldaten zur Verfügung zu stellen. Das paßt den Unternehmern: wenn sich die Arbeiter gegen die Anschläge auf ihr Koalitionsrecht wehren, sorgt die Militärverwaltung für Ersatz. Damit wäre der Zweck der feigen Justizhausvorlage auch erreicht. Ob die Arbeiter von ihrem gesetzlichen Recht, sich zu organisieren Gebrauch machen dürfen, würde dann noch lediglich von dem guten Willen der Arbeitgeber und der Militärbehörde abhängen. Eine Beschwerde gegen die Verwendung von Soldaten ist bereits bei dem kommandierenden General Herrn v. Stalpmangel in Posen eingereicht worden; ob aber die Soldaten daraufhin zurückgezogen werden sind, davon sind wir zur Zeit noch nicht unterrichtet.

Der Zugang nach Posen ist streng fernzuhalten und bitten wir, daß auch die Provinzialblätter hiervon Notiz nehmen.

Steinfeger, Kammer! In Dortmund sind die Steinfeger und Hammer in den Streik getreten wegen Nichtanerkennung des aufgestellten Lohns. Zugang ist fernzuhalten. In Essen a. Ruhr wurde nach einem Streik von halbtägiger Dauer der aufgestellte Tarif von mehreren Firmen anerkannt. Die Grazer Steinfegermeister haben den Steinfegern, die für den bisherigen Lohnsatz nicht weiter arbeiten wollen, anheingestellt, das Arbeitsverhältnis zu lösen, da sie sich auf nichts einließen. Zugang ist fernzuhalten. In Augsburg ist ohne Kampf nachstehender Lohnsatz zwischen dem Verband der Steinfeger und dem dortigen Steinfegermeister vereinbart worden: Stundenlohn für Steinfeger 60 Pf., für Hammer 45 Pf., Ueberstunden 5 Pf. Aufschlag, Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden. Infolgedessen sehen sich auch die Frenglauer Zinnungmeister gezwungen, den seit zwei Jahren vergeblich geforderten Stundenlohn von 60 Pf. für Steinfeger und ebenso die 10stündige Arbeitszeit einzuführen.

Holzarbeiterstreik in Erfurt. Der Ausstand der Tischler bei der Firma Reumann u. Grünig in Erfurt, der im ganzen neun Tage dauerte, hat mit einem vollen Erfolge der Tischler Erfurts geendet. Der Schlichter der Holzindustriellen hatte sich der bedrängten Firma angenommen und so kam es, daß bei den stattgehabten Verhandlungen mit diesem ein Minimallohn für alle Gehilfen gefordert wurde. Am Sonnabendabend wurden die Verhandlungen beendet und das Resultat war eine Lohnerhöhung von 2 bis 3 Pf. pro Stunde. Arbeiter mit einem Stundenlohn bis 34 Pf. erhalten vom 1. Juli ab 1 Pf. Zulage pro Stunde, Arbeiter mit 35 Pf. und mehr vom gleichen Zeitpunkt ab 2 Pf. mehr. Diese tariflichen Bestimmungen haben Gültigkeit bis zum 1. Juli 1906. Am Montag nahmen sämtliche Leute die Arbeit wieder auf. Nur ein Mann wurde Streikbrecher.

Wagung, Schuhmacher! Die Firma Haase u. Ruch kündigte am 21. Mai drei Mitgliedern des Vereins deutscher Schuhmacher — angeblich wegen schlechten Geschäftsganges. Die Arbeiter beschloffen hierauf den Fabrikanten zu eruchen, er möge die Arbeitszeit so verkürzen, daß die Gefährdeten weiter arbeiten können. Die Antwort des Fabrikanten war die Maßregelung der gesamten Ortsverwaltung. Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen erklärten sich solidarisch und reichten am 23. Mai die Kündigung ein. Aus dem Gehahren des Herrn Ruch ist zu schließen, daß ihn nicht der schlechte Geschäftsgang zu den Kündigungen nötigte, sondern ihm einzig darum zu thun ist, die Organisation zu zerstören und die Arbeitslöhne herabzudrücken. Wir richten deshalb an alle Kollegen die Bitte, den Zugang nach Kowatwes streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Kowatwes.

Streik der Schmiedehilfen Leipzigs. Die in der Aufbefeilung und Wagenbranche tätigen Schmiede Leipzigs sind am Sonnabend in den Streik eingetreten, nachdem in einer Versammlung 114 von 128 abgegebenen Stimmen sich für den Ausstand entschieden hatten. Die seit einer Reihe von Jahren wiederholt gestellten, aber von der Innung ignorierten Forderungen lauten: 1. Die Arbeitszeit beträgt täglich 9 1/2 Stunden. 2. Der Mindestlohn beträgt: für Ausgelernte bis ein Jahr noch vollendet Lehrzeit 35 Pf., für alle übrigen Gesellen beträgt der Mindestlohn 40 Pf. pro Stunde. Wer schon mit 40 Pf. und höher entlohnt wird, erhält 10 Proz. Lohnzuschlag. 3. Ueberstunden dürfen nur im äußersten Notfalle gemacht werden und sind mit 30 Proz. Lohnzuschlag zu entschädigen. 4. Die Lohnzahlung muß Sonnabend abends 6 Uhr beendet sein. 5. Anerkennung des Gesellen-Arbeitsnachweises.

Die Seeleute Stettins sind in einen allgemeinen Streik eingetreten. Sie verlangen eine Erhöhung der Monatssteuer von 2 M. und eine präzisere Regelung des allgemeinen Arbeitsverhältnisses, sowie daß ihnen morgens vor Beginn der Arbeit warmer Kaffee verabfolgt wird. Weiter verlangen sie eine gemeinsame Verwaltungs- oder Kontrollkommission für das Heuerbureau des Vereins Stettiner Reeder. Sie hatten ihre Wünsche in Form eines Tarifentwurfes den Reedern unterbreitet und wiederholt mündliche Unterhandlungen beantragt, die aber brüsk vom Reedertum abgelehnt wurden.

Ausland.

Die ausgesperrten Wiener Bauarbeiter beschloffen Montagabend, so lange an ihrem Vorgehen festzuhalten, bis die Forderungen vollständig bewilligt seien; ferner, daß alle jungen Bauarbeiter sofort Wien verlassen sollten. Vorgehen abend verließen denn auch 4750 Bauarbeiter die Stadt Wien. Auch gestern reisten viele ab.

Wien, 31. Mai. (B. Z. B.) Die nachmittags abgehaltene Massenversammlung der Bauarbeiter nahm einen ruhigen Verlauf. Die Arbeiter beschloffen, nicht früher die Arbeit wieder aufzunehmen, bis die Meister einen Minimallohn von vier Kronen bewilligen.

Bauarbeiterstreik in Salzburg. Aus Salzburg wird gemeldet, die dortigen Bauarbeiter hätten bei mehreren Unternehmern behufs Erzielung höherer Löhne die Arbeit eingestellt und beschloffen, auch in allen übrigen Betrieben einen teilweisen Ausstand bis zur vollständigen Erlangung ihrer Forderungen durchzuführen.

Versammlungen.

Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter. Eine am Sonntag abgehaltene Mitgliederversammlung der Zahlstelle Berlin beschloß, dem Verbandstage folgende Anträge einzureichen: Das Verbandsorgan, „Der Proletarier“, welches jetzt alle 14 Tage erscheint und vom Verbandsvorstand redigiert wird, soll allwöchentlich erscheinen und ein besonderer Redakteur angestellt werden. — Der Vorkämpfer des 8. Hauses (Provinz Brandenburg) soll befolgt werden. — Die Streikunterstützung, die jetzt vom 3. Tage des Streiks an gezahlt wird, soll vom ersten Tage an bewilligt werden. — Die Markensfelder im Mitgliedsbuche sollen fortlaufend nummeriert werden. — Zur Arbeitslosen-Unterstützung, die auf der Tagesordnung des Verbandstages steht, wurde zwar kein Antrag angenommen, aber dem zu wählenden Delegierten empfohlen, dafür einzutreten, daß die Unterstüßungssätze nicht niedriger bemessen werden, wie die Sätze, welche die Zahlstelle Berlin ihren arbeitslosen Mitgliedern gewährt. — Ein von einem Mitgliede gestellter Antrag: Die für die Verbandsbeamten aus der Verbandsliste gezahlten Beiträge zur Unterstüßungsvereinigung zu streichen, wurde abgelehnt. — Als Delegierter zum Verbandstage wurde Bruhn und als dessen Ersatzmann Junz gewählt. — Ferner beschloß die Versammlung, das Mitglied Fritz Quier wegen Streikbruchs aus dem Verbandsauszuschließen.

Eine seitens des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter einberufene Versammlung der Hilfsarbeiter von der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft tagte am Sonntag, den 29. Mai im Kolberger Salon. A. Werner referierte über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse derselben mit besonderer Berücksichtigung der Mißstände in der Filiale Schlegelstraße. Demnach waren die Löhne bis vor kurzem nicht geregelt. In den verschiedenen Abteilungen der Filialen Strunnen- und Ackerstraße betragen die Anfangslöhne 25, 26, 27 und 30 Pf. die Stunde. Dieser Lohn erhöhte sich nach und nach so, daß nach 5jähriger Tätigkeit 35 bis 37 1/2 Pf. erreicht wurden. Die Erhöhung des Lohns wurde nicht allgemein durchgeführt, sondern hing für die einzelnen vielfach von der Günstigkeit des Meisters ab. Diese Löhne, welche nicht zur Erhaltung eines Ledigen, viel weniger noch für eine Familie ausreichen, mußten durch Leistung von Ueberstunden erhöht werden. Erst in neuerer Zeit, nachdem sich die Hilfsarbeiter organisiert haben, ist durch das Vorgehen der Organisation eine Regelung des Lohnes auf folgender Basis herbeigeführt worden. Der Anfangslohn beträgt 32 1/2 Pf., nach halbjähriger Tätigkeit 35 Pf. und nach 2 Jahren 40 Pf. pro Stunde. Für Abteilungsleiter 45 und 47 1/2 Pf. pro Stunde. Dies bedeutet eine Lohnaufbesserung bis zu 20 Proz. Die Arbeitszeit soll 10 Stunden betragen und die Leistung der Ueberstunden nach Möglichkeit vermieden werden. Am traurigsten jedoch seien die Verhältnisse in der Filiale Schlegelstraße. Dort erhalten die Hilfsarbeiter 25 bis 30 Pf. pro Stunde. Dieser Lohn wird auch für Nachtarbeit bezahlt. Das Ueberstundenmachen ist dort an der Tagesordnung.

Besonders wird Klage darüber geführt, daß die Mater- und Abrennräume zu niedrig und vollständig ungenügend ventiliert sind, so daß die Gesundheit der in diesen Räumen beschäftigten Personen durch das Einatmen der giftigen Dämpfe zu leiden hat. Auch sei der Verkehr einzelner Meister mit den Arbeiterinnen in fittlicher Beziehung zu verurteilen. Es habe vor einiger Zeit eine Betriebsbesprechung stattgefunden und seien kurz darauf drei Arbeiter, welche den Mut hatten, diese Mißstände dort zur Sprache zu bringen und dafür einzutreten, daß jeweils Abhilfe der Mißstände eine Kommission bei dem Betriebsleiter Herrn Dr. Berliner vorstellig werde, entlassen worden. Eine Kommission, welche nun bei Herrn Dr. Berliner um Wiedereinstellung der so Entlassenen vorstellig wurde, ist von diesem Herrn barisch zurückgewiesen worden. Schließlich billigte Herr Dr. Berliner zu, daß ein Kollege mit ihm verhandeln möge. Dies hatte weiter keinen Erfolg, als daß dieser Kollege dann ebenfalls sowie der Vertrauensmann gemäßregelt wurden. Die bestehenden Mißstände als auch das rigorose Vorgehen des Herrn Dr. Berliner seien nur auf die schlechte Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen zurückzuführen. Besser werde es erst werden, wenn alle in dieser Filiale beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Ausnahme ihren Berufsorganisationen beigetreten sind.

Nach einer regen Diskussion fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

Die Versammelten nehmen mit Bedauern Kenntnis von den vorhandenen Mißständen in der Filiale Schlegelstraße und sprechen ihre Entrüstung darüber aus, daß fünf Arbeiter, welche den Mut hatten, diese Mißstände zur Sprache zu bringen, gemäßregelt wurden. Das Verhalten des Herrn Dr. Berliner der Kommission gegenüber verurteilen die Versammelten aufs allerentschiedenste und sprechen das Verlangen aus, daß dieser Herr in Zukunft, genau so wie das in den anderen Filialen geschieht, Beschwerden seitens etwa gewählter Kommissionen entgegen zu nehmen und zu erledigen hat.

Die Rifenmacher hielten am Montag in den Andreaskäfen eine außerordentliche Generalversammlung ab, um eine Statutenänderung vorzunehmen. Bekanntlich befanden sich die als Lokalverein organisierten Rifenmacher schon seit längerer Zeit mit der Frage des Uebertritts in den Holzarbeiter-Verband. Die Mehrheit der Vereinsmitglieder ist zwar für den Uebertritt. Da aber das jetzige Vereinsstatut vorkreißt, daß eine Auflösung des Vereins nur mit einer Vierfünftel-Majorität beschloffen werden kann, diese jedoch bisher nicht zu erreichen war, so war sich eine frühere Versammlung darüber schlüssig geworden, den fraglichen Status des Statuts vor der demnächst stattfindenden Urabstimmung entsprechend abzuändern. Nach längerer Debatte, in der die Verschmelzung des Vereins mit dem Holzarbeiter-Verbande auch diesmal wiederholt bestritten wurde, erhielt der § 16 des Statuts folgende Fassung: „Der Verein kann aufgelöst werden, sobald die Mitglieder in einer Urabstimmung mit Zweidrittel-Majorität solches beschließen.“ Die Zweidrittel-Majorität wurde deswegen der einfachen Majorität gegenüber als notwendig erachtet, um so der etwaigen Neugründung eines neuen Lokalvereins und damit einer Zersplitterung der Rifenmacher vorzubeugen. Die frühere Vierfünftel-Majorität wurde dagegen allgemein als un-demokratisch bezeichnet, weil bei einer Verschmelzung nach diesem Modus eine zu große Mehrheit dem Willen einer geringen Minderheit unterworfen war. Nachdem die Statutenänderung somit perfekt geworden ist, soll die Urabstimmung über die Verschmelzung mit dem Holzarbeiter-Verband in der Zeit vom 1. bis 15. Juli vorgenommen werden.

Zur Verstärkung der Agitationskommission, die gleichzeitig die Funktionen einer Lohnkommission auszuüben hat, wurden alldam Bolter und Handtuch gewählt; auch wurde einem in Rot getateten Mitgliede eine Unterstüßung von 50 M. bewilligt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Essen a. Ruhr, 31. Mai. (B. Z. B.) In Wanne wurde eine sozialdemokratische Versammlung aufgelöst, weil der Referent Kretschmar in seinem Vortrag über das Reichstags-Wahlrecht die angebliche Keuherung des Kaisers citierte: Was? den Kerls auch noch Däuten?

Erier, 31. Mai. (B. Z. B.) In dem vor dem hiesigen Landgericht unter dem Vorsitze des Präsidenten Hilgers verhandelten Prozesse des Grafen Hornbrosch gegen den Kaplan Dasbach, welcher letztere eine Forderung von 2000 Gulden aufgesetzt hatte für den Nachweis, daß die Jesuiten den Grundsatz lehren, der Zweck heilige die Mittel, beschloß der Gerichtshof, die Urteilsfällung auf acht Tage zu verschieben.

Frankfurt a. M., 31. Mai. (B. Z. B.) In der vergangenen Nacht wurde der 26jährige Paul Rost aus Berlin mit einer schweren Kopfverletzung im Grundbrunnen aufgefunden; er wurde ins Kranken-

haus gebracht, wo er noch in der Nacht verstarb. Die Polizei nimmt an, daß Rost das Opfer einer Schlägerei geworden ist.

Erste Ausstellung des neuen Künstlerbundes.

München, 31. Mai. (B. Z. B.) Im Kunstausstellungsgebäude am Königsplatz wurde heute vormittag die erste Ausstellung des Deutschen Künstlerbundes durch den Prinzregenten feierlich eröffnet. Anwesend waren u. a. der Präsident des Deutschen Künstlerbundes Graf Kaldenkrantz-Stuttgart, Professor Lichtwardt-Hamburg und viele Angehörige der Münchener Secession. Graf Kaldenkrantz hielt eine Ansprache, in der er betonte, daß der Zusammenschluß zu dieser Künstler ganz Deutschlands zum Künstlerbund eine wichtige That sei.

Paris, 31. Mai. (B. Z. B.) Deputiertenkammer. Bei der fortgesetzten Beratung der Vorlage betreffend die zweijährige Dienstzeit weist der Berichterstatter Bertheaux die Beschwerden der Vorredner zurück und erklärt, die Vorlage beruhe auf sozialen und militärischen Erwägungen.

Bertheaux giebt sodann eine geschichtliche Entwicklung der Krone, wie sie durch das Gesetz von 1832 geschaffen wurde, erinnert an die Ereignisse von 1870 und beipricht das Gesetz von 1872. Er betont, daß die Einführung der zweijährigen Dienstzeit die Aufhebung aller Dispense in sich schließe und meint, daß nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes der Effectivbestand der unter den Fahnen Stehenden dem jetzigen Effectivbestand überlegen sein werde. Redner beantragt schließlich, daß das Gesetz mit dem 1. Januar, der auf seine Veröffentlichung folge, in Kraft treten solle.

Paris, 31. Mai. (B. Z. B.) Senat. Halgan (Monarchist) interpelliert über die Entfernung der Kreuztische aus den Gerichtssälen, die er für ungeeignet und das katholische Gewissen verletzend erklärt.

Lamarzelle protestiert gleichfalls gegen die Entfernung der Kreuztische aus den Gerichtssälen. Justizminister Ballé erklärt die Maßregel für gesetzlich berechtigt. Einer besonderen Gesetzesvorlage dazu bedürfte es nicht. Lascazes behauptet, daß zu dieser Maßregel, welche das Gewissen der Katholiken beleidige, die Mitwirkung des Parlaments erforderlich gewesen wäre. Ballé verlangt hierauf die einfache Tagesordnung, welche mit 173 gegen 105 Stimmen angenommen wird.

Djessa, 31. Mai. (B. Z. B.) Der Absender des Wertpapiers, bei dessen Abstimmung am 23. d. M. hier eine Explosion erfolgte, durch welche ein Postbeamter verletzt wurde, ist verhaftet worden. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Vom russisch-japanischen Kriegsschauplatz.

Petersburg, 31. Mai. (Amtliche Mitteilung des Generalstabes.) Am 29. und 30. Mai herrschte in der Umgebung von Hingwan-tsching Ruhe. Am 27. Mai um 10 1/2 Uhr abends begann japanische Infanterie von Kuandianan aus einen Front- und Flankenangriff auf unsere Kosaken, welche eine Stellung bei Schaogo 15 Werst nordwestlich von Kuandianan besetzt hatten. Unter dem Schutze der Dunkelheit eröffneten die Japaner ein anhaltendes, unregelmäßiges Feuer. Vom Beginn des Gefechtes ab bemerkte man elektrische Signalzeichen. Die Kosaken zogen sich zu Fuß bis zum Tschaulinpaß, 2 Werst westlich von Schaogo und später nach Aniamin 16 Werst westlich vom Tschaulinpaß zurück. Das Gefechtsfeuer nahm am 28. Mai früh zwei Uhr sein Ende. Am Ende des Tschaulinpasses hörten die Japaner mit der Verfolgung auf. Am Morgen des 28. Mai erschienen die ersten Kolonnen der japanischen Infanterie bei Aniamin; sie gingen später auf die Höhen im Westen von Aniamin zurück. Um 10 Uhr vormittags stellten sich die Japaner in Schlachtlage auf, zwei Bataillone mit einem dritten in Reserve; um 11 Uhr vormittags traf eine Batterie auf der Stellung ein und eröffnete ein Schrapnellfeuer. Während des Marsches durch das Hüthel lit die japanische Infanterie, die in dichten Massen vorrückte, sehr unter dem Feuer der Kosaken. Um 11 Uhr 20 Minuten gingen die Kosaken, die bemerkt hatten, daß die Japaner ihren rechten Flügel auf der Seite von Tschanglou umgingen, in guter Ordnung nach Saimantsi zurück. Das Feuer der Kosaken hörte um zwei Uhr nachmittags auf. Der Verlust der Russen betrug zwei Offiziere und sieben Kosaken. Am 30. Mai rückten die Japaner in der Richtung auf Saimantsi vor, und wurden dabei von Kosaken überwatcht. Zur Zeit des Abganges des Telegramms waren die Japaner noch nicht eingetroffen. Am 29. Mai war die Stadt Sajan noch nicht von den Japanern besetzt. Auf dem Ufer bei Hingwan-tsching, Kaitichou und Hsün-jie-tsching herrschte Ruhe. Am 30. Mai gegen Mittag begann unsere Kavallerie bei der Eisenbahnstation Wanfanlou ein Gefechtsfeuer mit einer japanischen Abteilung, welche in einer Stärke von 8 Compagnien, 8 Eskadrons und 4 Mitrailleurtruppen vorrückte. Während des Gefechtes machten unsere berittene Sotnie einen glänzenden Angriff auf eine japanische Eskadron auf der linken Flanke der feindlichen Schlachtlage und sprengten dieselbe fast vollständig auseinander. Dann führten sie sich auf die Infanterie, mußten aber unter dem Feuer der Mitrailleurtruppen zurückgehen. Dem Marsch der japanischen Infanterie, welche unsere rechte Flanke umgehen wollte, wurde durch das Feuer unserer Batterie Einhalt getan, welches dem Feinde beträchtliche Verluste beibrachte. Unsere Verluste sind noch nicht festgestellt; nach den bisherigen Ermittlungen sind ein Offizier und 21 Mann verwundet und 25 Pferde verloren.

Tschifu, 31. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein heute abend hier angelommener Chinese berichtete, die Japaner hätten Dalny am 29. Mai, ohne auf Widerstand zu stoßen, besetzt.

Tokio, 31. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Russen haben eines ihrer Kanonenboote, das sie während des Kampfes um Ranshan von Zalienwan aus gegen die linke Flanke der Japaner benutzten, zerstört. Der Name des Schiffes ist unbekannt, man nimmt an, daß es der Dohr gewesen sein dürfte.

Tschifu, 31. Mai. (B. Z. B.) Heute sind fünfhundert chinesische Flüchtlinge von Dalny und Zalienwan hier eingetroffen. Es scheint, daß die Russen Tsalenwan am 26. Mai verlassen und sich nach Port Arthur begeben haben, nachdem sie zuvor jeden für die Japaner verwendbaren Gegenstand durch Feuer vernichtet hatten. Darauf sollen Räuber von der Stadt Besty genommen haben. Nach den Berichten derselben Flüchtlinge haben die Russen Dalny ebenfalls am 26. Mai geräumt, zuvor aber die Eisenbahngebäude, 3 Handelsschiffe, Waggensfahrzeuge und keine Hafendampfer zerstört. Nach einigen Angaben sollen die Russen das Kanonenboot „Dohr“ und drei Torpedoboote zerstört haben, andre besagen, daß diese Schiffe nach Port Arthur zurückgeführt und auch die Dohs und Molen in Dalny nicht zerstört sind. Es wird gemeldet, daß die Räuber von den Bewohnern Tributzahlungen verlangten. Am 28. Mai habe die Stadt noch gebrannt. Eine Dampfkraft sei durch die Driganten versenkt worden und dabei fünfzig Chinesen umgelommen.

Tokio, 31. Mai. (B. Z. B.) General Ota meldet, daß eine japanische Abteilung Dalny am 30. d. M. besetzt hat. Ueber hundert Geschäftshäuser, wie die Kasernen, wie auch das Telegraphenamt und der Bahnhof wurden unbeschädigt angetroffen. Ueber 200 Eisenbahnwagen sind noch verwendbar, hingegen sind alle Eisenbahnbrücken in der Nachbarschaft zerstört. Die Dohs und Molen sind alle unbeschädigt, bis auf den großen Pier, der versenkt worden ist. Auch sind am Ausgange des Dohs kleine Dampfschiffe versenkt worden.

Rio de Janeiro, 31. Mai. (Meldung der „Agence Havas“.) Die Antwort Perus auf die Note Rio Branco vom 16. d. Mts. ist gestern nacht in Petropolis eingegangen. Sie protestiert gegen das Verbot des Transitverlehrs in Bassen über den Amazonasstrom. Gerüchlicherweise verlautet, die Antwort bezeichne das Vorgehen der brasilianischen Regierung als im Widerspruch stehend mit dem öffentlichen Recht.

Eine Tragödie der Armut.

Ausgiebigen Stoff zu einem Drama hat eine Verhandlung, welche gestern vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Aus der Untersuchungsurkunde wurde der 23jährige Handlungsgehilfe Karl Markgraf vorgeführt, ein junger Mensch, dessen heftiges schmerzliches und körperliches Leiden verriet. Er war beschuldigt, seine Braut, die 19jährige uneheliche Margarete Mittelstädt auf ihren ausdrücklichen Wunsch getötet zu haben. Es war eine sehr trübe Geschichte, die der Angeklagte über seinen bisherigen Lebenswandel offenbarte. Er ist der Sohn eines unbemittelten Lehrers aus Königsberg i. Pr. Für den Kaufmannsstand bestimmt, wurde er in seinem Heimatort in die Lehre gebracht. Nach beendeter Lehrzeit erhielt er Stellung in Leipzig, die aber nicht von langer Dauer war. Er wurde seiner Angabe nach entlassen, weil er Schulden gemacht hatte. Der Angeklagte wandte sich nach Berlin. Aber auch hier wollte es ihm nicht gelingen, Stellung zu erhalten, er mußte sich schließlich freieren, vorübergehend eine Stellung als Putzträger in einem Tischlergeschäft ausfinden zu finden. Während der Weihnachtszeit verdiente er einen geringen Lohn als Balletträger bei der Post. Im Frühjahr 1902 wurde der Angeklagte von längerer Krankheit befallen, er mußte bis Mitte Mai im Augusta-Hospital zubringen. Bald nach seiner Entlassung lernte er Margarete Mittelstädt, die Tochter eines Goldarbeiters in der Württembergstraße, kennen. Das junge Mädchen, welches bei den Eltern wohnte, arbeitete in einem Putzgeschäft, wo es monatlich 30 bis 40 M. verdiente. Es entstand zwischen dem jungen Leuten ein Liebesverhältnis, welches von beiden Seiten ernst gemeint war, obgleich der Angeklagte kein Hehl daraus machte, daß seine Verhältnisse vorläufig den Gedanken an eine Heirat kaum aufkommen ließen. Das junge Mädchen unterstützte ihren Bräutigam nach Kräften, wenn er in Not war, und das war fast immer der Fall. Im Herbst vorigen Jahres offenbarte sie ihren Eltern das Verhältnis und führte ihren Bräutigam bei ihnen ein. Der Angeklagte fand freundliche Aufnahme und man hatte gegen das Verhältnis nichts einzuwenden, obgleich ihnen vorgehalten wurde, daß sie schwer zu kämpfen haben würden. Von jetzt ab wurde der Verkehr zwischen den Liebenden ein vertrauterer und im Februar dieses Jahres mußte die Mittelstädt ihrem Bräutigam mitteilen, daß sie in anderen Umständen sei. Bald darauf vertraute sie sich auch ihren Eltern an. Die Mutter jammerte, der Vater tobte, und zumal, wenn er unter dem Einflusse des reichlich genossenen Alkohols stand, hatte das Mädchen viel zu leiden. Einmal rief er ihr zu: „Nach, daß Du zum Hause hinauskommst!“ und zum Bräutigam gewendet, sagte er hinzu: „Auch Sie können gehen und sie gleich mitnehmen! Derartige Auftritte wiederholten sich häufig. Die Braut hatte häufig Anfälle von Schwindel, und wiederholt redete sie auf den Angeklagten ein, daß sie zusammen in den Tod gehen wollten. Wie dieser behauptet, habe er ihr stets geantwortet: „Nein, das ist zu dumm.“ Seit dem 1. Februar hatte der Angeklagte Stellung bei dem Buchhändler Dohorn am Kurfürstendamm gefunden, konnte dort aber nur 7 M. wöchentlich verdienen. Am 21. Februar begann die Braut wieder auf einem Spaziergange den Angeklagten zu beschämen, mit ihm zusammen in den Tod zu gehen. Schließlich gab er mit den Worten: „Na, meinestwegen“ seine Zustimmung. Es wurde ein Plan verabredet, der auch zur Ausführung gelangte. Als der Angeklagte am Morgen des folgenden Tages seine in der Weidenburgerstraße belegene Wohnung verließ, erwartete ihn seine Braut vor der Türe. Zur Ausfüllung ihres Vorhabens mußten sie sich zunächst etwas Geld verschaffen. Fräulein Mittelstädt ging zunächst zu ihrer Arbeitgeberin und ließ sich 5 M. Vorkauf geben. Der Angeklagte war nur im Besitze von 10 Pf. Dann fuhren beide mit der Bahn nach Himmelsburg, wo der Angeklagte Hefte und Journale abließ und zugleich etwas Geld einzuziehen wollte. Er bekam dort 7 M. Dann übergab er die Mappe mit den übrigen Hefen bei einem Schankwirt in Verwahrung und trat wieder mit seiner Braut zusammen. Sie erschickten sich durch Speise und Trank und besprachen dabei, auf welche Weise sie gemeinsam in den Tod gehen wollten. Beim Anblick des Himmelsburger Sees schlug die Braut Ertränken vor, hiermit war der Angeklagte aber nicht einverstanden. Endlich kamen sie überein, mit der Hochbahn nach Berlin zurückzufahren, um sich eine Schusswaffe zu besorgen. In der Reitzenstraße kaufte der Angeklagte bei einem Trödler einen alten Revolver für den Preis von 4 M. Dann kaufte er in einem Waffengeschäft dazu gehörige Patronen und nun gingen sie beide nach dem Grolinger Bahnhof, um in dortiger Gegend ein geeignetes Hotel auszusuchen. Nach längerem Suchen entschieden sie sich für den Gasthof zur Stadt Frankfurt in der Dresdenerstraße. Sie traten hier ein einfaches Abendbrot und ließen sich dann ein Zimmer anweisen, wofür sie 3 Mark zahlten. Ihre gemeinsame Kasse war hiermit ziemlich erschöpft. Aus Fremdenbuch trug der Angeklagte sich als Kaufmann Markgraf aus Königsberg i. Pr. ein. Gegen 10 Uhr legte das Paar sich schlafen, nachdem sie vorher einige Abschiedsbriefe geschrieben. Als sie am andern Morgen erwachten, sollte der letzte verhängnisvolle Schritt getan werden. Die Braut sagte zu dem Angeklagten: „Jetzt will ich sterben, schieße auf mich!“ Dabei drückte sie ihm den Revolver, der schon abends vorher geladen worden war, in die Hand. Der Angeklagte will sie kündel gebeten haben, doch von dem Vorhaben Abstand zu nehmen, aber sie sei fest gelieben. Dann habe sie ihre Unterleider aus der Welt, sich selbst darauf gelegt, ihren Körper der Wand zugelehrt und gerufen: „So, nun schieße mich in die linke Schläfe!“ Er habe die Waffe direkt gegen ihren Kopf gehalten und dann abgedrückt. Seine Braut habe keinen Laut von sich gegeben. Er habe dann noch einen zweiten Schuß gegen ihre Brust abgegeben. Dann habe er sich auf das nahe stehende Sofa gesetzt und sich eine Kugel in die Brust gejagt. Er sei sofort bewußtlos geworden und erst im Krankenhause wieder zu sich gekommen. Leider sei die Verletzung nicht tödlich gewesen. — Als die Polizei in das verschlossene Zimmer drang, fand sie den Angeklagten auf dem Boden liegend, ein Kopfkissen gegen die blutende Wunde drückend. Hieron will dem Angeklagten nichts mehr erinnerlich sein. — Um das Maß des Unglücks für die Mittelstädt'sche Familie voll zu machen, nahm deren Oberhaupt sich am 2. Mai das Leben.

Soziales.

Ärzte und Krankenkassen.

Die Kassenarzfrage wurde auf der Generalversammlung der Freien Vereinigung hessischer Krankenkassen verhandelt. Die am Sonntag in Auerbach in Hessen tagte. Der Vorsitzende der Frankfurter Ortsliste, Eduard Graf, referierte über das Thema. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die Jahresversammlung der Vereinigung der Krankenkassen im Großherzogtum Hessen protestiert ganz entschieden gegen

das Vorgehen der deutschen Ärzteschaft, den Krankenlassen die freie Arztwahl, Einzelleistungen, hohe Honorare usw. sogar unter Unterdrückung des Selbstverwaltungsrechtes aufzuzwingen.

Die Versammelten stellen sich auf den von dem großen Krankenkassenkongress zu Leipzig am 25. Januar 1904 vertretenen Standpunkt in der Arztfrage und erkennen ausdrücklich an, daß es Sache jeder einzelnen Kasse sein und bleiben muß, sich ein Arztsystem zu wählen, welches ihren Mitgliedern am geeignetsten erscheint. Durch das Vorgehen der Ärzte wie in Köln, Solingen usw. kann aber unmöglich ein friedliches Verhältnis zwischen Ärzten und Krankenkassen, welches im Interesse beider Teile dringend nötig erscheint, gefördert werden. Pflicht der Aufsichtsbehörden usw. ist es aber, sich vollständig neutral zu verhalten und nicht, wie dies leider geschehen ist, einseitig, unter Vereitelung des Selbstverwaltungsrechtes, zu Gunsten der Ärztegruppe einfach freie Arztwahl, hohes Honorar für die Krankenkassen festzusetzen.

Interessant war die Diskussion, die sich hauptsächlich mit dem Massenkonflikt in Alzen beschäftigte.

Hierüber berichtete in einem sich scharf gegen die Ärzte wendenden Referat Herr Fabrikant Scheuring-Alzen. Die von den Ärzten gestellten Forderungen seien einfach unerhört gewesen. Ein Arzt habe sich, so sagte Herr Scheuring, dem Kassenvorstande gegenüber eine Sprache erlaubt und geredet wie der Unteroffizier mit dem Rekruten. In dem Augenblick, wo ein fremder Arzt nach Alzen komme, würden sie, die irrenden Ärzte, selbst dann kein Kassenzugehörigen behandeln, wenn es mit dem Gelde in der Hand zu ihnen komme. Als die Kasse dann durch den Vertrauensbruch Dr. Neimanns unerschütterlich dastand, sei dem Vorstand aufgetragen worden, innerhalb 24 resp. innerhalb weiterer 12 Stunden ärztliche Hilfe herbeizuschaffen. Das sei ganz selbstverständlich unmöglich gewesen. — Der Kreisamtmann von Alzen nahm sofort nach Herrn Fabrikant Scheuring das Wort: Es könnte vielleicht den Anschein erwecken, als wenn das Kreisamt einen einseitigen Standpunkt zu Gunsten der Ärzte eingenommen habe. Das sei aber nicht der Fall. Wir haben den von Herrn Graf empfohlenen Standpunkt völliger Neutralität eingenommen. Bei den Verhandlungen hätte das Kreisamt sich dann bemüht, einen günstigen Verlauf zu erzielen, habe sich aber leider von der Erfolglosigkeit seines Bemühens überzeugen müssen. Das Verhalten des vertragsbrüchigen Dr. Neimann-Flonheim sei ein unqualifizierbares. Der Alzeyer Konflikt sei nicht mit den anderen bekannten Fällen zu vergleichen. In Alzen habe es sich für die Behörden nicht um ein Eingreifen wegen nicht ausreichender ärztlicher Hilfe gehandelt, sondern es sei überhaupt keine ärztliche Hilfe mehr vorhanden gewesen. Daher sei die Lage des Kreisamtes eine sehr schwierige gewesen. Nun sei das Kreisamt im Interesse der Kassenzugehörigen gezwungen gewesen, auf Grund des § 45 des Krankenversicherungs-Gesetzes vorzugehen und habe den neuen Vertrag auf 5 Jahre mit den alten Ärzten abschließen müssen. Auf etwas andres hätten sich die Ärzte nicht eingelassen. Er wüßte aber sogar, daß der von dem Kassenvorstande gegen den neuen Vertrag eingelegte Protest erfolgreich sei und er glaube auch, daß er von Erfolg sein werde, da er unter ganz außerordentlichen Umständen abgeschlossen wurde.

In der weiteren Diskussion, sowie auch vom Referenten Graf wurde ausdrücklich anerkannt — auch von Vertretern der Ortskassenliste Alzen —, daß das Kreisamt Alzen nicht anders handeln konnte, als geschehen. Festgestellt wurde noch, daß sogar das Kreiskrankenhause Krankle fortgeschickt und nicht behandelt habe! Der Kreisamtmann Alzen's bestätigte das. In 2-3 Fällen sei das vorgekommen. Als das Kreisamt jedoch Kenntnis davon erhielt, seien sofort Anordnungen ergangen, daß in den Fällen, wo ärztliche Behandlung unbedingt notwendig war, dieselbe im Kreiskrankenhause gewährt wurde. Als Folge der schlechten Erfahrungen, die folgerichtigerweise von den Alzeyer gemacht wurden, stellten sie den Antrag, an die hessische Regierung das Ersuchen zu richten, sie möge Vorkehrungen treffen, daß in Fällen wie dem vorliegenden die Kreiskrankenhäuser und medizinischen Beamten zur Krankenbehandlung verpflichtet seien. Der Antrag wurde angenommen.

Die Apothekenfrage und die Lage der Apothekergehilfen.

Aus den Kreisen der Apothekergehilfen geht und die nachfolgende Zuschrift zu. Obwohl sie natürlich an der Oberfläche bleibt und den Ursachen der schlechten Verhältnisse nicht auf den Grund geht, und daher auch die Mittel zur Abhilfe nicht erkennt, gibt sie doch einen Einblick in die Lage der Gehilfen und ist als Stimme aus den beteiligten Kreisen immerhin beachtenswert. Wir veröffentlichen sie daher auch unverändert.

Noch bevor die neue Prüfungsordnung für Apotheker veröffentlicht wurde, wodurch ein großer Mangel an Apothekergehilfen eintreten muß, hat sich in Hamburg eine Vereinigung von Apothekern gebildet, um die Stellungen der Apothekergehilfen zu verbessern und dadurch zugleich einen Druck auf die heutigen unerhöhten Apothekenpreise zu üben. Ein Apotheker ohne großes Vermögen kann heute erst mit 45 Jahren ans Heiraten denken. Kauft er eine Apotheke, so hat er bei 30 000 M. Anzahlung kaum einen Jahresverdienst von 1000 M., wofür er täglich 24 Stunden Dienst thut. In den allermeisten Fällen wird er noch von dem Vorbesitzer betrogen und verdient knapp die Hypothekenzinsen. Die Gehilfen haben heute ohne Nachdienst einen Tagesdienst bis zu 16 Stunden, davon wöchentlich einen Nachmittags- und einen Abend (von 6 Uhr an) in der Woche frei und nur alle 14 Tage Sonntag. Für diese eminent lange anstrengende Arbeitszeit erhalten sie einen Lohn von 60—75 M. im Monat bei freier Station und Wohnung oder 110 M. bis 150 M. im Monat bei abgedöfter Station. Ein studierter Apotheker mit Doktorittel bekommt im Monat 70 M. bei freier Station!

Die Forderungen, die die Hamburger Vereinigung stellt, ist gewiß mäßig und bescheiden. Es fehlen ihnen nur die Führer, die offen ihren Namen hergeben, denn ein Mitglied der Streikvereinigung wird später nie eine Stellung und von der Regierung nie eine Konzession erhalten.

Die Vereinigung hat gefordert: Maximaldienstzeit pro Tag bis zu 12 Stunden, in der Woche nicht mehr als 60 Stunden, im Jahre nicht mehr als 8000 Stunden. Nachdienst kommt hierbei nicht in Anrechnung, darf aber siebenmal in 14 Tagen nicht überschreiten.

Table with 2 columns: Forderung / Gehalt. Rows include: Minimallohn bei jährlich 8000 (250 M. pro Monat bei freier Wohnung u. Frühstück bei jährlicher 8000), Dienstlohn für approbierte Apotheker, die außer Dienstjahr, Primarstufe eine 8-jährige Ausbildungszeit absolviert haben, also im Durchschnitt mindestens 27 Jahre alt sind, oft aber bis 45 Jahre, 80 Pf. pro Stunde (200 M. pro Monat bei freier Wohnung, resp. 150 M. bei freier Station für Gehilfen, welche noch nicht im Besitze der Approbation als Apotheker sind, aber das Staatsexamen bestanden haben (Kandidaten der Pharmacie)), 60 Pf. pro Stunde (150 M. pro Monat resp. 100 M. für Gehilfen, die nur die Vorprüfung bestanden haben).

Diese Forderungen werden bis zum Jahre 1907 nur für Städte über 50 000 Einwohner gestellt, weil die Landapotheker selbst keine 8000 M. jährlich verdienen, und um bei Ablehnung dieser Forderungen den Apothekern Stellungen auf dem Lande genügend nachweisen zu können. Bis zum Jahre 1907 werden die Regierungen die hart bedrängten Apotheker, die 6 und 7 Proz. Zinsen für ihre Hypotheken zahlen müssen, mit dem Staatskredit zu Hilfe kommen. Erreichen die Apothekergehilfen dieses Ziel, da wird eine Landapothek, die heute 150 bis 200 000 M. kostet, mit 50 bis 60 000 M. zu kaufen sein, denn wenn ein Gehilfe 3000 M. verdient, wird er nicht so dumm sein und eine Landapothek kaufen, worauf er die bittere Not leidet. Heute würde die kleinste Landapothek noch mindestens 4000 M. verdienen, wenn der Besitzer nicht mindestens 5 Proz. Zinsen von 50 000 M. verzinsen müßte, die er für den Konzeptionswert der Apotheke bezahlt hat, oft aber bis zu 7 Proz. und höhere Zinsen

zinsen. Der Verdienst kommt für den Apotheker erst bei dem Verkauf, wenn er einen Dammun gefunden hat, der einen noch höheren Preis bietet. Der Dammun wird aber in 90 von 100 Fällen durch die Krant gedrängt, die, das nötige Kapital habend, gern heiraten möchte.

Für diesen Apothekerverdienst müssen die Gehilfen leiden. Vor 25 Jahren waren noch oft Saläre von 2400 bis 3000 M. möglich, aber heute giebt es im ganzen Deutschen Reich kaum 10 Apothekergehilfen, die mehr als 2000 M. jährlich verdienen und dabei eine Ausbildungszeit mit Doktorpromotion und Militärjahr von rund 10 Jahren hinter sich haben. Wären die Gehilfen Militärapotheker geworden, so verdienten sie heute 6—7000 M. als Corpsapotheker, aber leider sind diese Stellen zu dünn gesät.

Ein Schularzt wird in Mannheim als städtischer Beamter angestellt, dem jede Privatpraxis verboten ist. Als Gehalt sind 10 000 Mark ausgeschrieben. Das Vorgehen der Stadt Mannheim ist sehr lebenswert und sollte als Vorbild dienen.

Die Versicherung der Heimarbeiter in den Vororten Berlins. Der Rixdorfer Magistrat hat dieser Tage sämtlichen Berliner Vororten eine Zuschrift zugehen lassen, in welcher er zur gemeinamen sozialpolitischen Arbeit auffordert. Es wird gleich ein Beweis für die Notwendigkeit eines solchen Vorgehens an einem Beispiel geführt. Nachdem die Stadt Berlin vor einiger Zeit die obligatorische Versicherung der Heimarbeiter eingeführt hat, sind, nach den Feststellungen der Behörden, zahlreiche Berliner Zwischenmeister, welche Heimarbeiter beschäftigen, nach den Berliner Vororten gezogen, um dadurch der Versicherungspflicht für die bei ihnen beschäftigten Arbeiterinnen zu entgehen. Der Rixdorfer Magistrat regte darauf eine landesgesetzliche Regelung der Heimarbeiter-Versicherung an, hat jedoch von der Regierung zu Potsdam die Nachricht erhalten, daß an eine solche auf absehbare Zeit nicht zu denken ist. Daraufhin hat der Magistrat nun die Gemeindevorstände aller Berliner Vororte aufgefordert, gemeinsam die Versicherung der Heimarbeiter und Hausindustriellen einzuführen. Er schlägt zu diesem Zwecke eine Konferenz vor und betont in der Begründung, daß einzelnen Gemeinden große Armenlasten durch die Versicherungsfreiheit der Heimarbeiter erwachsen, welche durch den Umstand größer werden, daß die Zwischenmeister sich nach den Vororten gewandt haben.

Aus Industrie und Handel.

Die geplante Verschmelzung der Berliner Bank mit der Deutschen Bank ist gescheitert. In der heute vormittag abgehaltenen Generalversammlung der Aktionäre der Berliner Bank las vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Kommerzienrat Lucas, eine längere Erklärung der Bankverwaltung vor, in der es unter Bezugnahme auf die zahlreichen Proteste der Aktionäre der Berliner Bank gegen die Fusion zum Schluß hieß:

Solche Proteste gegenüber dem Vorschlage des Aufgehens der Berliner Bank in die Deutsche Bank sind bei den ursprünglichen Verhandlungen mit der Deutschen Bank nicht vorausgesehen worden. Als es sich nun um die Redigierung des definitiven Vertrages zwischen der Deutschen Bank und der Berliner Bank handelte, legte die Deutsche Bank einen Entwurf vor, in welchem sich folgende Bestimmung befand:

„An diesen Vertrag ist die Deutsche Bank bis nach Ablauf der ersten und, wenn diese nicht beschlußfähig sein sollte, bis nach Ablauf der zweiten Generalversammlung der Berliner Bank, jedenfalls aber nur dann gebunden, wenn in der diesen Vertrag genehmigenden Generalversammlung der Berliner Bank gegen den Beschluß Widerspruch zu Protokoll nicht erklärt wird.“

Die Verwaltung der Berliner Bank ist bestrebt gewesen, diese Bestimmung zu eliminieren, da eine Protesterhebung erwartet werden muß; die Deutsche Bank aber hat erklärt, nicht in der Lage zu sein, bei einem solchen Objekt diejenige Unsicherheit, welche durch eine Protesterhebung und die darauf erfolgende Klagerhebung entstehen müßte, und welche unter Umständen lange Zeit dauern könnte, hinzunehmen. Im Hinblick darauf ist ein notarieller Vertrag noch nicht geschlossen. Die Verwaltung der Berliner Bank wird, insofern die heutige Generalversammlung nicht beschlußfähig sein sollte, mit Rücksicht auf die von der Deutschen Bank gestellte Bedingung, daß kein Protest erfolge, Beschluß fassen, ob damit die Frage der Fusion auch in formeller Hinsicht als völlig erledigt zu betrachten ist.

Daran knüpfte der Vorsitzende längere Ausführungen über die Gründe, welche die Verwaltung der Berliner Bank zur Annahme des Angebots der Deutschen Bank bestimmt hätten, und über die Richtigkeit der Fusion für die Aktionäre. Er fand aber für seine Darlegungen bei den Aktionären wenig Zustimmung; vielmehr sprachen sich die Redner aus dem Kreise der Aktionäre gegen das Aufgehen des Instituts in die Deutsche Bank aus. Als dann inzwischen die Präsenzliste fertiggestellt worden war, ergab sich, daß nur 25 837 000 M. Aktien vertreten waren; die Versammlung war also beschlußunfähig, da mindestens 28 Millionen zur gültigen Beschlußfassung vertreten sein mußten. Unter Hinweis darauf erklärte der Vorsitzende, daß für die Verwaltung jetzt die Angelegenheit definitiv erledigt sei. Eine zweite Generalversammlung werde die Verwaltung nicht einberufen; sie lasse das Fusionsprojekt fallen.

Darauf hat sofort auch die Deutsche Bank das Angliederungsprojekt aufgegeben. Gleich nach der Generalversammlung der Berliner Bank ließ sie offiziell verlinden, daß sie ihre die Berliner Bank betreffenden Pläne völlig geändert habe, daß aber dennoch zur Stärkung ihrer Betriebsmittel die in Aussicht genommene Erhöhung des Grundkapitals um 20 Millionen Mark unter Angebot des Bezugsrecht an die alten Aktionäre zur Ausführung gebracht werden soll. An Stelle der auf den 3. Juli anberaumten Generalversammlung werde daher eine neue außerordentliche Generalversammlung zur Beschlußfassung über die Erhöhung des Grundkapitals demnächst einberufen werden.

Laurahütte. In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrats der Vereinigten Königs- und Laurahütte Aktiengesellschaft berichtete die Direktion über die Ergebnisse des dritten Quartals des Geschäftsjahres 1903/04. Der Bruttogewinn betrug nach Abzug aller Unkosten und der Obligationenzinsen 1 682 756 M. gegen 1 682 397 M. im dritten Quartal des Vorjahres. Er deckte sich also nahezu mit dem letzteren. Die Marktlage für Kohle gestaltete sich im Berichtsquartal ungünstiger als im Vorjahre. Die Kohlenförderung betrug deshalb nur 608 210 Tonnen gegen 635 733 Tonnen im Vorjahre; dieser Mangel wirkte auf die Gewinnungskosten einen ungünstigen Einfluß aus. Gleichzeitig sank der für die verkauften Kohlen erzielte Durchschnittspreis, weil zum Teil entferntere Absatzgebiete aufgesucht werden mußten. Dagegen konnte die Produktion der Hütten an Walzisen auf 52 795 Tonnen (gegen 48 299 Tonnen im Vorjahre) und an Röhren und Gußrohren auf 6493 Tonnen (gegen 6271 Tonnen im Vorjahre) gesteigert werden, indem der Inlandmarkt sich dauernd ausnahmsfähig zeigte. Hierdurch wurden die Hütten in den Stand gesetzt, die Umsätze im Ertrage der Steinlohngruben voll zu erzielen.

Beschlossen wurde vom Aufsichtsrat die Beschaffung neuer Geldmittel durch Ausgabe einer vierprozentigen Obligationen-Anleihe in Höhe von zehn Millionen Mark, welche zur Durchführung der Erweiterung des Hüttenwerks und zur Bezahlung der kürzlich angekauften Grundterrains, insbesondere der Rittergüter Siemansowitz, Raingow und Przeliska verwendet werden soll.

In dem Konkursverfahren gegen das Bankhaus Wendel u. Co. fand gestern im Amtsgericht die erste Gläubigerversammlung statt,

in welcher der Kontraktverwalter Diebstahl berichtete, daß es zur Zeit noch unmöglich sei, Zahlen über die Aktiv- resp. Passivmasse zu geben. Auch die Herausgabe der unzuverlässigen als fremdes Eigentum erkannten Depots könne nicht erfolgen. Die Staatsanwaltschaft habe sämtliche Depotbücher, Aktivregister und Lombardbücher mit Beschlag belegt und einem Bücherrevisor zur Feststellung übergeben. Größere Posten von Wertpapieren habe die Firma Wendel u. Co. bei der Deutschen Hypothekbank in Meiningen, der K. Generaldirektion der Seehandlung, Delbrück, Leo u. Co., Japha u. Levin, Volt und Schünemann und ferner bei Jul. Kraußheimer u. Co. in London lombardiert. Außerdem habe die Firma einen Anteil an Terrains am Teltower Kanal.

Lokales.

Das Ergebnis der Stadtverordneten-Erwahlungen, die am Dienstag vorgenommen wurden, ist das folgende:

Im 32. Wahlbezirk

wurden für den Genossen Karl Leid 2167 Stimmen abgegeben. Von den Gegnern war in diesem Bezirk kein Kandidat aufgestellt worden. Die Zahl der eingeschriebenen Wähler betrug 6527.

Im Jahre 1901 erhielt unser Genosse Karl Liebnecht 2268 Stimmen, während sein bürgerlicher Gegner es auf 292 Stimmen brachte. Infolge Doppelwahl des Genossen Liebnecht wurde dann Genosse Leid aufgestellt, welcher mit 2371 Stimmen gegen Fischer, der es auf 60 Stimmen brachte, den Bezirk behauptete.

Im 40. Wahlbezirk

fiel heute unser Genosse Dr. Leo Krons mit 1712 Stimmen über den liberalen Kandidaten Lenz, welcher 400 Stimmen auf sich vereinigte. Die Zahl der eingeschriebenen Wähler betrug 6227.

Im Jahre 1899 erhielt unser Genosse Dr. Curt Freudenberg 1442 Stimmen, während seine beiden bürgerlichen Gegenkandidaten 748 Stimmen erhielten. In diesem Bezirke haben wir also einen Zuwachs von über 300 Stimmen zu verzeichnen.

Die Kandidaten der Sozialdemokratie, Genosse Karl Leid und Genosse Leo Krons, sind mit so bedeutenden Stimmengahlen gewählt worden, daß in beiden Bezirken unsere Parteigenossen mit dem Ergebnis der Wahl zufrieden sein können.

Im 32. Bezirk hat Leid zwar weniger Stimmen erhalten als im Jahre 1901, aber die Verminderung ist so gering, daß wir in Anbetracht der Erhöhung, die diese Erwahlungen uns brachten, die erreichte Stimmengahl immer noch als einen schönen Erfolg ansehen dürfen. Von rund 6500 eingeschriebenen Wählern der Liste von 1903 waren inzwischen rund 1500 verzogen, wovon 700 überhaupt nicht mehr zu ermitteln waren.

Unsere Gegner haben sich in diesem Bezirk diesmal gar nicht erst an der Wahl beteiligt, infolgedessen gab es hier auch keinen eigentlichen Wahlkampf — ein Umstand, der immer in der Wählererschaft ein große Laune entstehen läßt und die Stimmengahl der obliegenden Partei mit zu beeinträchtigen pflegt. Es ging vor und in den Wahllokalen des 32. Bezirkes und in unseren Wahlbüros ziemlich still zu, nur in den letzten Stunden wurde es etwas lebhafter. Das „Berl. Tagebl.“ behauptete in der Abendausgabe vom Dienstag, auch viele Freisinnige seien gekommen, sie hätten aber nicht gewählt, weil kein Freisinnkandidat aufgestellt war. Nach unseren Ermittlungen können es etwa ein Dutzend Mann gewesen sein, die vor den Wahllokalen traten und erklärten: „Ich würde freisinnig wählen, aber ich enthalte mich der Wahl.“ Ein billiges Vergnügen, das als Demonstration — lächerlich wirkt!

Unser Genosse Leid, „der Majestätsbeleidiger“, dem die Richter sein Stadtverordneten-Mandat aberkannt hatten, feiert durch den Willen des Volkes in die Stadtverordneten-Versammlung zurück, getragen von dem Vertrauen Tausender, die ihn — dem Urteil der Richter zum Trotz — dieses Ehrenamtes würdiger als je erachteten. Das Wahlkomitee des 32. Bezirkes und der Vertrauensmann haben im Einverständnis mit der Wählerversammlung, die die Verlängerung des Wahlergebnisses mit braudendem Jubel aufnahm, an den im Gefängnis sitzenden „Majestätsbeleidiger“ folgendes Telegramm abgesandt: „Der 32. Kommunalwahlbezirk gratuliert seinem mit 2167 Stimmen wiedergewählten Stadtverordneten zu dem Vertrauensvotum.“

Im 40. Bezirk hat Krons trotz aller Erhöhungen sogar noch mehr Stimmen erhalten als im Jahre 1899 Freudenberg. Dagegen hat es der Maurermeister Lenz, der „gemeinsame bürgerliche Kandidat“, nicht mal zu einem Achtungserfolg gebracht. Er hat noch weniger Stimmen auf sich vereinigt, als vor vier Jahren er und der Kandidat der Konservativen zusammen erhalten haben. Schon in den Vormittagsstunden blieb er kläglich zurück. Um 12 Uhr hatte Genosse Krons bereits doppelt so viel Stimmen wie der „Gemeinsame“, um 1 Uhr war die dreifache Stimmengahl erreicht, und 300 gegen 100. Herr Lenz selber lief geschäftig rund schweißtreibend durch die Straßen; er schien in höchst reger Person sich an der Schlepparbeit zu beteiligen. Es hat ihn nichts genügt. Es hat den Freisinnigen nichts genügt, daß sie die Konservativen um Wahlhilfe anbettelten, es hat dem vereinigten Bürgertum nichts genügt, daß es seine Hoffnung auf die Benutzung der alten Wählerlisten und auf die Erhöhung setzte, die der Sozialdemokratie daraus erwuchs. Auch hier war etwa der vierte Teil der eingeschriebenen Wähler von 1903 inzwischen verzogen — und dennoch erzielten wir eine Stimmengahlnahme!

So sieht der Erfolg aus, den der Freisinn zu erringen vermochte unter Verhältnissen, die ihre Führer als für sie „besonders günstig“ bezeichneten. Unsere Parteigenossen im 40. Bezirk haben diesen Freisinn nicht Anhang mit Eleganz in den Sand gestreut. Dabei hatten sie gar keine nennenswerten Schlepparbeit einmal nötig gehabt: die Wähler haben hier brillant ihre Pflicht getan. In den letzten Stunden vor Schluss der Wahl eilten sie scharenweis in die Wahllokale. In dem Lokal Müllerstr. 7 war die Zahl der Wartenden schon um 7 Uhr auf mehr als Hundert angeschwollen. In langer Reihe schoben sie sich langsam an den Wahllokalen heran und gaben Mann für Mann unserem Genossen Krons ihre Stimme. Die Verlängerung des Wahlergebnisses wedte in der Wählerversammlung, die für den Abend einberufen war, einen Sturm der Begeisterung.

Die Sozialdemokratie Berlins hat einen Tag neuer Siege hinter sich, die beständige und herrschende Gesellschaft einen Tag neuer Niederlagen!

Der Plan der Erbauung städtischer Straßenbahnen, zu dessen Ausführung der Magistrat jetzt endlich einen ernsthaften Schritt thun will, wird die Stadtverordneten in ihrer nächsten Sitzung beschäftigen. Der Magistrat hat der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage über den Bau der zunächst in Aussicht genommenen fünf Linien „Dönhofsplatz — Großgörschenstraße“, „Dönhofsplatz — Kreuzberg“, „Dönhofsplatz — Hermannsplatz“, „Dönhofsplatz — Stettiner Bahnhof“, „Vollersplatz — Weddingplatz“ zugehen lassen und ersucht um Zustimmung. Die zur Herstellung dieser Linien erforderlichen Mittel im Betrage von 5 1/2 Millionen Mark sollen aus einer besonderen Anleihe gedeckt, aber vorläufig aus dem Voranschusse der städtischen Werke bereitgestellt werden. Der Vorlage ist ein Rentabilitätsberechnung

beigegeben. Diese ist so vorsichtig aufgestellt, daß man fast auf den Gedanken kommen könnte, der Magistrat wolle den Stadtverordneten den Bau und Betrieb von Straßenbahnen noch wieder verleiden. Nur für die drei Südlinien wird ein Ertrag herausgerechnet, der eine angemessene Verzinsung und Tilgung der Kapitalien ermöglicht. Dagegen wird für die beiden Nordlinien angenommen, daß mindestens in den ersten Jahren ein Verlust zu leisten sein werde. Diese Nordlinien erschienen dem Magistrat anfangs sogar so unrentabel, daß er sie überhaupt nicht bauen wollte. Koch im März erklärte sich der Oberbürgermeister in der Stadtverordneten-Versammlung gegen die Ansicht, daß die künftige Entlohnung der betreffenden Stadtteile auch für die Nordlinien einen angemessenen Ertrag verspreche. Wir sind gespannt darauf, ob noch Stadtverordnete die Handhaben, die der Magistrat den Gegnern des Planes städtischer Straßenbahnen bietet, benutzen werden.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstag u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Vorlage betreffend die Speisung des Herkulesbrunnens aus dem Lützowplatz. — Berichterstatter über die Vorlage betreffend die Abänderung des Stadtverordnetenbeschlusses vom 24. Mai 1891 in Bezug auf die Aufnahme von Grundstücken in die städtische Feuerlokalität. — Vorlagen betreffend die Aufhebung des mit dem Pächter der Restauration in der Markthalle X am Arminiusplatz abgeschlossenen Vertrages und die Ausschreibung der Restaurationsräume nebst dazu gehöriger Wohnung. — die Annahme einiger Zuwendungen an die Waisen-Verwaltung. — den speziellen Entwurf zu einem Verwahrungsbauwerk nebst Pflegerhaus bei der III. Arten-Anstalt in Rudow. — mehrere spezielle Entwürfe zu Gebäuden bei dem Rudolf Virchow-Krankenhaus. — eine erneute Festlegung des von den Straßenbahngesellschaften bei definitiven Pflasterungen an die Stadtgemeinde zu zahlenden Entgelts. — die Verwendung einer zwischen Verleger- und Lützowstraße gelegenen städtischen Landfläche für Gemeindefürsorge. — die Einsetzung einer gemischten Deputation zur Beratung über die Errichtung eines Denkmals für Rudolf Virchow. — einen Antrag zum Specialetat N. 31 bezüglich der übernommenen beiden Anstalten des Berliner Vereins für Volksbäder — und den Bau von fünf städtischen Straßenbahnlinien.

Konservative Revolverjournalisten. Mit dem Beschluß der Strafkammer, wonach die treue, opfermutige Pflichterfüllung der sozialdemokratischen Wahlmänner bei der letzten Abgeordnetenwahl in Rixdorf mit dem besten Willen nicht unter Benutzung des Strafgesetzbuches „geföhnt“ werden kann, ist die „Post“ nicht zufrieden. Statt seinem Herrgott und dem Gericht zu danken, daß die Richtswürdigkeit des elendesten aller Wahlsysteme nicht auch noch an Gerichtsstelle bloßgestellt und der öffentlichen Verachtung preisgegeben wird, stellt das angeblich staatsverhaltende Blatt noch frech empörende Gefeßesverleugungen in Aussicht. „Bei dem Vergehen (!) der Justiz“, so schreibt es, „sind die Wahlmänner, welche sich nicht den Umstürzern willenlos fügen wollen, auf Selbsthilfe angewiesen und sie werden schließlich noch bewaffnet zur Abgeordnetenwahl kommen müssen.“ Also eine unerblickliche Aufforderung an die konservativen Wahlmänner, gegen die sich peinlich streng nach dem Gesetz richtenden sozialdemokratischen Wahlmänner mit dem Revolver vorzugehen. Und solche Revolverjournalisten im büchstablichen Sinne des Wortes haben die Frechheit, über sozialdemokratischen Terrorismus Entrüstung zu heucheln!

Der Umbau des Schauspielhauses wurde in der letzten Sitzung des Berliner Architektenvereins besprochen. Herr Professor Wallö hieß es für bedauerlich, daß ohne zwingenden Grund 1 300 000 M. für diesen Umbau gefordert würden. Den baupolizeilichen Vorschriften könne auch ohne vollständige Aenderung des wertvollen Gebäudes genügt werden. Der Charakter des Hauses verlange, daß der alte Stil bleibe. Die Versammlung beschloß nach längerer Besprechung folgende Erklärung: „Der Architektenverein hat aus den Verhandlungen des preussischen Landtages Kenntnis davon erhalten, daß das königliche Schauspielhaus im baupolizeilichen Interesse und im Sinne der Verkehrssicherheit durchgreifenden Veränderungen unterzogen werden soll. In der Befürchtung, hierbei eine der hervorragendsten Schöpfungen Schinkels in ihrem künstlerischen Bestande bedroht zu sehen, spricht der Verein die Erwartung aus, daß die jetzigen Sicherungsarbeiten und Erneuerungen, insbesondere im Zuschauerraum und dem Konzertsaal und seinen Vestibülen, auf das notwendige Mindestmaß beschränkt werden, und daß die Wiederherstellung etwa beschädigter oder zerstörter Teile behufs Wahrung der Einheitslichkeit dieses anerkannten Meisterwerkes der Architektur nur in den alten Formen erfolge.“

Die Schulbaracken, die für eine Koaliter Gemeindefschule auf dem der Stadt gehörenden unbebauten Grundstück an der Birken-, Dreiner- und Lützowstraße errichtet werden, gehen bereits ihrer Vollendung entgegen. Sie aufzustellen, hat nicht jodiel Monate erfordert, wie die Ausführung eines regelrechten Gemeindefschulbaues Jahre in Anspruch nimmt. Die Schulbaracken, die schon im Spätherbst vorigen Jahres für eine Gemeindefschule des Nordostens an der Dübauer- und Thomerstraße aufgestellt wurden und seitdem in Benutzung sind, sollen nachträglich noch vermehrt werden, weil in dieser Stadtgegend noch einige neue Klassen eingerichtet und untergebracht werden müssen. Außerdem soll diese erste Gruppe von Schulbaracken auch eine eigene Turnhalle erhalten, die gleichfalls nicht als Steinbau, sondern nur als Baracke ähnlicher Art, wie die Klassenbaracken, ausgeführt werden wird. Mit der Ausführung dieser Barackenbauten ist noch nicht begonnen worden.

Der Pfingstverkehr der Eisenbahn, über welchen jetzt das statistische Material vorliegt, stand ebenfalls unter der Ungunst der Witterung, überfliegte aber doch in der Hauptsache den vorjährigen Feiertagsverkehr auf den Berliner Stadt-, Ringbahn- und Vorortsbahnhöfen. Zugelassen wurden befördert: am ersten Pfingstfeiertage 818 001 Personen (gegen 822 165 im Vorjahre), am zweiten Feiertage 945 971 (gegen 905 954) Personen, am dritten Pfingstfeiertage 472 846 (gegen 448 521) Personen. Die am Hauptausflugstage erzielte Frequenziffer wurde im letzten Jahrzehnt annähernd nur im Jahre 1900 erreicht, damals wurden am zweiten Pfingstfeiertage 935 067 Personen befördert.

Der Rechtsanwalt und Notar Georg Meißner, der sich, wie gemeldet, durch seine verhängnisvollen Beziehungen zu dem „Millionen-Erben“ Alphons Köhll finanziell ruinert hat und ins Ausland geflüchtet ist, hat dem Präsidenten des Kammergerichts anzeigen lassen, daß er das Notariat niederlege, und gleichzeitig seine Wohnung in der Liste der Rechtsanwälte beim Landgericht I Berlin beantragt. Seinen bisherigen Socius, den beim königlichen Landgericht II Berlin zugelassenen Rechtsanwalt Dr. Reich, hat Meißner brieflich ersucht, die gemeinsame Anwaltspraxis durch Vereinigung mit dem Bureau eines hiesigen Rechtsanwalts und Notars fortzuführen.

Gestern war Parade auf dem Tempelhofer Felde. Uns fehlt naturgemäß die Sorte patriotischen Entzückens, die notwendig ist, um ein so herrliches Bild zu beschreiben. Und die Erfahrung lehrt, daß auch unsere Leser um solche Schilderungen nicht verlegen sind. Aber unsere Pflicht ist es, darauf hinzuweisen, daß auch gestern infolge des militärischen Schauspiel der öffentliche Verkehr empfindlich gelitten hat. Die Arbeiter wurden am Morgen dadurch geschädigt, daß die Straßenbahnwagen nicht die ganze Strecke fuhren; wer weiter wollte, mußte umsteigen und sich in dem neuen Wagen abermals einen Fahrchein lösen. Es wäre nicht mehr als billig, wenn die Straßenbahngesellschaft an solchen Tagen das zuerst gelöste Billet auch für die Weiterfahrt in Geltung ließe.

Ueber ein böses Abenteuer Berliner Reserve-Offiziere wird dem „Berliner Tageblatt“ aus Hannover berichtet: Ein blutiges Rencontre hat Dienstagmorgen zwischen Schulreuten und vier Reserve-Offizieren aus Berlin, die sich zur Zeit in Hannover auf-

hielten, zugehört. Die Herren Baron v. Bodenhausen, v. Vecher, Bergwerldirektor Hehe und ein Herr Heingeld, ein Offizier außer Dienst, kamen gegen 3 Uhr morgens in sehr aufgeregter Stimmung aus einem Beierrestaurant auf die Straße. Die Unterhaltung war etwas allzu laut und ein Schumann gebot den Herren Ruhe. Das Gefell der Gesellschaft nicht. Es kam zu Tätlichkeiten gegen den Beamten, in deren Verlauf dieser den Säbel zog und dem Baron v. Bodenhausen einen Hieb über den Kopf versetzte. Die Prügelei wurde erst durch das Einschreiten mehrerer anderer Beamten beendet. Baron v. Bodenhausen wurde in eine Klinik geschafft. Hier wurde bei ihm ein komplizierter Schädelbruch und eine schwere Armverletzung festgestellt. Die Begleiter des Barons mußten zur Polizeiwache wandern, wo die Feststellung ihrer Namen erfolgte. Sie sind inzwischen von ihrem Abenteuer nach Berlin zurückgekehrt.

Dieser Vorgang ruft die Erinnerung an eine ähnliche Affaire wach, die sich vor einer Reihe von Jahren ebenfalls in Hannover zugetragen hat. Etliche Offiziere hatten in einem Konflikt mit Zivilisten zum Säbel gegriffen und dadurch das Publikum gereizt. Die vier Nachtwächter, welche dann die Offiziere festnahmen, mußten zu ihrem Erstaunen eine Anklage über sich ergehen lassen und wurden am 10. Dezember 1891 zu Gefängnisstrafen von sechs Wochen bis zehn Monaten verurteilt.

Ferien für Arbeiter. Der zuerst wohl von sozialdemokratischen Druckereien eingeführte Brauch, allen im Betriebe beschäftigten Angestellten und Arbeitern unter Fortzahlung des Lohnes Sommerferien zu gewähren, findet in bürgerlichen Geschäften nur wenig Nachahmung. Neuerdings ist die Vereinsbrauerei in Rixdorf dem guten Beispiele gefolgt, indem sie den drei Jahre bei ihr thätigen Brauereiarbeitern für diesen Sommer einen dreitägigen Urlaub gewährt und ihnen für diese drei Tage sogar den Lohn für sechs Tage mit der nicht von der Hand zu weisenden Begründung auszahlte, daß der Arbeiter an freien Tagen mehr Geld gebrauche als an den Tagen, wo er an den Betrieb gefesselt ist.

Töblich verunglückt ist Dienstag gegen Mittag beim Anbringen eines Hängegerüsts an der Vorderfront des Hauses Ehrh. 12 in Rixdorf der Dachdecker Franz Wendrich. Er stand auf dem Dache genannten Hauses, verlor das Gleichgewicht und stürzte auf die Straße hinab, im Fallen mit dem Kopf auf ein Balkongitter und dann auf das Bürgersteigpflaster aufschlagend. Der Schädel des Unglücklichen war derart zerschmettert, daß das Gehirn herausquoll. Der Tod trat bereits nach wenigen Minuten ein. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und nach der Leichenhalle geschafft. V. ist Familienvater. Unternehmer des Gerüstbaues ist der Dachdeckermeister Schade hiersebst. Jrgend welche Sicherheitsvorkehrungen waren nicht getroffen.

Wegen des Totfchlages an dem Italiener Enrico Baldi wurden die Gebrüder Gustav und Johann Trejzinski — so schreiben sie sich — aus Reinickendorf gestern dem Untersuchungsrichter zugeführt. Nach ihrer Darstellung vor der hiesigen Kriminalpolizei hing der verhängnisvolle Streit mit einer Schlägerei zusammen, die vor vierzehn Tagen in einem Tanzlokal in der Waldstraße zu Reinickendorf zwischen Italienern und Polen stattfand. Dort erschien Baldi am Sonntag mit der Frau seines früheren Schlafwirts. Der neue Streit entstand nun daraus, daß die Brüder Trejzinski Bemerkungen über die Italiener machten, die vor vierzehn Tagen von den Polen Prügel bekommen hatten. Als später Baldi an dem Hause Waldstraße 66, in dem der ältere Trejzinski wohnt, vorbei kam, rief ihm dieser zu, er solle machen, daß er wegkomme. Die Antwort, die der Italiener darauf vor sich hin brumnte, verstanden die Polen nicht. Der ältere Trejzinski hörte aber etwas Inadren und glaubte, daß Baldi sein Messer zuricht mache. Daher ließ er sich von seiner Frau einen Säbel geben, den er als früherer Gemeindefdiener von Telgel noch besaß. Als er mit diesem zurückkam, hatte sein jüngerer Bruder Baldi schon am Boden liegen und kniete auf ihm. Der jüngere Trejzinski will gar nicht gestochen haben. Dem widerspricht aber, daß sein Messer und seine Kleidungsstücke mit Blut besetzt und bespritzt waren. Mit Jammerlauten schlangen die Polen solange auf den Italiener ein, bis sie in Stücke gingen. Der ältere Trejzinski ist verheiratet und Vater von sechs Kindern.

Am Sonnabend berichteten wir nach einer Lokalkorrespondenz von einer Schwindlerin Namens Gottschall aus der Steinstraße, die Mitglieder für eine Krankenkasse werbe und die ergatterten Eintrittsgelder für sich behalte. Die Kassierer der Offenbacher Krankenkasse, Frau Gottschall, Putzmeister 38, ersucht zu geben, daß sie mit dieser Person keine Gemeinschaft habe und nicht mit ihr verwechselt werden möchte. Es scheint nach allem, daß die am Sonnabend erwähnte Schwindlerin mit dem ehrlichen Namen der Frau Gottschall einen empörenden Mißbrauch treibt.

Straßensperrung. Die Straßenderstraße von Brunnen- bis Ruppinerstraße wird behufs Asphaltierung vom 6. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt, ebenso die Wilowstraße (nördlicher Danm) von Potsdamer bis Frobenstraße behufs Asphaltierung vom 2. d. M. ab.

„Saisonarbeiter“. Mit dem Eintritt der wärmeren Jahreszeit erscheinen auch die „Fledderer“ wieder. Gestern allein wurden vier festgenommen. Der 18 Jahre alte Arbeitsbursche Franz Alwin und der 21jährige Arbeiter Joseph Halst wurden auf dem Fördendepot und in der Culmstraße von Kriminalbeamten erwischt, als sie eben Leuten, die betrunken in einer Thürnische eingeschlossen waren, Uhr und Portemonnaie weggenommen hatten. Ein 27 Jahre alter Arbeiter Jettin wurde von dem Geseßderten selbst, der gerade noch zur rechten Zeit erwachte, auf dem Arkonaplatz unerschädlich gemacht, ebenso der Arbeiter Gustav Spieder, der einen an der Göttinger Kreuzkirche eingeschlossenen Arbeiter um die Geldbörse erleichtert hatte. Die Kriminalpolizei erhält zahllose Anzeigen über Fleddereien, aber die Thäter nachträglich zu ermitteln ist sehr schwer.

Bei einem Einbruchversuche abgefaßt wurde ein Schweizer Arthur Kalvites, der in der Köpnickstraße eine Klingelfahrt machte. Eine Frau Schmidt aus dem Hause Nr. 30, die ihn bei einem Nachbarn klingeln hörte und wußte, daß die Leute nicht zu Hause waren, beobachtete heimlich sein Treiben. Als sie sah, daß er mit einem Dietrich zu öffnen versuchte, verständigte sie Hausgenossen und ging dann auf den Flur hinaus. Jetzt ergriß der Eindringler die Flucht, lief aber den herbeigerufenen Leuten in die Arme und wurde von ihnen der Polizei übergeben. Der Trippete nannte sich Arbeiter Karl Koch, wurde aber durch den Erkennungsdienst bald festgestellt als Kalvites, der wegen mehrerer Einbruchdiebstähle gesucht wurde und sich noch im Verlage von gestohlenen Sachen befand.

Ein entsetzliches Brandunglück hat sich gestern nachmittags in Telgel ereignet. Die im Hause Berlinerstr. 94 wohnende Frau Goymann gah auf einen brennenden Spirituslocher Spiritus. Die Flasche explodierte und die herausschlagenden Flammen erfaßten die Kleider der Frau, welche lichterloh brennend die Treppe hinunterlief. Auf ihr Hilfsgekrei eilten Leute hinzu, welche die Flammen erstickten. Dennoch hat die Unglückliche furchtbare Brandwunden am ganzen Körper davongetragen, so daß sie schwerer daniederliegt.

In seinem Bett erschöpfte sich der 41 Jahre alte Mathematiker Herbert Rudolphi, der von seiner Frau getrennt in der Hannoverstraße wohnte. Der Mann stammt aus Petersburg und kam vor sieben Jahren, als er sich von seiner in Eisenach lebenden Frau trennte, nach Berlin. Hier schrieb er für Zeitungsverleger mathematische Aufsätze. In Bremen besah er ein großes Grundstück. Am Sonntagnachmittag kam Frau Rudolphi von Eisenach herbei, um ihren neunjährigen Sohn zu einer Operation nach der königlichen Klinik zu bringen. Bei dieser Gelegenheit besuchte sie auch ihren Mann, den sie seit sieben Jahren nicht gesehen hatte. Er war zunächst aufgeregt, beruhigte sich aber bald und ah mit ihr auf seinem Zimmer zu Abend. Nach einer Stunde ging die Frau wieder weg und suchte ihr Zimmer auf, das sie in der Luisenstr. 46 gemietet hat, um in der Nähe ihres kranken Sohnes zu sein. Am Montagvormittag um 10 Uhr wollte die Witwe Rudolphi Kaffee bringen, fand ihn aber entseelt in seinem Bette liegen. Er hatte sich durch

einem Rebolversuch ins Herz getödet. Eine Aufzeichnung über den Beweggrund hat er nicht hinterlassen. Die Leiche wurde beflagelnd und nach dem Schanzenweg gebracht.

Zu dem Vorgange im Lokale des Gastwirts Boldsfuß erklärt uns dieser, daß der gestrige Bericht insoweit irrtümlich sei, als er den bestrafenden Geist nur zur Tzlie hinausgedrängt habe, die Strafen sei der Mann durch sein eignes Verschulden hinabgefallen.

Der Sternenhimmel im Juni. Höher und höher steigt im Juni die Sonne, untrer nördlichen Halbkugel Wärme und Licht bringend. Am 21. Juni hat sie den höchsten Stand erreicht, in Berlin 61 Grad über dem Horizont; von diesem Tage an, dem Wende- und Stillstandspunkte der Sonne, Solstitium, zählen wir den Sommer. Die Tagesdauer an diesem längsten Tage beträgt 16 1/2 Stunden, genauer 16 Stunden 33 Minuten, von 3 Uhr 55 Minuten morgens bis 8 Uhr 28 Minuten abends ist die Sonne über dem Horizont.

Am Abendhimmel glänzen sieben helle Sterne erster Größe; um 10 Uhr abends ist fast genau im Süden, etwa 60 Grad hoch, der rötliche Arcturus sichtbar, südwestlich von ihm Spica, und südöstlich hat sich der feuerrote Antares, der hellste Stern des Skorpion, über den Horizont erhoben.

Am Dstihimmel steht die Vega etwa 50 Grad hoch, und bedeutend tiefer Altair, der hellste Stern des Adler.

Am Westhimmel glänzt Regulus, und tief im Norden Capella.

Zur Orientierung geht man vom großen Bären oder Wagen aus, dessen hellste Sterne, Sterne zweiter Größe, ein wenig nordwestlich stehen, die Deichsel weist nach Südosten, der vorderste Deichselstern steht fast im Zenith. Die Verbindungslinie der Hinteräder führt verlängert zu dem Polarstern. Derselbe ist dritter Größe, und die Fortsetzung dieser Linie nach Südosten geht nahe am Regulus vorbei.

Am Dstihimmel zieht sich die Milchstraße von Süden nach Norden entlang in einem nach Westen offenen Bogen. Die Vega steht westlich von der Milchstraße, der Atair an ihrem Ostrande. Weiter nördlich steht in der Milchstraße, direkt an ihrer Gabelung, ein heller Stern zweiter Größe, Deneb, der hellste Stern des Schwans; tief im Norden, zum Teil ebenfalls in der Milchstraße, ist das Sternbild Cassiopeja zu sehen, kenntlich an den 5 W-förmig angeordneten hellen Sternen zweiter und dritter Größe. Die geschilderte Stellung der Sterne ist am 15. Juni schon um 9 Uhr, am letzten um 8 Uhr abends vorhanden; doch ist es dann noch zu hell, um sie zu sehen.

Planeten sind im Juni am Abendhimmel nicht sichtbar; nur „Saturn“ erscheint nach Mitternacht und bleibt bis zur Morgendämmerung, in der auch „Jupiter“ noch für einige Zeit aufstrahlt.

Der Mond, der jetzt in der Abnahme begriffen ist, erreicht das letzte Viertel am 6. Juni, Neumond ist am 12., erstes Viertel am 20. und Vollmond am 27. Juni.

Der Berliner Zoologische Garten hat seit einiger Zeit unter den zahlreichen Wildschweineformen auch ein starkes männliches W a r z e n - s c h w e i n, eine hochherzige Schenkung des Herrn Oberleutnant Dominik von der Schutztruppe in Kamerun, der schon so häufig in unheimlichster Weise wertvolle Vertreter untrer Kolonialen Fauna dem Garten zugeführt hat. Die Warzenschweine, welche nur in Afrika leben, fallen dem Beschauer sofort durch ihre groteske Häßlichkeit auf. Die pergamentartig-nackte Haut trägt nur auf der Rückenmitte einen kaum spaltenlangen, hängenden Vorstern, und der lange breite Kopf ist durch absonderliche Warzen geradezu verunstaltet. Die bei alten Ebern außerordentlich langen und abstehenden Haare erhöhen noch den unheimlichen Eindruck, den das Tier macht, und die harten Warzen unter den Augen sind offenbar als Schutzvorrichtungen des Sehorgans bei den Kämpfen der Schweine untereinander aufzufassen.

Haus den Nachbarorten.

Rummelsburg. Am Mittwochabend findet am Ort eine Flug-Blattverbreitung statt. Treffpunkt in den bekannten Partielokalen. Der Vertrauensmann.

Nieder-Schönebeide. Am Donnerstagabend 8 1/2 Uhr findet bei Spichale, Berlinerstr. 17a eine Versammlung des Wahlvereins statt. Gäste haben Zutritt.

Aus der Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung. Es handelte sich in der Sitzung am Montag wieder einmal um die sonst ziemlich gleichgültige Wahl von Beisitzern und Stellvertretern zu der am 14. Juni stattfindenden Stadtverordneten-Ergebniswahl im neunten Bezirk. Genosse Ritter bemängelte den unrichtigen Standpunkt in der Festlegung der Wahlzeit, gegen die unserselbst schon seit Jahren, freilich stets ohne Erfolg vorgegangen wird. Den freisinnigen Herren von der Mehrheit ist augenscheinlich die Verlängerung bis 7 Uhr schon viel zu viel.

An der Hand des jüngst gegebenen Beispiels zeigte unser Redner, daß der Magistrat ganz gut selbständig sein könnte, als es sich um die angeregte anderweitige Gestaltung der Wahlzeit (bis 8 Uhr nämlich) handelte — in der zweiten Abteilung! Daß es bei der beschränkten Zeit so manchem Wähler unmöglich sei, sein Recht auszuüben, ohne einen Verlust an Arbeitslohn zu haben, scheint den Herren der zweiten Abteilung, die sich meist aus Personen mit festem Gehalt zusammensetzen, nicht einzuleuchten. Daß nun gar bei der Konstituierung solcher Wahlvorstände der dritten Abteilung auch einmal Personen aus der Arbeiterschaft hinzugezogen werden sollten, wie dies in untrer Nachbargemeinden Berlin, Charlottenburg, Nixdorf usw. schon längst als etwas Selbstverständliches gehandhabt wird — in Nixdorf finden die Gewerbetreibendewahlen sogar Sonntags statt — dürfte untrer „freisinnigen“ Stadtverwaltung wohl nie zugunsten sein.

Oberbürgermeister Wilde hatte denn auch eine billige inhaltlose Ausrede... Öffentlich werden unsere Parteigenossen am 14. Juni den Herren zeigen, daß es ihnen nicht darauf ankommt, einige Stunden zur Erfüllung ihrer Pflicht zu opfern.

Nach dieser Debatte, die beinahe anfang „politisch“ zu werden, wandte sich die Versammlung der Frage der Errichtung einer Feuerwache in der Spenerstraße zu, für die ein Automobil-Löschzug beschafft werden soll. Branddirektor Flöter wurde eigens beordert, um die etwaigen Bedenken gegen eine solche Neuierung zu zerstreuen. Untrerseits gab Genosse Hoffmann die Zustimmung zur Einführung dieser modernen Fahrzeuge zu erkennen. Die Magistratsvorlage wurde dem auch beinahe einstimmig genehmigt.

Mit der Errichtung einer Bedürfnisanstalt auf dem sogenannten Inselviertel dürfte es vorläufig nichts werden, da das dazu geplante Gelände an der Siegfriedstraße wegen „Erwägungen über anderweitige Gestaltung der Gasanlagen am Schöneberger Bahnhof“ vom Fiskus nicht verkauft wird. — In den Ausführl über die Magistratsvorlage betreffend Annahme eines Angebotes der Berlinischen Bodengesellschaft wurde untrerseits Genosse Obst gewählt.

In Wilmsdorf hat die Gemeindevertretung am Montag den Stadtrat Alfred Peters aus Posen auf 12 Jahre zum befristeten Schöffens gewählt. Für eine Studienreise nach Frankreich wurde einem Oberlehrer der höheren Mädchenschule 400 M. bewilligt. Sodann wurde beschlossen, daß die Regulierung der Reichsstraße nur dann erfolgen soll, wenn die Abzente die Kosten übernehmen. Eine neue Lehrerstelle wurde der jetzt von 289 Schülern besuchten katholischen Gemeindefschule zum 1. Oktober bewilligt. Ferner wurde der Ankauf eines Schulgrundstücks an der Württembergischen Straße beschlossen.

Dank der Obhut der Regierung ist an die Stadtverordung von Wilmsdorf vorab durchaus nicht zu denken. Der Landrat will in seiner Allmacht den fetten Hapfen nicht preisgeben; nicht allein, daß er die letzte Petition um Stadtverordung als Luft behandelte, wurde ihm auch noch der Triumph zu teil, daß die Regierung sein eben nur in Preußen mögliches Verhalten in einer der Gemeinde zugewandenen Abrechnung durchaus billigte. Aber mehr noch. Bei dem Ausscheiden

von Nixdorf und Schöneberg aus dem Kreise war es die Regierung, die die Entschädigungsforderungen aufstellte und so eine Basis für die Verhandlungen gab. In der Wilmsdorfer Angelegenheit hat der Regierungspräsident die Gemeinde aber wissen lassen, daß „mangelnde zwingende Gründe“ die Entlassung aus dem Kreisverbande nur genehmigt werden könne, wenn die Gemeinde Anerbietungen über die Entschädigungssumme usw. mache; für den Landrat liege kein Anlaß vor, mit Forderungen hervorzutreten. Dieselbe Antwort hat der Kreisaußschuß der Gemeinde gegeben, der in einem Schreiben vom 17. Mai überdies noch hinzugefügt hat, daß zur Zeit, wo sich die aus dem Bau des Teltow-Kanals ergebende Belastung des Kreises angeblich in keiner Weise bestimmen läßt, überhaupt eine Grundlage für zahlenmäßige Vereinbarungen nicht vorhanden sei und es deshalb abgelehnt werden müsse, in der angeregten Frage sich auf Verhandlungen einzulassen.

So jappelt die Gemeinde Wilmsdorf mit ihrem Stadtverordungsplan in der Luft und mag warten, bis nach langen Jahren die letzte Rechnung vom Bau des Teltow-Kanals revidiert, genehmigt und beglichen ist. Zu der Zeit wird die Einwohnerzahl des Dorfes mit sorgfältigem Schritt dem zweiten Hunderttausend zustreben. Eine seit längerer Zeit bestehende Kommission von Gemeindeverordneten soll jetzt den Strid abzuschneiden versuchen, mit dem Wilmsdorf gescheitelt ist.

Friedrichsfelde. Nach einer Wartezeit von acht Wochen sind die neugewählten Gemeindevertreter, darunter auch unsere beiden Genossen, in ihr Amt eingeführt worden. Auf der Tagesordnung, die im Gegensatz zu früher ziemlich reichhaltig war, standen einige wichtige Sachen. Der Vertrag mit dem Konfortium für die nordöstliche Vorortbahn wurde aufgehoben. Hierbei beantragte Genosse Pinfeler, in künftigen Fällen von solchem Konfortium eine Kaution zu verlangen und sich nicht wie in diesem Falle auf circa vier Jahre zu binden. — Bei der Beschlußfassung über Ankauf eines Grundstücks für eine Kläranlage teilte der Vorsteher mit, daß trotz erfolgter Ausschreibung nur zwei Grundstücke in Frage kommen; er empfiehlt das Westfälische Angebot, in welchem 12 Morgen, der Morgen zu 9000 M., offeriert werden. Gemeindevertreter Schuch sowie Genosse Pinfeler erklärten, nicht genügend informiert zu sein, um kurzer Hand einen solch weittragenden Beschluß fassen zu können; Pinfeler beantragte, in künftigen Fällen einige Tage vor der Sitzung den Vertretern Informationen über derartige wichtige Materien zukommen zu lassen. Dieses wurde denn auch vom Gemeindevorsteher zugefagt. Nach längerer Diskussion wurde das Westfälische Land, welches an den Kieselgraben stößt, zu kaufen beschlossen. Bei der Vergebung der Beleuchtungsanlagen für die Turnhallen hatte die Firma Bieberstein 1100 M. gefordert, die Elektricitäts-Gesellschaft 1400 M. Die Firma Bieberstein erhielt den Auftrag. Jetzt nach Fertigstellung fordert die Firma 124 M. noch, da sie sich beim Kostenaufschlag angeblich geirrt habe. Die Preisforderung wurde glatt abgewiesen. — Ein Nachtrag zur Polizeiverordnung betr. die Marktordnung auf dem Rager Viehhof wurde genehmigt. Demnach finden die Pferdewerke im Sommer von 8—6 Uhr (bisher 4 Uhr), im Winter von 8—5 Uhr (bisher bis 3 Uhr) statt. Wegen der Errichtung eines Gebäudes für die allgemeine Fleischbeschau hatte der Gemeindevorsteher eine neue Zeichnung anfertigen lassen, welche vom Maurermeister Müller eingehend erläutert wurde. Nach dieser Zeichnung soll das Gebäude zwei Stockwerke haben und zwar im unteren Geschloß Desinfektionsräume, Vaberaum für den Wärrer, Sterilisierungsapparate für minderwertiges Fleisch, Verkaufsaum (Freibank), Sprengwagen-Geloh, ferner auf dem Hofe eine Palle für Frauen und zwei Jellen für männliche Gefangene, im oberen Stockwerke zwei Beamtenwohnungen, sowie Räume für das Fleischbeschauamt. Zur eingehenderen Beratung wurde die Sache einer Kommission überwiesen. — Genosse Pinfeler stellte noch die Anfrage, ob und welche Schritte seitens des Vorstehers gethan sind, damit verhindert wird, daß Fortbildungsschüler wegen Armut bestraft werden, und warum die in Gärtnereien beschäftigten jungen Leute am Fortbildungsschulunterricht nicht teil nehmen. Der Gemeindevorsteher will erst in der nächsten Sitzung Auskunft geben. Öffentlich ist untrer Zufriedenheit! Bei der Reformation der Kommissionen wurden Genosse Vordorf in die Kommission für Begebau und Genosse Pinfeler in die Armenkommission gewählt.

In Johanniethal ist zwischen dem Gemeindevorsteher und der Gemeindevertretung ein Konflikt ausgebrochen, über dessen Einzelheiten man uns schreibt: Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung wiederum mit der Unterbringung des Gemeindebureaus. Der Vorsteher schlug vor, seine an das Gemeindebureau grenzende Wohnung hinzuzunehmen und die gesamten Räume auf mehrere Jahre zu mieten. Der Mietpreis beträgt bei einer Kontraktdauer von drei Jahren 1000 M., hierzu käme dann noch die Mietsentschädigung von 600 M. an den Gemeindevorsteher, so daß die Gemeinde jährlich 1600 M. an Miete zu zahlen hätte. Diesen Vorschlag des Gemeindevorstehers lehnte die Vertretung jedoch ab und beschloß mit 8 gegen 3 Stimmen (Vertreter Dr. Nisch und Ostwald und der Gemeindevorsteher) die Unterbringung des Gemeindebureaus und des Konstitutionsbureaus im Lehrer-Bürogebäude, da hier genügend Räume zur Verfügung stehen und die jährlichen Mietskosten sich um 600 M. geringer stellen. Diesen Beschluß beanstandete der Gemeindevorsteher, weil er seiner Meinung nach das Gemeinde-Interesse verletzt. Die Vertretung wird sich infolgedessen nochmals mit der Sache beschäftigen müssen, doch ist es ausgeschlossen, daß die Gemeindevertretung ihren Beschluß ändert.

Wer zahlt die Bürgersteigkosten in Lichtenberg? Das Oberverwaltungsgericht hatte bekanntlich entschieden, daß mangels einer Oberbahn, die die Anlieger verpflichten könnte, in Lichtenberg bei Berlin die Kosten der Herstellung und Erhaltung der Bürgersteige von der Gemeinde zu tragen seien. Nun haben aber jahrzehntelang in Lichtenberg, einem Gemeindebeschlusse folgend, die Anlieger vor ihren bebauten Grundstücken Bürgersteige herstellen lassen. Diese sind gewillt, die aufgewandten Kosten von der Gemeinde erlattet zu verlangen. Ein Hausbesitzer Gauschild hat den Anfang gemacht und im Verwaltungsstreitverfahren gellagt. Er gewann in allen Instanzen. Das Oberverwaltungsgericht entschied in dieser Erstattungssache endgültig am 30. Mai zu Gunsten des Klägers, indem es die Erstattungspflicht der Gemeinde ansprach. Das kann ja nett werden, wenn alle anderen Anlieger in gleicher Lage dem Beispiel G. folgen.

Bei der Hebung in Döberitz, die Sonnabend vor dem Kaiser stattfand, ist auch der Stadtrumpeter des Leib-Garde-Fusaren-Regiments, Musikdirigent W. Hanne, von einem leichten Schlaganfall getroffen worden, der sich gelttern in scharfer Form wiederholte, so daß der Zustand des Dirigenten Besorgnisse erweckt.

Verfammlungen.

Die Kollkuttcher und Bodenarbeiter Berlins, Sektion der Ortsverwaltung I des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, hielten am 20. Mai im „Englischen Garten“, Alexanderstraße, eine gutbesuchte Versammlung ab. Nach einem beifällig aufgenommenen Referat des Koll. Uthes über: „Die Organisations-Verordnungen der Arbeiter im Mittelalter und jetzt“, wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei den einzelnen Expeditionsfirmen lebhaft besprochen. Die Mißstände sind geradezu ungeheuerlich und spotten jeder Beschreibung. Es wurde konstatiert, daß eine Arbeitszeit von früh 5 Uhr bis nachts 11—12 Uhr gang und gäbe ist. Die Löhne stehen in gar keinem Verhältnis zu dieser langen Arbeitszeit. In vielen Betrieben erhalten die Kuttcher Anfangslöhne von 18 bis 19,50 M. die Woche. Das Transportcomptoir Anhalterbahn zählte den verheirateten Kuttchern 79 M. monatlichen Lohn. Neben der schlechten Entlohnung und der langen Arbeitszeit herrsche bei verschiedenen Firmen noch ein ungeheuerliches Antreibesystem. Vuchhalter und Bodenmeister werden den Kuttchern auf den Touren nachgeschickt, um dieselben zu beobachten, damit sie nicht zu lange frühjücken. Gelegente Chausen existieren für die Kuttcher in keinem

Betriebe. Die Touren der Kuttcher sind gerade gegen Abend sehr ausgedehnt. Oft müssen dieselben bei den Firmen auf die Abholung der Güter noch lange warten, wodurch viel Zeit verloren geht. Wohl oder übel müssen die Kuttcher ihre Touren schaffen. Es sei daher erklärlich, daß die Pferde öfter zu einer schnelleren Gangart angetrieben werden müssen. Sieht das ein Schahmann, so setze es Strafmandate, welche bis auf 30 und 40 M. lauten. Die Bestimmungen über die Sonntagsruhe werden in den meisten Betrieben nicht beachtet. Besonders wurden die Mißstände bei der Expeditionsfirma Reinlauf kritisiert. Der Unternehmer habe vor einigen Tagen eine neue Arbeitsordnung für die Kuttcher erlassen, in welcher sich ein Paragraph befindet, durch den den Arbeitern zugemutet wird sich gegenseitig zu demunzieren. Der nämlich eine Unterbrechung der Arbeitsordnung meldet erhält 1 Mark. Als sich einige Kuttcher weigerten, diese Arbeitsordnung zu unterschreiben, ließ man sie später einzeln ins Comptoir rufen. Der Expedient Genung habe nur die Unterschrift dadurch erzwingen, daß er in der einen Hand die Entlassungspapiere des Befreihenden bereit hielt. Ein Kollege habe aber die Zumutung mit Entrüstung zurückgewiesen und lieber seine Papiere genommen als sich zum Vertreter seiner Mitarbeiter stempeln zu lassen. Einrücklich wurde von allen Rednern auf den Ausbau der Organisation hingewiesen; dies sei unsofern nötig als die Unternehmer durch die Errichtung ihres Arbeitsnachweises genau dieselben Praktiken verfolgen wollen, wie die Kuttchener. Es wurde noch ferner darauf hingewiesen, daß es Aufgabe der Kuttcher sein müsse, danach zu trachten, daß in allen Betrieben einseitliche Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die durch tarifliche Vereinbarungen mit dem Verband fest zu legen seien, wie dies bereits bei der größten Expeditionsfirma Vary u. Co. geschehen ist. Beschlossen wurde, daß in allen Betrieben Vertrauensmänner zu ernennen seien, damit eine einseitliche Bewegung zur Erreichung des genannten Zweckes in die Wege geleitet werden könne.

Es wurde sodann noch lebhaft Klage darüber geführt, daß die Konsumvereine Berlins sowie auch die Filiale der Groß-Einkaufs-Genossenschaft die gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiter nicht genügend berücksichtigen. Hierzu wurde folgende Resolution angenommen:

Die heute im Englischen Garten tagende gut besuchte Versammlung der Kollkuttcher und Bodenarbeiter ersucht die Verwaltung des Verbandes dafür zu wirken, daß die Groß-Einkaufsgenossenschaft und die Konsumvereine ihre Waren nur von solchen Expeditoren und Fuhrherren expedieren lassen, welche mit ihren Kuttchern und Arbeitern den gewerkschaftlichen Tarif vereinbart haben.

Berein der Buchdrucker und Schriftsetzer für Nixdorf-Brig. Sonntag, den 5. Juni, nachmittags 2 Uhr: Versammlung in der Vereinsbräueri, Hermannstraße, um 3 Uhr: Vortrag, wozu die Frauen und Angehörigen der Mitglieder hierdurch eingeladen sind.

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Mittwoch, 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung in G. Feuersteins Festsaal, Alte Jakobstraße 75. Aufnahme neuer Mitglieder. Abrechnung. Geschäftliches. Ausgabe der Karten für die Dampferpartie am 19. Juni nach Reddy. Verschiedenes. Landleute sind willkommen.

Vermischtes.

Der übliche Absurs. Aus Wien wird berichtet: Der bekannte Wiener Hochtourist Thomas R a i s b e r g e r, welcher am Sonntag die Erstbesteigung des Dachsteins über die äußerst schwierige Südwand unternahm, wird seitdem vermisst. Man befürchtet einen Unfall.

Briefkasten der Redaktion.

H. R. 35. Im Orientalischen Seminar, Am Jenghaus 1, erstellt Prof. Lange Leuten mit entsprechender Allgemeinbildung Unterricht in der japanischen Sprache.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 Uhr.

§. 100. 1. Es ist zweckmäßig, dem Antrag ein ärztliches Attest beizufügen. Das Gesuch ist an die Landesversicherungsanstalt zu richten. 2. Rein, nur die Hälfte. — §. 23. Berlin. Sie müssen die Anfragen vollständig wiederholen. Ihr Brief ist sonst nicht ganz verständlich. — 20. In der Regel ist noch eine besondere Erlaubnis, die nur gegen eine neue Standgebühr erteilt wird, erforderlich. — §. 2. 50. In beiden Fällen entscheidet das pflichtgemäße Ermessen der Polizei oder Staatsanwaltschaft. Anträge können Sie an beide Behörden stellen. — R. 5. 5. Ihr Erbrecht richtet sich nach dem vor 1900 gültigen märkischen Erbrecht. Danach hätte Ihre Mutter das Recht gehabt, entweder auf den Nachlaß Ihres Vaters zu verzichten; in diesem Fall fiel der Nachlaß allein den Kindern zu. Oder sie konnte ihr Vermögen mit dem des Verstorbenen zusammenwerfen und von der so gebildeten Masse die Hälfte nehmen, die zweite Hälfte fiel den Kindern zu. Aus den Akten, betr. Auseinandersetzung, muß sich ergeben, welche Art Erbrecht Ihre Mutter genößt hat; je nach dieser Wahl fiel Ihnen 1/2, des Vaternachlasses oder 1/2, des Gesamtvermögens zu. Was Ihre Mutter im Einverständnis des Vaters für sich erwirbt, gehört nicht zum väterlichen Nachlaß. Zu der Annahme, daß steuerrechtlich verlosbarer Betrag oder gar Reineid vorliegt, liegt nicht der mindeste Anlaß vor. Glauben Sie, daß Ihnen nach diesen Darlegungen noch Rechte zulehen, so können Sie gerichtliche Nachlassregulierung beantragen oder klagen. Uebersteigt das Klage-Objekt 300 M., so ist die Bestellung eines Anwalts erforderlich. Zu einem Erbsproch gegen Ihre nächsten Verwandten ist, vom Kostenpunkt abgesehen, nicht zu rathen. — R. 5. 31. Sie können auf Maßnahme der Maschinen, Rückgabe der geleisteten Schräge und Schadenersatz klagen. — Eduard 82. Sie sind zur Alimentenzahlung auch dann verpflichtet, wenn die Mutter des Kindes mit Ihnen verlobt war und es abliebt, Sie zu heiraten. Der Rücktritt von der Verlobung berechtigt Sie keineswegs zu den weitgehenden Ansprüchen, deren Sie Erwähnung thun. Ihnen fehlt, falls Ihre Braut ohne gerechtfertigten, wichtigen Grund von dem Verlöbniß zurückgetreten ist, nur das Recht auf Erstattung der in Erwartung der Heirat gemachten Aufwendungen zu. Außerdem sind die aus Anlaß der Verlobung gemachten Geschenke und die Verlobungsgegenstände (Ringe, Photographien u. dergl.) von beiden Theilen zurückzugeben. So weit sich aus Ihren schriftlichen Darlegungen die Sachlage übersehen läßt, steht Ihnen ein Anspruch auf Erstattung von Aufwendungen nicht zu.

Marktpreise von Berlin am 30. Mai 1904

nach Ermittlungen des Hl. Polizeipräsidiums.

*Weizen, gut D.-Gr.	17,70	17,68	Starkrohrein, neue D.-Gr.	7,00	6,90	
mittel	17,66	17,64	Rindfleisch, Keule 1 kg	1,80	1,70	
gering	17,62	17,60	do. Bauch	1,40	1,30	
*Roggen, gut	12,80	12,79	Schweinefleisch	1,60	1,60	
mittel	12,78	12,77	Rohfleisch	1,80	1,80	
gering	12,76	12,75	Dammfleisch	1,80	1,80	
†Gerste, gut	14,20	13,00	Butter	2,60	2,60	
mittel	12,90	11,80	Vier	60 Stück	3,40	2,40
gering	11,70	10,60	Karpfen	1 kg	2,00	1,40
†Hofen, gut	15,00	14,20	Kale		2,80	1,40
mittel	14,10	13,30	Lander		3,00	1,90
gering	13,20	12,40	Sehste		2,40	1,90
Richtstroh	—	—	Barfche		2,00	1,00
Heu	—	—	Schleie		3,00	1,40
Erbsen	40,00	28,00	Bleie		1,40	0,80
Speisebohnen	20,00	25,00	Krebse	per Schot	16,00	3,00
Linsen	60,00	25,00				

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsüberblick vom 31. Mai 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. in Grad C.	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. in Grad C.
Stinneweide	771	NO	2	10,0	Haparanda	761	N	2	10,0
Damburg	768	NO	2	10,0	Petersburg	769	SW	—	—
Berlin	769	NO	2	10,0	Torj	—	—	—	—
Kranz.a.W.	764	NO	2	10,0	Arbedeen	765	NO	2	10,0
München	768	D	2	10,0	Paris	761	NO	2	10,0
Wien	767	NO	2	10,0					

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 1. Juni 1904.

Wärmer, nelsch heller, bei möglichen südlichen Winden und etwas Neigung zu Gewittern. Berliner Wetterbureau.

Billigste, beste

Sommer-Jacketts

Sommer-Joppen
Lüster-Jacketts
Laden-Joppen



Praktische Fassons für Herren 3.—, 2.—, 1.75 **85 Pt.**
Vielseitigste Auswahl in Stoffen und Farben 6.50, 5.—, 4.—, 3.— **2.25 M.**
Solide, bequeme Tragarten, 11.—, 7.50, 4.50, 3.50 **2.25 M.**

Schul- und Ferien-Anzüge



Solide, praktische Waschestoffe in bequemen, kleidsamen Fassons, 6.—, 5.50, 5.—, 4.50, 4.—, 3.50, 3.—, 2.50, 2.— **1.80 M.**

Stroh-Hüte

Binsen-Hüte 1.50, 85 Pt. | Dickstroh-Hüte 1.05, 1.25, 95 Pt. | Beulen-Hüte 3.25, 2.25, 1.75, 1.25, 75 Pt. | Kniff-Hüte 5.—, 3.50, 1.75, 1.—, 65 Pt.

Baer Sohn

Spezial-Haus grössten Massstabes für Herren- und Knaben-Kleidung
Chausseestrasse 24a-25 * 11, Brückenstrasse 11
Gr. Frankfurter Str. 20

Die 23. Preisliste 1904 wird kostenlos versandt.

Düsseldorfer Lotterie

Zu Gunsten d. St. Rochus-Kirche.
Ziehung schon 4.-11. Juni
15,375 Gewinne i. W. v. Mk.

120 000

Loss à 2 M. — 11 St. 20 M.
(Porto u. Liste 30 Pf.)

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H. Bankgeschäft.
Berlin W., Friedrichstr. 181.
Filialen: (107716)
NW., Wilsnackerstrasse 63
O., Andreasstrasse 46a.
SO., Oranienstrasse 177.

Wissen Sie es schon?

Das Arconafahrräder
sind die besten & billigsten sind

Neue elegante Halbrenner 57, 60, 63, 68 M. mit einjähriger Garantie; mit Freilauf 2,50 M. mehr. Laufdecken 3,00, 3,50, 4,50. Luftschläuche 1,75, 2,50. Pedale 0,90. Ketten 1,00. Acetylenlaternen 1,00. Oellaternen 0,50. Achsen 0,50. Schösser 0,10. Fusspumpen 0,50, 0,75. Gesp. Räder 4,50. Radständer 0,30, 0,50. Zahnkränze 0,30, 0,50. Kettenräder 2,50. Schalen 0,30 etc. — Vertreter überall gesucht. Angenehmer Nebenverdienst. — Nähmaschinen 37 M. 5 Jahre Garantie. Ernst Machnow, Arconafahrräderwerke, Berlin N., Arconaplatz 1. 5380L*

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben

größte Auswahl in in- u. ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Beinkleider etc., werden unter Garantie des guten Stiches zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Zuschneid bei A. Karle, Waldemarstr. 66.

Sportwagen

auffallend billig, direkt aus Fabrik. Sportwagen zum Liegen einstellbar, zugleich Kinderwagen. Luxusportwagen edelster Rohrbildarbeit und einfachste Sportkarren. 1. Treiber, Grüns 134 große, St. Kinderwagenfabrik Sachsen. Wahl: Burenkant mit 10% Rabatt oder Teilzahlung beim Katalogverlangen.

Höchste Anerkennungen für vorzügliche Leistungen.

Täglich: Maitrank!

aus frischen Kräutern bester Zubereitung
a Fl. 60 Pf., 10 Fl. 5.50, 25 Fl. 12.50
empfiehlt und versendet in nur bester Qualität und ebenso alle Sorten Obstweine, Apfelweine zur Kur, Fruchtsäfte etc.

Obstweinkellerei und Likörfabrik Georg Andree

Berlin C., Prenzlauerstr. 1/2
am Prenzlauer Thor.
Man verlange Preisliste.

Villen-Kolonie Nieder-Schönhausen

Baustellen in schönster Lage Nieder-Schönhausens an vollständig regulierten Straßen mit Gas- und Wasserleitung; nur hochliegendes, trodenes Land, per □-St. von 85 M. an. 46192*

Auskunft jederzeit im Bureau, Kaiserweg 3, Nieder-Schönhausen.

Gegen Monatsraten von 2 Mk.

an liefern wir

Musikwerke
selbstspielende sowie Drehinstrumente mit auswechselbaren Metallnoten von 15 Mk. aufwärts.

Accordeons
in sehr reicher Auswahl, sehr preiswerte Instrumente in allen Preislagen.

Phonographen
nur erstklassige, vorzüglich funktionierende Apparate von 20 Mk. aufwärts. Bespielte und unbespielte Walzen Ia. Qualität.

Zithern
aller Arten, wie Accord-, Harfen-, Duett-, Konzert-, Gitarro-Zithern etc.

Bial & Freund in Breslau II.

Illustrierte Kataloge auf Verlangen gratis und frei.

WURM'S NaturAroma Limonade IN PASTA

gibt Er-Quick Dich zu

2 Glas Citrone 10 St.

in Zuckerconcentrat. Geschlich geschützt.

erhältlich in den Colonialwaren-, Drogen- etc. Handlungen.
Glasweise à 10 St. in den Restaurationen.

Adresse nur für Wiederverkäufer: Apotheker A. Wurm, SO. Michaelkirchstr. 20. Amt 4 Telephon 2745.

8 Tage.

Nach beendeter Saison haben wir verschiedene Posten Herren- und Knaben-Garderoben, welche teils fehlerhaft, teils infolge des Modewechsels unmodern geworden sind, überhaupt sämtliche Waren, die die kleinsten Mängel aufweisen, andrängert und im Preise teilweise bis unter die Hälfte des Selbstkostenpreises herabgesetzt. Darunter befinden sich auch ganz hervorragende Modell-Kleidungsstücke und verpackte Bekleidungen.

Der Verkauf dieser zurückgesetzten Kleidungsstücke beginnt am 1. Juni und endet am 8. Juni.

Herabgesetzt sind folgende Posten:

Jackett-Anzüge , bisherige Preise 18 bis 40 M., jetzt durchweg 12.— M.	Stoff-Hosen , bisherige Preise 3 bis 9 M., jetzt 1,75, 2,50, 3.— M.
Jackett- u. Rod-Anzüge , bisherige Preise 22 bis 45 M., jetzt 15.— M.	Burschen-Anzüge u. Paletots , für das Alter von 15 bis 18 Jahren, frühere Preise 15.— bis 23.— M., jetzt 9.— M.
Rod- u. Gehrock-Anzüge , dunkelgrau, sehr vornehm, besonders empfehlenswert, bisherige Preise 25 bis 45 M., jetzt 18.— bis 22.— M.	Knaben-Anzüge u. Paletots , für das Alter von 9 bis 14 Jahren, bisherige Preise 9.— bis 15.— M., jetzt durchschnittlich 6.— M.
Paletots , bisherige Preise 16 bis 42 M., jetzt 6, 9, 12, 15.— M.	Wash-Anzüge , für das Alter 14 Jahren, durchweg 2,50 M.
Loden- u. Wash-Joppen , durchweg 1.— M.	Wash-Hosen , für dasselbe Alter, 1 M.
Lüster-Jacketts , 1,25 M.	Knaben-Anzüge , für das Alter von 2 bis 9 Jahren, frühere Preise 5 bis 9 M., jetzt 2,75, 4.— M.

Die Preise halten wir nur die 8 Tage anrecht.

Wir bitten höflich, dem Verkäufer zu sagen, wenn zurückgesetzte Sachen gewünscht werden. Die Preise sind streng fest und auf jedem Gegenstande in Zahlen deutlich sichtbar.

Heitinger & Co. Deutsche Compagnie

Oranienstr. 40-41. Berlin SO. Oranienstr. 40-41.

5. Internationaler Handschuhmacher-Kongress.

Stuttgart, 26. Mai 1904.

Niepeloh gibt ein Referat über die Krise in der Handschuhindustrie Europas und die Entwicklung der Handschuhfabrikation in Amerika.

Die deutsche Handschuhindustrie hat in gewissen Perioden immer einen schlechten Geschäftsgang aufzuweisen. Es kommen dafür in Betracht die Jahre 1874, 1886, 1889, 1890, 1893, 1896 und die Zeit von 1900 bis 1903. Die Krisen kehren regelmäßig und heftiger in ihrer Wirkung wieder.

Zurückzuführen ist die ungünstige Lage der Handschuhindustrie in der Hauptsache auf das Nachlassen des deutschen Exports nach den Vereinigten Staaten. Die Handschuhindustrie des Kontinents ist auf den Export nach Amerika zugeschnitten, der aber seit 1896 einen Rückgang aufweist.

Anderswärts hat auch Deutschlands Ausfuhr gewirkter Handschuhe nach Amerika eine enorme Steigerung erfahren. Sie betrug im Jahre 1900 auf 11 002 000 M., 1903 dagegen auf 17 502 000 M.

Die Dinge liegen, ist zu erwarten, daß unter den Fabrikanten ein Konkurrenzkampf entbrennen wird, der mit der Beengung des Absatzgebietes an Heftigkeit zunehmen dürfte.

Es könnte daher den Handschuhmachern aller Länder nur zugerufen werden, Organisationen zu gründen, die bestehenden auszubauen und zu festigen.

Nedner wendet sich dann der Lehrlingsfrage zu. Die deutsche Organisation sei schon seit ihrem Bestehen darauf bedacht, die Zahl der Lehrlinge auf ein vernünftiges Maß zu beschränken.

Trotz hält nach dem ausführlichen Referat eine längere Diskussion für Selbstverständlichkeit und spricht den Wunsch aus, man möge die Kollegenorganisation in Amerika auffordern, der internationalen Vereinigung beizutreten.

Anderswärts wurde betont, daß man auch verlangen solle, der dortige Verein möge seinen Beschluß, 400 M. Eintrittsgeld zu erheben, rückgängig machen.

Trotz teilt zur Lehrlingsfrage mit, in Brüssel dürfe nicht einmal der Gehilfe seinen Sohn in die Lehre nehmen. Er fordert, daß der Kongress sich energig gegen jedes Ansehen ausspere.

Berhaert sagt, die schlechte Lage der Gehilfen während der Krise werde mithelfen, die Lehrlingszahl zu beschränken; in Frankreich beschäufte sich die Organisation ebenfalls mit dieser Angelegenheit.

Anderson: In Schweden habe die Organisation erreicht, daß die Lehrlinge gut bezahlt werden. Im letzten Lehrjahre erhalten die jungen Leute fast den Lohn eines Gehilfen.

Für Dänemark kann Zimmer feststellen, daß nur sechs Lehrlinge vorhanden sind; neue werden nicht mehr angenommen.

Gikel erwidert Anderson, es könne recht hübsch, eine hohe Bezahlung der Lehrlinge zu fordern. Durchsetzen könne man diese Forderungen aber nur, wenn man die Macht dazu besitze.

Wasner: Ein sehr wirksames Mittel sei, die Lage der Handschuhmacher öffentlich zu schildern, wie sie ist. Dieses traurige Bild werde die Eltern abhalten, ihre Kinder diesem Beruf zu übergeben.

Es wird dann zum Referat Niepelohs eine Resolution angenommen, welche es allen Kollegen zur Pflicht macht, starke und leistungsfähige Central-Organisationen zu schaffen.

1. den Berufsgenossen in jeder Bedrängnis zur Seite zu stehen und insbesondere auch die Arbeitslosen des Berufs zu unterstützen; 2. starke Widerstandsfonds anzusammeln, um aus eigener Kraft allen Bestrebungen auf Herabsetzung und Bedrückung der wirtschaftlichen Lage ganz energig entgegenzutreten zu können.

Der fünfte internationale Kongress der Handschuhmacher wünscht den streikenden Kollegen in Groversville besten Erfolg. Er hofft, daß dieser Kampf zum völligen Zusammenschluß aller Kollegen in Amerika führt und giebt der Erwartung Ausdruck, die amerikanische Organisation bald als Mitglied der Internationalen Vereinigung begrüßen zu können.

Der Kongress protestiert aber energig dagegen, daß die Organisation in Amerika selbst organisierten Handschuhmachern durch Forderung eines Eintrittsgeldes von 100 Dollar den Zutritt unmöglich macht und ersucht um schleunigste Aufhebung dieser Maßregel.

Der Kongress sendet ferner auch den englischen und italienischen Kollegen brüderliche Grüße mit dem Ausdruck des Bedauerns darüber, daß diese Kollegen nicht vertreten waren.

Der Kongress hofft auch die Organisationen dieser Länder bald in dem Internationalen Bruderverbande als Mitglieder zu sehen.

Zur Lehrlingsfrage werden drei Resolutionen angenommen, die sich für eine energigste Bekämpfung der Lehrlingszuchterei aussprechen und bessere Bezahlung der Lehrlinge fordern.

Damit sind die Arbeiten des Kongresses beendet. Es entspinnt sich noch eine längere Debatte darüber, in welcher Form das Protokoll über die Kongressverhandlungen veröffentlicht werden soll.

Im Bericht vom 23. Mai muß es bei Marshall heißen: Die Vergütung, welche er erhalten, betrage 20—30 Frank monatlich, während sein Vorgänger 45 Frank pro Woche erhalten habe.

Im Bericht in Nr. 122 muß es in der 6. Zeile von unten heißen: Daß drei Viertel der Kollegen Groversville schon ein- oder mehrmals einer Organisation angehört.

15. Verbandstag der deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Dunker).

Hannover, den 30. Mai 1904.

Siebenter Verbandstag (Schluß).

Die Beratung der Anträge zum „Verbandsstatut“.

Ausbreitungs- und Ortsverbände, wurde fortgesetzt. Zu § 51 „Abwehr von Angriffen“ wurde beschlossen, daß „besonders energig zu den unwahren und verleumderischen Auslagen seitens der sozialdemokratischen Gewerkschaften über unsre Organisation“ Stellung genommen wird.

Betreffs der „Ausbreitungsverbände“ wurde folgende Resolution Hegler-Jordan angenommen: „Zur Durchführung einer energigen Agitation können sich für größere zusammenhängende Bezirke Ausbreitungsverbände bilden und zwar für folgende Bezirke: Rheinland-Westfalen, Süddeutschland, Mitteldeutschland, Schlesien mit Posen, Brandenburg mit den östlichen Bezirken.“

Die Abhaltung von Bezirksversammlungen wurde der Entscheidung der Ortsverbände überlassen und daher ein Entschluß des Verbandstages abgelehnt.

Ueber „Verschiedene Anträge“ referierte Sandner-Potsdam (Fabrikarbeiter). Zunächst handelt es sich um die Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag in drei Jahren.

Ueber „Verschiedene Anträge“ referierte Sandner-Potsdam (Fabrikarbeiter). Zunächst handelt es sich um die Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag in drei Jahren.

Ueber „Verschiedene Anträge“ referierte Sandner-Potsdam (Fabrikarbeiter). Zunächst handelt es sich um die Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag in drei Jahren.

Ueber „Verschiedene Anträge“ referierte Sandner-Potsdam (Fabrikarbeiter). Zunächst handelt es sich um die Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag in drei Jahren.

Ueber „Verschiedene Anträge“ referierte Sandner-Potsdam (Fabrikarbeiter). Zunächst handelt es sich um die Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag in drei Jahren.

Ueber „Verschiedene Anträge“ referierte Sandner-Potsdam (Fabrikarbeiter). Zunächst handelt es sich um die Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag in drei Jahren.

Ueber „Verschiedene Anträge“ referierte Sandner-Potsdam (Fabrikarbeiter). Zunächst handelt es sich um die Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag in drei Jahren.

Ueber „Verschiedene Anträge“ referierte Sandner-Potsdam (Fabrikarbeiter). Zunächst handelt es sich um die Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag in drei Jahren.

Ueber „Verschiedene Anträge“ referierte Sandner-Potsdam (Fabrikarbeiter). Zunächst handelt es sich um die Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag in drei Jahren.

Ueber „Verschiedene Anträge“ referierte Sandner-Potsdam (Fabrikarbeiter). Zunächst handelt es sich um die Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag in drei Jahren.

Ueber „Verschiedene Anträge“ referierte Sandner-Potsdam (Fabrikarbeiter). Zunächst handelt es sich um die Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag in drei Jahren.

Ueber „Verschiedene Anträge“ referierte Sandner-Potsdam (Fabrikarbeiter). Zunächst handelt es sich um die Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag in drei Jahren.

Ueber „Verschiedene Anträge“ referierte Sandner-Potsdam (Fabrikarbeiter). Zunächst handelt es sich um die Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag in drei Jahren.

Ueber „Verschiedene Anträge“ referierte Sandner-Potsdam (Fabrikarbeiter). Zunächst handelt es sich um die Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag in drei Jahren.

Ueber „Verschiedene Anträge“ referierte Sandner-Potsdam (Fabrikarbeiter). Zunächst handelt es sich um die Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag in drei Jahren.

Ueber „Verschiedene Anträge“ referierte Sandner-Potsdam (Fabrikarbeiter). Zunächst handelt es sich um die Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag in drei Jahren.

Ueber „Verschiedene Anträge“ referierte Sandner-Potsdam (Fabrikarbeiter). Zunächst handelt es sich um die Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag in drei Jahren.

Ueber „Verschiedene Anträge“ referierte Sandner-Potsdam (Fabrikarbeiter). Zunächst handelt es sich um die Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag in drei Jahren.

Ueber „Verschiedene Anträge“ referierte Sandner-Potsdam (Fabrikarbeiter). Zunächst handelt es sich um die Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag in drei Jahren.

Ueber „Verschiedene Anträge“ referierte Sandner-Potsdam (Fabrikarbeiter). Zunächst handelt es sich um die Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag in drei Jahren.

Ueber „Verschiedene Anträge“ referierte Sandner-Potsdam (Fabrikarbeiter). Zunächst handelt es sich um die Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag in drei Jahren.

Ueber „Verschiedene Anträge“ referierte Sandner-Potsdam (Fabrikarbeiter). Zunächst handelt es sich um die Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag in drei Jahren.

Ueber „Verschiedene Anträge“ referierte Sandner-Potsdam (Fabrikarbeiter). Zunächst handelt es sich um die Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag in drei Jahren.

Wieder wurde, wie im ersten Termin, von Nachbarinnen beklundet, daß sie zwar keine Mißhandlung gesehen, aber das Kind oft und lange schreien gehört und Mißhandlung angenommen hätten.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Fleißmann, hielt für erwiesen, daß das Kind „mehr geschlagen worden sei, als nötig war und als es vertragen konnte“.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Die Angeklagte sah sich deshalb freizupreisen, weil sie das Recht und sogar die Pflicht gehabt habe, vermeintliche Mißhandlungen anzuzeigen.

Aus der Frauenbewegung.

Mirdorf, Verein gewerblich tätiger Frauen und Mädchen von Wirdorf und Umgegend. Am 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale Thiel, Vergstr. 151, die Versammlung des Vereins statt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 25. Heft des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Eine Bergpredigt. — Der heilige Franz von Assisi. Ein Revisionist des mittelalterlichen Kommunismus. Von Karl Kautsky. — Die Kartelle in Theorie und Praxis. Von Heinrich Cunow. (Fortsetzung). — Der Parteitag der amerikanischen Sozialdemokratie. Von Ernst Untermyer. Chicago. — Literarische Rundschau: H. Lindemann, Arbeiterpolitik und Wirtschaftspolitik in der deutschen Städteverwaltung. Zwei Bände. Band I: Arbeiterpolitik. Band II: Wirtschaftspolitik. Von Paul Hirsch. Morris Rosenfeld, „Nieder des Ghettos“. Von Julie Jabel. — Notizen: Lassalle und Bahlschlag. Von F. Weidling. Der erste internationale Kongress für Schulgesundheitspflege. Von Heinrich Schulz.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Vordrucken stehen jederzeit zur Verfügung.

Von den „Documenten des Sozialismus“, herausgegeben von Ed. Bernstein (Stuttgart, Dieß Verlag), ist soeben das 5. Heft des IV. Bandes erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: I. Kritische Bibliographie des Sozialismus. — II. Aus der Geschichte des Sozialismus. Sanft Mar. Aus einem nachgelassenen Werk von Marx-Engels über Max Stirner. Bericht der Kommission zur Abänderung des Programms der Arbeiterpartei in Holland. — III. Urkunden des Sozialismus. Wahlzettel vom Reichstags-Wahlkampf 1903. 1. Ein Centrumswahlzettel gegen die Sozialdemokratie. 2. Ein sozialdemokratischer Wahlzettel gegen die Centrumspartei. Sozialistische Manifeste zum russisch-japanischen Krieg. 2. Ein Manifest der Polnischen Sozialistischen Partei. — IV. Der Sozialismus in der Reichspressen.

Die „Documente des Sozialismus“ erscheinen monatlich einmal und sind durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 2,25 M. pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 75 Pf.

In der Zeitungspreisliste der Postanstalten sind die „Documente“ unter Nr. 2206 eingetragen, jedoch ist bei der Post nur Quartals-Abonnement zulässig.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag), ist uns soeben die Nr. 12 des 14. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Klassenlage und Körperverfassung. — Die Arbeiterinnen dabei. Von Gulba Mautendreher. — Seimarbeit in der Straßenbahn. Von Frida Wulff-Dein. — Aus der Bewegung. — Im Reiche des Heberlebens. Von Hedwig Kiesel. — Familienrat: Wie ich eine landwirtschaftliche Stellung erlangte. Von Mari Wain. — Kollegentel: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf.

Der „Wahre Jakob“ hat soeben die 12. Nummer seines 21. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Wie das Kohlenfundament im Ruhrrevier um das Gersteinenwohl bemüht ist“ und „Doppelverleumdung“, ferner die Illustrationen „Stumm geht ein“, „Im Fort Arthur“, „Bauberser“, „Der beim langen Hölzer hantieren“, „Händehaken“, „Entwürfe zu neuen Staatswappen für Bayern und Preußen“, „Ach so!“, „Desterreich“ und „Die Wirkung einer Beschlagnahme auf der Reichsanlage“. Der letzte Teil bringt die Ge-

Gerichts-Zeitung.

Die städtische Waisenverwaltung auf der Anlagengasse.

Eine private Verleumdungssklage, die aus einer Anzeige wegen vermuteter Mißhandlung eines Waisenkindes entstanden war, wurde am Montag vor dem Schöffengericht in Moabit zu Ende geführt. Die Sache war nach einem ersten Termin vertagt worden, weil eine wichtige Zeugin wegen Krankheit fehlte; wir haben am 21. April über jene Verhandlung berichtet.

Alägerin war Frau Schürer, Wilsbald Heroldstraße 11, der ein Knabe Herbert Schlegel von der städtischen Waisenverwaltung in Pflege gegeben worden war. Verlagt war Frau Jahn, die auf Grund eines im Hause umlaufenden Gerüchtes dem Waisenknaben mitgeteilt hatte, daß Frau Sch. dieses Kind übermäßig schlägt. Das Urteil aber richtete sich gegen die Waisenverwaltung bezüg. gegen ihre verantwortlichen Organe.

Es Frau Sch. wies das Kind übermäßig geschlagen, ob sie es mißhandelt hatte, konnte auch diesmal nicht aufgeklärt werden.

Die „Socialistischen Monatshefte“ (Administration: Berlin SW. 19) (Beitrag 2) haben seiden das Juni-Heft ihres 10. Jahrganges erschienen lassen. Aus dem Inhalt derselben heben wir hervor: Ad. Bernheim: Vom Wert des Parlamentarismus. — Adolf v. Elm: Unternehmertum und Arbeiter. — Georg Schmidt: Die Arbeiter. Ein Wort zum internationalen Kongress. — Wilhelm Koll: Ueber Verfassungspolitik. — Dr. Arthur Schulz: Agnes Niesel. — Walter Hepler: Probleme des Frauenlebens. — Edmund Fischer: Freiheit, Demokratie, Disziplin. — Wilhelm Düssel: Ueber die Lage der Arbeiter im Ruhrgebiet. — Wirtschaft von Max Schuppel. — Politik von Richard Calmer. — Socialpolitik von Paul Kampffmeyer. — Socialkommunalpolitik von Dr. Hugo Lindemann. — Socialistische Bewegung von Hugo Boehl. — Gewerkschaftsbewegung von Ernst Reinhardt. — Genossenschaftsbewegung von Gertraud David. — Geistige Bewegung von Ernst Roth. — Frauenbewegung von Henriette Fürth. — Geschichtswissenschaften von Paul Kampffmeyer. — Bildende Kunst von Anna Plehn. — Buchbesprechungen.

Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf.; vierteljährlich 1,50 M. In Beziehung auf alle Buchhandlungen, Kolportage und durch jede Postanstalt. Ferner direkt durch den Verlag der „Socialistischen Monatshefte“, Deutschstr. 2, Berlin SW. (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossener Couvert). Brochüre stehen an Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

Die deutsche Reichsverfassung. Vorträge von Eugen v. Jagemann. Heidelberg, Carl Winters Universitätsbuchhandlung, 1904.

Dr. Max Salomon. Tuberkulose als Volkskrankheit, ihre Bekämpfung durch Verhütungsmassnahmen. Preis 1 M. Verlag S. Karger, Berlin, Karlstr. 15.

Deutschland und Rom. Ein historischer Rückblick von Richard Graf Du Roulin-Skari, ordentl. Professor der Geschichte an der Igl. Technischen Hochschule zu München. 215 Seiten gr. 8°. Preis gebunden 3 M. München, J. F. Lehmanns Verlag.

Eduard Vogt. Das Staatsrecht des Deutschen Reiches. 3. Aufl. 2 Bände. Preis des Werkes ungebunden 12,50 M.; in elegantem (solidem) Lederband 14 M. Stuttgart 1904. Druck von Glosier u. Sulz.

Arbeitersekretariat Dresden. Jahresbericht nebst Bericht der Aufsichtskommission und Stand der Dresdener Gewerkschaften 1903. 55 Seiten. Selbstverlag des Arbeitersekretariats Dresden.

Fritz Wirth. Die Umwertung aller Werte. Preis 3 M. Berlin 1904. J. Harnisch Nachf., Friedrichstr. 16.

Reichshof-Bericht des Verbandes deutscher Buchdrucker (Ost-Rheinland-Bezirk) pro 1903. 87 Seiten. Essen 1904. 87 Seiten. Essen 1904. Ewald Müller, Rheinischstr. 8.

Verwaltungs-Bericht der Orts-Krankenkasse der Gastwirte und verwandten Gewerbe zu Berlin für das Jahr 1903. 16 Seiten. Berlin 1904. Paul Singer u. Co., Verlagsanstalt.

Uebersicht Neues deutsches Rechtschreibwörterbuch. Mit Rechtschreibregeln, kurzen Wort- und Sachklärungen, Verbeugungen der Fremdwörter und sprachlichen Hinweisen aller Art. Auf Grund der neuen gemeindeutschen Rechtschreibung nach der Einheitschreibung des Buchdrucker-Verbandes bearbeitet. Zweite, verbesserte Auflage. Mit etwa 50 000 Stichwörtern. Preis in Leinwand gebunden 1 M. 50 Pf. — 1 K 80 H. Verlag von G. Freytag in Leipzig und F. Tempsky in Wien.

H. Schwalbe. Allgemeines Rechts- und bairische Rechtsform. 55 Seiten. Verlag Eugen Grunthaus, Kaiserlautern.

Zweiter Bericht des Hamburger Gewerkschaftsartells und dritter Bericht des Arbeitersekretariats Hamburg. Geschäftsjahr 1903. 216 Seiten. Selbstverlag des Hamburger Gewerkschaftsartells.

G. von Kreichmann. Kriegsberichte. Herausgegeben von Lily Braun, geb. von Kreichmann. IV. Aufl. 354 Seiten. Stuttgart 1904. Verlag von Greiner u. Pfeifer.

Geschäfts-Bericht der Besatzungskassen Pflanzungs-Gesellschaft „Victoria“ Berlin und Victoria (Kamerun) für 1903. 10 Seiten.

Dr. Bernd. Kandidatur des Herzogs Karl August von Sachsen-Weimar für den ungarischen Königsthron. (1780). Preis 50 Pf. Weimar 1904. Verlag Hermann Große.

Jahres-Bericht der Arbeiter-Bildungsschule — Berlin über ihre Tätigkeit vom 1. April 1903 bis 31. März 1904. Berlin 1904. Schullokal: Engel-Str. 15, Gewerkschaftshaus.

Dr. Paul Reinhardt. Kann Deutschland Weltpolitik treiben? 2. Auflage. Preis 40 Pf. Hermann Große, Verlags-Buchhandlung Weimar. Gegenüber dem Schillerhaus.

Hans Buchmann. Der Kaufmann und die englische Arbeitszeit. Preis 1 M. Berlin 1904. C. Regenhardt, Kurfürstenstr. 37.

Zehnter Jahresbericht der Deutschen Orient-Gesellschaft zu Berlin. 29 Seiten. Berlin 1904.

Vortschritt, sozialer. Heft 12/13: Rappin, Anna: Errichtung von Wöchnerinnenheimen und Säuglingskassen, eine soziale Notwendigkeit, eine nationale Pflicht. — Heft 15/16: Keeser, W. V.: Das politische Wahlrecht der Frauen in Australien. Deutsch von R. Grazer. Herausgegeben von L. Kausler. — Jedes Doppelheft 30 Pf. Leipzig, Felix Dietrich.

Arthur Heulhard. Ta e Petrus. L'Histoire et la légende. 334 Seiten. Paris, Librairie illustrée. J. Tallandier, Editeur. 8, Rue Saint-Joseph.

The Christ Myth. By Elizabeth E. Evans. Preis 25 cents. The Truth Seeker Company, 28 Lafayette Place, New-York.

Die Rheinische Mission und der Hetero-Kultus. Preis 20 Pf. Barmen, Missionshaus, 1904.

Hilgers illustrierte Volksbücher. Band 4. Allgemeine Weltgeschichte von Hans Blumenthal, Dr. phil. Hermann Hilgers Verlag. Berlin—Eisenach—Leipzig. Preis 30 Pf.

Der Städtebau. Monatschrift für die künstlerische Ausgestaltung der Städte nach ihren wirtschaftlichen und sozialen Grundfragen. Heft 6. 1. Jahrgang. Verlag von Ernst Wasmuth, Berlin, Markgrafstr. 35. Preis des Jahrganges 20 M.

Religionsgeschichtliche Volksbücher für die deutsche christliche Gegenwart. Herausgegeben unter Mitwirkung namhafter akademischer und praktischer Fachleute von Lic. theol. Dr. Michael Schiele-Warburg. 1. Heft: Die Quellen des Lebens Jesu von Professor D. Paul Bernheuer (92 Seiten). Gebauer-Schwetsche, Halle a. S. Preis 40 Pf.

Hilgers illustriertes Frauen-Jahrbuch. Kalender, Netz- und Kochschlagebuch. Preis: brosch. 1 M., geb. 1,50 M. Verlag Hermann Hilgers, Berlin W. 9, Königgräberstr. 7.

Sub oder Wadel. Unerhörte Naturwahrheiten. Von Joe Beal. Wien, 1904. (Selbstverlag).

Dritter Jahresbericht des Arbeiter-Sekretariats Bremen. Nebst Bericht über den Stand, Leistungen und wirtschaftliche Kämpfe der Gewerkschaften, das Gewerkschaftsartell und das Gewerbegericht. 127 Seiten. Selbstverlag Arbeiter-Sekretariat Bremen.

Philipp Wittkop. Die Organisation der Arbeiterbildung. Eine Kritik und Verknüpfung sämtlicher Arbeiterbildungsbestrebungen. Preis 2,50 M. Verlagsbuchhandlung Franz Siemenroth, Berlin W. 57, Dennewitzstr. 2.

Weyde, Rechtschreib-Wörterbuch. Gleichzeitig ein Rechtschreib-, Fremd- und Sachwörterbuch. 2. Auflage. 50 000 Stichwörter. Preis 1,50 M. Verlag von G. Freytag, Leipzig, Bräderstr. 23.

Proletarische Bergpredigt. Von J. Karmeluf. 12 Seiten. Jülich, Kommissions-Verlag der Grüll-Buchhandlung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 1. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Opernhaus. Die Messiasinger von Nürnberg. Anfang 7 Uhr.
Neues Oper-Theater. Madame Sherry.
Deutsches. Die verurteilte Mode. Berliner. Der jüngste Lieutenant. Vespina. Ein pietätloser Mensch. Das Fest des St. Katern. Die Lore.
Westen. Opern-Vorstellung des Sternschen Konservatoriums.
Belle-Alliance. Kam'rad Lehmann. Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Pauline.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Das Heiratsnest.
Neues. Einen Zug will er sich machen.
Kleines. Fräulein Julie.
Reisens. Die 300 Tage.
Trionan. Geschlossen.
Central. Die bezähmte Wilder-Heinrich.
Carl Weiß. Die Jandere am Stein.
Gebr. Herrnsfeld. Gastspiel der Legation. Der Prozeßhansl.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Winter-Garten. Specialitäten.
Apollo. Liebesgötter. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säger.
Vassage-Theater. Specialitäten.
Irania. Tantenstraße 48/49. Um 8 Uhr: Die Insel Rügen.
Invalidentheater 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater.
Abends 8 Uhr zu ermäßigten Preisen:
Bezähmte Widerspenstige.
Lustspiel in 4 Akten v. Schaferspeare.
Kathken: Paula Klär a. G.
Donnerstag: Dieselbe Vorstellung.
Freitag und Sonnabend: Raub der Sabinerinnen mit Josefina Dora und Emil Richard als Gäste.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a—5.
Einen Jux will er sich machen.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Polkas und Melodien.
Belle-Alliance-Theater.
Im Theater:
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Kam'rad Lehmann
mit Guido Thielscher in der Titelrolle.
Radmittags im leuchtend illuminierten Sommergarten:
Grosses Max Schmidt-Konzert.
Um 8 Uhr:
Grosse Specialitäten-Vorstellung.
Miss Alex mit ihrer Automobili-Schleifenbahn. — Entfaltungen der Schein-Ringlampen. — Sensationell!

Metropol-Theater
Der grösste Erfolg dieses Jahres:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Hollaender. Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtasyl.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Nachtasyl.**

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch abends 8 Uhr:
Pauline.
Berliner Komödie in drei Akten von Georg Hirschfeld.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Lumpacivagabundus.
Freitag abends 8 Uhr:
Lumpacivagabundus.

Neue Welt. Arnold Scholz.
Jeden Mittwoch:
Grosses Kinder-Freuden-Fest
verbunden mit Bunsouren, Fackelpolonaie u. Gratisverlosung.
Hauptgewinn für Mädchen: Eine silberne Damen-Uhr
Hauptgewinn für Knaben: Eine silberne Herren-Uhr
Gala-Specialitäten-Vorstellung
Anfang: 4 Uhr. Höchst komisches Programm. Entree: 15 Pf.
Morgen Donnerstag: **Elite-Tag! Militär-Konzert.**

Max Kliem's Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. — Artistic Leitung: Paul Mühlitz.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.**
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Regelbahnen, Würfelbahnen, Standtücher, Blumenstand etc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

Kloster-Garten
am Spandauer Schiffahrtkanal, direkt am Jungfernsteg. Stadt- und Ringbahn-Station Bahnhof Neustadt, elektrische Strassenbahn Nr. 12 Wörthner Bahnhof-Hörsing.
Heute **Grosses Militär-Konzert** d. Berliner Jugendwehr bei freiem Entree.
Grosses Kinder-Freudenfest.
Im Niesen-Ball unter Leitung des Tanzmeisters Herrn Max Fuss.
Große verbede Gassen. Zwei Regelbahnen. Volksbelustigungs-Plan. W. Pasternacki.
10835

Urania. Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Insel Rügen.
Sternwarte invalidenstr. 57/62.

D. CASTAN'S PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Die vielbewunderten zusammengewachsenen **Schwestern**
Rosa und Josefa!
!! einzig dastehend in der Welt!!

Passage-Panoptikum.
Der phänomenale Rosenknecht:
Der lange Joseph.
16 Jahre alt, 217 cm hoch.
Aga, die schwebende Jungfrau.

Carl Weiss-Theater.
Bürgerliches Schauspielhaus. Große Frankfurterstr. 132.
Die Zauberin am Stein.
Volksdrama in 4 Akten v. J. Hoff. Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Im Garten: Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung. Zum erstenmal: Auto Atlas, der härteste Mann der Welt. Derselbe hebt mit seinen Zähnen ein Automobil. Anf. 5 1/2 Uhr.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Mittwoch abends 8 Uhr:
Das Heiratsnest.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Gust. David.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Die Wildente.
Freitag abends 8 Uhr:
Die Wildente.
Im Garten täglich gr. Militär-Konzert.

Neue Welt. Arnold Scholz.
Jeden Mittwoch:
Grosses Kinder-Freuden-Fest
verbunden mit Bunsouren, Fackelpolonaie u. Gratisverlosung.
Hauptgewinn für Mädchen: Eine silberne Damen-Uhr
Hauptgewinn für Knaben: Eine silberne Herren-Uhr
Gala-Specialitäten-Vorstellung
Anfang: 4 Uhr. Höchst komisches Programm. Entree: 15 Pf.
Morgen Donnerstag: **Elite-Tag! Militär-Konzert.**

Max Kliem's Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. — Artistic Leitung: Paul Mühlitz.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.**
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Regelbahnen, Würfelbahnen, Standtücher, Blumenstand etc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

Kloster-Garten
am Spandauer Schiffahrtkanal, direkt am Jungfernsteg. Stadt- und Ringbahn-Station Bahnhof Neustadt, elektrische Strassenbahn Nr. 12 Wörthner Bahnhof-Hörsing.
Heute **Grosses Militär-Konzert** d. Berliner Jugendwehr bei freiem Entree.
Grosses Kinder-Freudenfest.
Im Niesen-Ball unter Leitung des Tanzmeisters Herrn Max Fuss.
Große verbede Gassen. Zwei Regelbahnen. Volksbelustigungs-Plan. W. Pasternacki.
10835

Urania. Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Insel Rügen.
Sternwarte invalidenstr. 57/62.

D. CASTAN'S PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Die vielbewunderten zusammengewachsenen **Schwestern**
Rosa und Josefa!
!! einzig dastehend in der Welt!!

Passage-Panoptikum.
Der phänomenale Rosenknecht:
Der lange Joseph.
16 Jahre alt, 217 cm hoch.
Aga, die schwebende Jungfrau.

Carl Weiss-Theater.
Bürgerliches Schauspielhaus. Große Frankfurterstr. 132.
Die Zauberin am Stein.
Volksdrama in 4 Akten v. J. Hoff. Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Im Garten: Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung. Zum erstenmal: Auto Atlas, der härteste Mann der Welt. Derselbe hebt mit seinen Zähnen ein Automobil. Anf. 5 1/2 Uhr.

W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Täglich:
× Theater und Specialitäten. ×
Anfang: Doxentags 6 Uhr, Sonntag 5 Uhr. Entree 30 Pf. Kaffeeküche von 3 Uhr ab geöffnet.
Donnerstag, Sonnabend u. Sonntag: **Großer Ball.**
Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saal.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen. Badstr. 58.
Täglich:
Die Tochter des Heimkehrten.
Sensations-Ausstattungsstück mit Gesang und Tanz in 7 Bildern.
Anschließend:
Renoldo Boines Troupe, die Könige der Luft, u. v. a. m.
Entree 30, nummerierter Platz 50 Pf.
Im Saal: **Ball.**
Morgen: **Großer Elite-Tag.**
Ball bei veränderten Orchester.

Frühling's Allerlei-Theater
F. Puhmann, Schönhauser Allee 148.
Mittwoch, den 1. Juni 1904:
Grosser Sonder-Abend.
Konzert, Theater u. Specialitäten. Extratanz. Langzeitung Höpfe.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren-Familienkarten, Bonds sind gültig. — In Vorbereitung: Elternfest von M. Koch.

Passage-Theater.
Anf. Sonntag u. Wochentags 5 Uhr, Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Alfred Bender
Original-Humorist.
14 erstklassige Nummern.

Gehr. Herrnsfeld-Theater.
Gastspiel der Tegernseer.
Täglich abends 8 Uhr:
Der Prozesshansl.
Oberbayr. Volksstück in vier Aufzügen von L. Gunglhofer und G. Heuert mit Hülfsporträgen, Schupplatter und Kaufmann (Kantler).

WINTERGARTEN
Neues Programm.

Mason u. Forbes, amerik. Excentrics
Clément Lion, Zauberkünster.
Lydia Dobranow, Feuertänzerin.
Professor Maboul, kom. Jongleur.
Perzina Drossierte Affen.
Gehröder Schwarz, Parodisten.
Will Mora, Reckkünster.
Heloise Titcomb, Sägerin.
Die 4 Milans, Krattnummer.
Neiss-Familie, akrobatischer Akt.
Castor Watt, Verwandlungskünstler.
Carnevalisgeister, Ballott.
Biograph.

Reichshallen
Täglich:
Stettiner Säger.
Anfang: 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Spezialarzt für (8) Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN
Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr abends 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
In der Arena:
Raubtier-Schule.
Vorstellungen: tägl. 1/2 u. 7 Uhr.
Eintritt 30 Pf., Kinder d. Hälfte.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich: Goldene Herzen.
Bantom: Im Nachspiel.
Harris, Kraftspieler. The Jarrey. — Upts. — Langoo.
Ball, Konzert, Specialität.
Anfang 4 Uhr.
Eintr. 30 Pf. Num. Pl. 50 Pf.

Diez' Specialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79.
Direkt Ringbahnstation.
Ob schon! Täglich Ob Regen!
im herrlichen Garten od. gr. Saal: ca. 30 erstklassige Nummern.
Jackson-Troupe, Akrobaten, 5 Personen.
The Beirotta, (sensat. Variet. excentric. Die Berliner Lieblinge.
Fritz Brand und Mita Roselli.
Mstr. Brown in seinen Wunderkugeln.
Gehr. Artissoli.
M. d'Orella mit seinen musikalischen Gefanten — etc.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen.
Sonntag, Montag, Mittwoch und Sonnabend: **Ball.**

Schweizer-Garten
Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Volksbelustigungen.
Im Saal: **BALL.**
Im Schütz:
Ein falsches Lokal.
Große Gesangsposse mit Tanz.
Entree 30 Pf.

Sanssouci.
Kollnauer Thor — Stat. der Hochbahn.
Täglich im Garten:
Hoffmanns Norddeutsche Säger.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Nach der Solree: **Tanz.**
Wochentags haben Vorzugskarten, auch die zu den Theaterabenden ausgegebenen, Gültigkeit.

Partei-Organisationen und Gewerkschaften
empfehlen wir für ihre Mitglieder die Anschaffung folgender Schriften zu **Vorzugspreisen:**
Dr. Fritz Brubacher: „Kinderlegen und — kein Ende!“ 30 Pf.
Rud. Krafft: „Opfer der Kaiserne.“ 50 Pf.
Paul Kampffmeyer: „Wandlungen in der Theorie und Taktik der Socialdemokratie.“ 75 Pf. 54082*
Häheres durch den Verlag von G. Birk & Co., München. Verlagsverzeichnis umsonst u. frei.

Gold- und Politurleisen-Arbeiter 16065
non wichtiger Kraft u. Materialkenntnissen können dauernde Stellung bekommen. Anbietungen sehr ausführlich zu richten an Leistenfabrik „De Standard“ Charles de Gorter & Co., Amsterdam, 2de Oosterparkstraat 5 u. 7.

Am 30. Mai starb nach langem Leiden mein innig geliebter Mann und unser guter Vater 16825
Rudolf Seydel
im 53. Lebensjahre.
Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme an
Die Trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Friedhofes in der Prinzen-Allee aus statt.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau und unsern guten Mutter **Klara Willing** geb. Gräber jagen wir hiermit allen unsern herzlichsten Dank.
Friedrich Willing nebst Kindern. 16725 Gödenstr. 28.

Parteiwirt,
der durch die Behörden gezwungen wird, größere bauliche Veränderungen an seinem Lokal vorzunehmen, sucht eine Hypothek von 10 000 Mark aufzunehmen. Nähere Auskunft erteilt Exped. d. „Volksmacht“, Dresden III.

Schlosspark Wilhelminenhof
Überspree.
Station Nieder-Schöneweide.
Neben Sonntag, Mittwoch, Donnerstag:
Grosser Elite-Ball.
Kaffeeküche u. 2 Uhr ab geöffnet.
Ausspannung Volksbelustigungen aller Art. Chr. Fensel. (43122*)

Gossmanns Konzert-Garten,
SW., Kreuzbergstr. 48.
Heute, Mittwoch:
Grosses Militär-Konzert
2. Garde-Regl., 3. Bataillon in Umf.
Dirigent: Herr Krudewig.
Anfang 6 Uhr.

Ostbahn-Park.
Am Köstrinerplatz, Rödorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.

Grosse Freiburger Dombau-Lotterie.
Ziehung 6. - 9. Juli 1904.
Hauptpr.: 100 000, 10 000, 20 000, 10 000 usw. 53441*
Orig.-Lose 3. Porto u. Liste 30 Pf.
Haupt-J. Racher, Kollekteur, Mainz.

